

**WIEDER
BERLIN** MIT STEFFEN
KRACH

Wahlprogramm
Abgeordnetenhauswahl 2026

SPD
BERLIN

A man with short dark hair, smiling, wearing a dark blue suit jacket over a white t-shirt. He is standing against a solid red background. The text is overlaid on the lower part of the image.

**WIEDER
BERLIN** MIT STEFFEN
KRACH

Vorwort von Steffen Krach

Berlin kann Mut. Weil hier Menschen leben, die Mauern überwinden können, die echten und die in den Köpfen. Menschen, die die Freiheit hochhalten und diejenigen, die sich hier ein neues Leben aufbauen. Menschen, die unsere Stadt täglich bewegen und diejenigen, die unserer Gesellschaft Halt geben. Menschen, die für sich einen neuen Weg finden müssen, und diejenigen, die Neues erschaffen, in der Kultur und Wissenschaft, in den Unternehmen und Vereinen. Menschen, die dafür arbeiten, dass unsere Kinder eine bessere Zukunft haben.

Diese Menschen und unsere Stadt verdienen wieder eine mutige Politik, die sich mit Mittelmaß nicht zufriedengibt. Eine sozialdemokratische Politik, die konsequent für Bezahlbarkeit sorgt – mit einer starken Wirtschaft und gerechten Löhnen als Fundament für ein gutes Leben, das sich die Menschen leisten können. Und mit einer Wohnungspolitik, die neuen Wohnraum schafft und Mietenabzocke einen Riegel vorschiebt. Eine sozialdemokratische Politik, die allen Kindern mit einer guten und kostenfreien Bildung gleiche Chancen eröffnet. Eine sozialdemokratische Politik, für die Solidarität und Vielfalt eine unverhandelbare Verpflichtung sind und die den Menschen in Berlin wieder Sicherheit gibt – unterwegs im Alltag oder auf dem Spielplatz, am Arbeitsplatz oder nach Feierabend, auf der Suche nach Arztterminen oder einer neuen Wohnung. Eine Sicherheit, die unsere Stadt vor Krisen schützt und die Demokratie gegen ihre inneren und äußeren Feinde.

Wir machen eine sozialdemokratische Politik, die Spaltung überwindet und Berlin wieder zusammenführt. Weil unsere Stadt mehr Zusammenhalt braucht und in gelebter Gemeinschaft alles schaffen kann, was sie sich für die Zukunft vornimmt.

Wir können hier gemeinsam mit der Weltgemeinschaft mutige Visionen für

nachhaltige Metropolen entwickeln und genauso den ganz großen Sport feiern. Wir können die Obdachlosigkeit besiegen und mit einer entschlossenen Verkehrspolitik die Vision von Null Verkehrstoten erreichen. Wir können Berlin wieder seine sagenhafte Coolness zurückgeben und mit mehr Grün statt Grau für lebenswerte Kieze und Abkühlung gegen Hitze sorgen. Wir können Innovationsstandort Nummer 1 werden und die Stadt der Inklusion sein. Wir können dafür sorgen, dass hier die beste Medizin zuhause ist. Wir können Berlin zur familienfreundlichsten Metropole Europas machen, die alle Familienformen umarmt.

Wir wollen ein Berlin, das sich als eine Familie versteht. Ein Berlin, das Verantwortung übernimmt, füreinander und für diejenigen, die Hilfe brauchen. Grundlage dafür ist eine Politik, die für ein funktionierendes Berlin sorgt, im Kleinen, wie im Großen. Eine Politik, die Zuständigkeiten klar regelt und wo nötig einen echten Reset wagt, von den Bezirken bis in den Senat. Dafür braucht Berlin endlich wieder einen Regierenden Bürgermeister, der nicht endlos Verantwortung diskutiert, sondern verantwortlich Entscheidungen trifft.

Mit einer mutigen sozialdemokratischen Politik wollen wir den Menschen wieder Zuversicht und Vertrauen in unsere Stadt zurückgeben. Ein Berlin, in dem wir bei Wind und Wetter verlässlich durch Tag und Nacht kommen, ob zu Fuß, auf dem Sattel, in Bus und Bahn, oder hinterm Steuer. Ein Berlin, das uns ein gutes Zuhause ist, egal woher wir kommen, wen wir lieben, wo wir arbeiten oder an was wir glauben.

Ein Berlin, auf das wir gemeinsam wieder stolz sein können.



Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Steffen Krach 3

Anpacken, damit alle profitieren 6

Investitionen in eine funktionierende Stadt 7

Gute Arbeit und Fach- und Arbeitskräftesicherung 8

Industrie- und Innovationsstandort Berlin 10

Wirtschaftsförderung vor Ort 12

Internationalisierung 14

Zuhause sein - heute und morgen 16

Mehr Wohnungen für Berlin 17

Regulierungen von Wohnraum und Mietverträgen 19

Unser Berlin wird sauber, grün und lebenswert 22

Sichere Mobilität für alle Berliner*innen 24

Sicherheit für ein gutes Leben 28

Unsere wehrhafte Demokratie schützen 29

Schutz und Sicherheit für Stadt und Menschen 29

Moderne und leistungsstarke Justiz 32

Gute Gesundheitsversorgung für alle 33

Aufsteigen mit gleichen Chancen 36

Frühkindliche Bildung, Kinder und Jugend, Familie 37

Schule, berufliche Bildung, lebenslanges Lernen 39

Hochschule, Wissenschaft, Forschung 43

Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie 46

Zusammenleben, Familie und Gleichstellung 47

Vielfältiges Berlin, Antidiskriminierung und Inklusion 48

Soziales Berlin 50

Zusammenhalt in der Einwanderungsmetropole 51

Kulturmetropole Berlin 53

Zuhause in der Sportmetropole 55

Verantwortung, die uns alle trägt 58

Verantwortung durch Klimaschutz und Energiewende 59

Eine starke Verwaltung – bürgernah, sozial und demokratisch . 61

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik 62

Anpacken, damit alle profitieren

Berlin ist Wirtschaftskraft. Sie steht hier auf vielen Beinen: die Branchenvielfalt macht unsere große Stärke aus. Wer in Berlin arbeitet, soll davon spürbar profitieren – mit guten Löhnen und verlässlichen Perspektiven für einen bezahlbaren Alltag. Wir fördern Wachstum zum Wohl aller und legen das Fundament für ein Leben, das sich die Menschen leisten können. Wir investieren in Wirtschaftsförderung und Infrastruktur und wollen attraktive

Arbeitsbedingungen mit Tarifbindungen statt Lohndumping. Wir stärken unseren regional fest verankerten Klein- und Mittelstand, erhöhen das industrielle Wachstum der Hauptstadtregion und machen Berlin zum Innovationsstandort Nr. 1 in Europa. Dafür setzen wir sowohl auf vorhandene Stärken als auch auf das große Potential von Zukunftstechnologien - gemeinsam packen wir es an für ein erfolgreiches und bezahlbares Berlin!

Investitionen in eine funktionierende Stadt

Ein Jahrzehnt der Investitionen

Unsere Stadt hat einen massiven Investitionsbedarf. Einerseits müssen wir die bestehende Infrastruktur modernisieren – ob Brücken und Straßen, Krankenhäuser, Feuerwehr- und Polizeiwachen oder Schulen. Vieles ist in die Jahre gekommen und braucht dringend Sanierung.

Andererseits erzwingen die Veränderungen in unserer Zeit neue, große Investitionen. Der Zuzug hunderttausender Menschen macht einen historischen Wohnungsneubau notwendig. Der Klimawandel verlangt entschlossene Investitionen in die Energie- und Wärmewende sowie in die Klimaanpassung. Und der technologische Wandel erfordert Investitionen in die Digitalisierung.

Schon seit Jahren sorgt die SPD Berlin dafür, dass das Land die Investitionen aus dem Haushalt und aus dem zusätzlich eingerichteten Sondervermögen Infrastruktur und Wachsende Stadt (SIWA) deutlich erhöht. Das von der SPD auf Bundesebene im Jahr 2025 durchgesetzte Sondervermögen Infrastruktur ermöglicht nun eine weitere Steigerung, damit wir den investiven Herausforderungen gerecht werden.

In der nächsten Wahlperiode muss deshalb die Umsetzung im Mittelpunkt stehen: Die Investitionen müssen auf die Straße kommen. Dafür brauchen wir effektives Verwaltungshandeln – und vor allem politische Konstanz. Wir wollen die Erneuerung und den bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur im Leitungsnetz und bei den Verkehrswegen beschleunigen. Deshalb bündeln wir die Planungsabteilungen und den Baubetrieb der landeseigenen Betriebe an einer Stelle. Denn dauernde Ziel- und Planänderungen sind Gift für den Investitionserfolg. Dabei werden alle Investitionen konsequent gleichstellungspolitisch ausgerichtet. Denn: Mit guter Infrastruktur stärken wir Geschlechtergerechtigkeit und entlasten insbesondere Menschen mit hohem Sorgearbeitsanteil – häufig Frauen. Mit Gender Mainstreaming fördern wir Teilhabe, bauen Ungleichheiten ab und stärken die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen.

Unser Ziel ist klar: In der nächsten Regierung werden wir ein Jahrzehnt der Investitionen gestalten. Wenn die Investitionen sichtbar werden, stärken wir das Vertrauen der Berliner*innen in

einen handlungsfähigen Staat und damit letztlich in die Demokratie.

Unsere Investitionsschwerpunkte

Wir halten Investitionen vor allem in sieben Schwerpunkten für notwendig. Das spiegelt sich auch in der Belegung des Sondervermögens des Bundes wider:

Erstens der Wohnungsneubau (→ siehe Kapitel **MEHR WOHNUNGEN FÜR BERLIN**).

Zweitens die Sanierung unserer Straßen und Brücken sowie der Umbau zu nachhaltigem Verkehr mit Schwerpunkt ÖPNV (→ siehe Kapitel **SICHERE MOBILITÄT FÜR ALLE BERLINER*INNEN**).

Drittens die Investitionen in die Energie- und Wärmewende, Klimaschutz und Klimaanpassung (→ siehe Kapitel **KLIMASCHUTZ**).

Viertens Sanierung und Neubau von Schulen, Kitas und sozialer Infrastruktur in den Kiezen (→ siehe Kapitel **DIE SCHULBAUOFFENSIVE FORTSETZEN**).

Fünftens die Sanierung unserer Krankenhäuser (→ siehe Kapitel Die Krankenhausversorgung sichern), Hochschulen und Forschungsinfrastruktur (→ siehe Kapitel **SICHERUNG DER HOCHSCHUL- UND WISSENSCHAFTSFINANZIERUNG**).

Sechstens die Sanierung unserer Verwaltungsgebäude, Feuerwehr- und Polizeiwachen (→ siehe Kapitel **BÜRGERNAHE POLIZEI UND FEUERWEHR**).

Und siebentens Investitionen in die Digitalisierung.

Transformation in die Digitalgesellschaft

Beim Ausbau digitaler Infrastruktur, insbesondere der Netze, liegt die Zuständigkeit weitgehend beim Bund. Berlin trägt jedoch auch Verantwortung: Wir koordinieren die vielen Baustellen und entwickeln Anwendungen, die Verwaltung erreichbarer, schneller, produktiver und ansprechbarer machen sollen (→ siehe Kapitel **EINE STARKE VERWALTUNG**).

Bis zum Ende der kommenden Wahlperiode soll Berlin über eine leistungsfähige Infrastruktur verfügen, in der Start-Ups, technologiebasierte Unternehmen, Künstliche Intelligenz und Open Data ein ebenso bedeutendes Cluster bilden wie Gesundheit.

Als Land beschleunigen wir den flächendeckenden Glasfaser-Ausbau. Deshalb verstärken wir Förderanreize dort, wo

Telekommunikationsunternehmen derzeit nicht eigenwirtschaftlich ausbauen.

Gute Arbeit und Fach- und Arbeitskräftesicherung

Gute Arbeit, das bedeutet: in Würde selbstbestimmt leben können und teilhaben am gesellschaftlichen Miteinander. Sicher, gesund und diskriminierungsfrei. Nur wo das funktioniert, funktioniert auch die Demokratie. Nur so entsteht Zusammenhalt, auch über Unterschiede hinweg. Deshalb entwickeln wir Berlin zu einem fairen, vielfältigen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort, an dem soziale Gerechtigkeit und ökonomischer Fortschritt Hand in Hand gehen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Dazu gehört, dass Männer und Frauen in unserer Stadt endlich gleich bezahlt werden. Wir schließen den Gender Pay Gap. Europäisches Recht schafft dafür bereits heute die Grundlage. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Entgelttransparenzrichtlinie auch in Deutschland Gesetz wird. Unser Ziel sind geschlechtergerechte Unternehmenskulturen, die gleiche Verwirklichungschancen für alle Geschlechter garantieren.

Durch Qualifizierung Potentiale aktivieren

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist angespannt - viele Unternehmen bauen Stellen ab und auch in Berlin ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Deshalb brauchen wir eine Offensive bei der Qualifizierung. Denn Digitalisierung, demografischer Wandel und klimagerechte Transformation verändern die Arbeitswelt.

Mit der Fachkräftestrategie unterstützt das Land Unternehmen dabei, ungenutzte Potenziale zu aktivieren – etwa bei Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und älteren Beschäftigten und Menschen mit Behinderungen bzw. chronischen Erkrankungen.

Wir wollen die Erwachsenenbildung stärken (→ siehe Kapitel **ERWACHSENENBILDUNG**) und machen akademische Weiterbildung zur hoheitlichen Aufgabe der

Hochschulen (→ siehe Kapitel **MODERNE STUDIENBEDINGUNGEN SCHAFFEN**).

Außerdem bauen wir Weiterbildungs- und Ausbildungsverbünde aus und fördern sozialpartnerschaftliche Projekte. Mit dem Sozialpartnerdialog Berlin entsteht ein dauerhaftes

Forum, in dem Gewerkschaften, Arbeitgeber*innen und Politik gemeinsam die Zukunft der Arbeit gestalten. Wir werden in allen Berliner Stadtbezirken Beauftragte für Gute Arbeit und Ausbildung einführen und finanziell absichern. Wir wollen den DGB-Index Gute Arbeit unterstützen und dessen Auswertung für Berlin fortführen.

Gleichzeitig fördern wir branchen- und berufsübergreifend die KI-Kompetenzen von Beschäftigten und stärken ihre Rechte bei der Anwendung von KI in Unternehmen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik und Teilhabe

Über 200.000 Menschen sind in Berlin arbeitslos gemeldet. Das ist für uns kein Zustand, sondern eine Aufgabe. Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen wir durch aktive Arbeitsmarktpolitik und fördern dabei zugleich soziale Inklusion. Bewährte Programme wie JOB POINTs, Bildungsberatung Berlin, JobCoaching Berlin und das Berliner Arbeitslosenzentrum (BALZ) werden fortgeführt. Dabei nehmen wir geschlechtsspezifische Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt gezielt in den Blick. Wir stärken den beruflichen Wiedereinstieg nach Familien- oder Pflegezeiten, bauen Beratungs- und Qualifizierungsangebote insbesondere für Frauen aus und fördern den Übergang in existenzsichernde Beschäftigung.

Um die öffentlich geförderte Beschäftigung zu stärken, wollen wir jährlich 500 neue Arbeitsplätze im Förderprogramm "Soziale Betriebe" schaffen: Diese Betriebe beschäftigen langzeitarbeitslose Menschen sozialversicherungspflichtig in marktnahen Tätigkeitsfeldern. Das neue Projekt „Familien in Arbeit“ schafft neue Perspektiven, insbesondere für Alleinerziehende.

Tariflöhne statt Lohndumping

Wir fördern Tarifbindung und Mitbestimmung. Sie sind der Garant für gute Arbeitsbedingungen. 80% der Berliner Arbeitnehmer*innen sollen tarifgebunden arbeiten. Dazu bauen wir das Tarifregister aus und digitalisieren es. Wir erarbeiten einen regionalen Aktionsplan für mehr Tarifbindung, um das von der EU geforderte 80% zu erreichen.

Berlin setzt mit dem Vergabe- und Landesmindestlohn schon jetzt Maßstäbe für faire Bezahlung im öffentlichen Auftragswesen. Wir verschärfen die Durchsetzung von Tariftreue und Vergabemindestlohn, um Lohndumping zu verhindern und öffentliche Gelder konsequent an soziale Standards zu binden.

Auch Förderungen des Landes Berlin werden wir an Tarifbindung und Mitbestimmung koppeln. Zusätzlich wollen wir unsere Industrie stärken, indem wir regionale Wertschöpfung mit Local Content-Regeln in Vergaben und bei Förderungen bevorzugen.

Entschlossen gegen die Behinderung von Betriebsräten vorgehen

Wir schaffen eine Betriebs- und Personalrätekonferenz für den direkten Dialog zwischen Politik, Gewerkschaften und Betrieben. Wir stärken die Schwerpunktabteilung in der Staatsanwaltschaft, die Angriffe auf Mitbestimmung (Union Busting) konsequent verfolgt. Die Behinderung von Betriebsratsarbeit soll durch Bundesgesetz ein Officialdelikt werden.

Darüber hinaus stärken wir die Netzwerkstelle Gute Arbeit (Joboption Berlin), um eine unabhängige Arbeitnehmervertretung zu fördern. Mit einer Machbarkeitsstudie wollen wir zusammen mit den Gewerkschaften die Einrichtung einer Arbeitskammer Berlin prüfen. Wo es rechtlich möglich ist, wollen wir das Landespersonalvertretungsgesetz auf Religionsgesellschaften ausdehnen, um auch hier gute Arbeit zu sichern.

Berlin und Brandenburg: Eine starke Hauptstadtregion schaffen

Zusammen mit Brandenburg schaffen wir eine gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion, die von fairen Löhnen, Tarifbindung und guten

Arbeits- und Ausbildungsbedingungen getragen wird. Dazu initiieren wir einen verbindlichen Steuer- und Standortdialog mit Brandenburg für faire Standortbedingungen in der Metropolregion und eine Industrieentwicklung in der Hauptstadtregion insgesamt. Wir wollen ein gemeinsames Vorgehen beim Gewerbesteuerhebesatz, einheitliche Tariftreuregelungen und Local-Content-Regeln sowie eine gemeinsame Standortpolitik mit Brandenburg. Und wir verbessern die Anbindung Berlins an Brandenburg (→ siehe Kapitel **BEZAHLBARER UND SICHERER ÖPNV**). Die Entwicklung neuer Gewerbe- und Industrieflächen in der Hauptstadtregion wollen wir zusammen denken.

Duale Ausbildung stärken und Azubi-Wohnraum schaffen

Wir fördern die duale Ausbildung. Denn gute Arbeit beginnt mit einer guten Ausbildung. Deshalb schaffen wir ein Azubi-Werk nach dem Vorbild anderer großer Städte. Es soll die Auszubildenden in Berlin beraten, vernetzen und unterstützen und vor allem bezahlbaren Wohnraum für sie schaffen. Denn kaum ein Azubi kann sich in Berlin aus eigener Kraft Wohnraum leisten. In das Azubi-Werk beziehen wir die Sozialpartner ein, damit sich die Arbeitgeber*innen beteiligen.

Außerdem finanzieren wir das Azubi-Ticket weiter und setzen die Ausbildungsplatzumlage um. Damit fördern wir die Solidarität der Betriebe untereinander: Wer nicht ausbildet, finanziert die Ausbildungskosten in den Betrieben, die sich engagieren.

Wir verbessern die Berufsorientierung, die Ausbildungsberatung und den Übergang von Schule zu Beruf.

Das Beratungszentrum für Gute Arbeit und Ausbildung (BEMA) wird ausgebaut und vernetzt. Um die Ausbeutung von Auszubildenden aus Drittstaaten zu stoppen, schaffen wir eine neue Anlaufstelle, die Beratung, Kontrolle und Strafverfolgung bündelt.

Landesunternehmen gehen mit gutem Beispiel voran

Gute Arbeit braucht gute Vorbilder. Das Land Berlin geht deshalb als Arbeitgeber voran. Alle Landesunternehmen sind tarifgebunden und

es wird keine Ausgründungen aus öffentlichen Unternehmen zum Zweck der Tarifflicht geben. Bereits erfolgte Ausgründungen, um Personalkosten zu senken oder die Mitbestimmung einzuschränken, machen wir rückgängig.

Zudem wollen wir die Berliner Verwaltung dabei unterstützen, Arbeitszeiten im Sinne der Beschäftigten flexibler zu machen. Hierzu wollen wir diese Themen mit unseren Partner*innen in der Mitbestimmung sowie den Gewerkschaften diskutieren und sie in Modellprojekten weiterentwickeln (→ siehe Kapitel **ATTRAKTIVE ARBEIT IM ÖFFENTLICHEN DIENST**). Die für den Arbeitsschutz zuständige Aufsichtsbehörde werden

wir stärken. In Unternehmen, die sich nicht an die geltenden Regeln halten, soll sie die Aufzeichnung von Arbeitszeit durch Anordnung durchsetzen.

Berlin als europäische Hauptstadt der Guten Arbeit

Nicht zuletzt soll Berlin als europäische Metropole und Vorbild für Gute Arbeit in Europa europapolitische Initiativen begleiten, etwa den EU-Fahrplan für Gute Arbeit, Regelungen zur Beschäftigung von Drittstaatenangehörigen und zur Plattformarbeit.

Industrie- und Innovationsstandort Berlin

Innovationsstandort Nr. 1 in Europa

Innovationen sind der Schlüssel für zukünftiges Wachstum sowie für gute und sichere Arbeitsplätze in unserer Region. Berlin hat schon heute ein einzigartiges Ökosystem aus Wissenschaft, Forschung, Technologieunternehmen, Startups, Handwerk und produzierendem Gewerbe. In vielen Branchen sticht die Stadt mit neuen, weltweit beachteten Innovationen und Kreativität hervor. Diesen Weg setzen wir fort – und machen Berlin zum Innovationsstandort Nummer 1 in Europa.

Zukunftsbranchen in Berlin

Die Zukunft Berlins entsteht dort, wo Innovation auf Gemeinsinn trifft. Deshalb stärken wir besonders die Zukunftsbranchen und Spitzentechnologien in den Bereichen Lebenswissenschaften und Gesundheit, Künstliche Intelligenz und DeepTech, Bahntechnik und autonome Mobilitätsformen, Umwelt- und Klimaschutz, Games, Finanzdienstleistungen, Verteidigung und Resilienz, Drohnen, Luft- und Raumfahrt, sowie den Bereich Governance Technology zur Digitalisierung von Dienstleistungen und Prozessen im öffentlichen Sektor. Die erfolgreiche gemeinsame Innovationsstrategie mit Brandenburg entwickeln wir weiter.

Unser Grundsatz bleibt: Neue Technologien sollen nicht nur neue Werte schaffen, sondern auch bestehende Potenziale entfalten. Deshalb schreiben wir die Erfolgsgeschichte der Berliner Zukunftsorte fort und entwickeln neue Hubs für Innovation und Zusammenarbeit.

Berlin ist heute schon ein international führender Ort der Gen- und Zelltherapien. Gemeinsam mit dem Land Brandenburg wollen wir eine Strategie für die Region entwickeln, die humane und grüne Biotechnologien voranbringt. Wir bauen die Urban Tech Republic in Tegel aus, machen den ehemaligen Flughafen Tempelhof (→ siehe Kapitel **EINE PERSPEKTIVE FÜR TEGEL UND TEMPELHOF**) nutzbar, realisieren Siemensstadt Square in Spandau und CleanTech Marzahn und revitalisieren das Internationale Congress Centrum - ICC (→ siehe Kapitel **DAS ICC WIEDER ZUM LEBEN ERWECKEN**). So etablieren wir diese Orte als Motoren für neue Wirtschaftskraft, Innovation und Teilhabe.

Wissenschaft trifft Wirtschaft

Nach der erfolgreichen Errichtung neuer Hubs – etwa House of Finance and Tech, House of Games und AI Berlin Hub – setzen wir weiter auf vernetzte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Wir richten den Fokus deutlich stärker auf Ausgründungen aus den Berliner Hochschulen (→ siehe Kapitel **FORSCHUNG- UND WISSENSTRANSFER VERBESSERN**). Um die Wirtschaft besser in den Technologietransfer einzubinden, schreiben wir die Berliner Reallaborstrategie fort, unterfüttern sie finanziell und setzen einen klaren Schwerpunkt auf Produkte „Made in Berlin“.

Innovation durch Vielfalt

Die Berliner Wirtschaft wächst seit Jahren stärker als der Bundesdurchschnitt. Dieses Wachstum wollen wir weiter befördern und

Berlin im Ländervergleich noch stärker nach vorne bringen Wir machen migrantisches Unternehmertum sichtbar und unterstützen es. Gründungsberatungen bauen wir in ihrer Mehrsprachigkeit und mit digitalen Tools aus.

Außerdem nehmen wir die Situation der Soloselbstständigen stärker in den Blick und verbessern die Rahmenbedingungen, z.B. durch den Ausbau von bezahlbaren, öffentlichen Co-Working-Spaces in den Bezirken. Für uns gehören eine starke Wirtschaft und gute, mitbestimmte Arbeit untrennbar zusammen.

Berlin – Gründungsmetropole Nr. 1

Berlin ist schon heute Gründungsmetropole Nummer 1 in Deutschland und in Europa auf vorderen Plätzen. Für uns ist Gründen auch eine Form des Aufstiegs – durch Start-Ups. Durch diese Gründungen sollen tarifgebundene Jobs mit guten Arbeitsbedingungen entstehen. Wir richten Förder- und Unterstützungsstrukturen noch stärker auf Gründungen durch Frauen und in Zukunftsbranchen aus. Den Zugang zu Fördermitteln und Risikokapital für Frauen erleichtern wir, damit der Anteil weiblicher Gründungen weiter steigt: Wir fördern Frauen in Führungspositionen.

Die Berliner Startup Agenda schreiben wir fort. Dabei setzen wir einen stärkeren Fokus auf die Vorgründungsphase, die Wachstumsphase und Kooperationen mit Unternehmen, Hochschulen sowie Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen (→ siehe Kapitel **SPITZENLEISTUNGEN DURCH MEHR KOOPERATION**) in der Metropolregion.

Berlins Kreativwirtschaft – Motor und Markenzeichen der Hauptstadt

Berlin ist Deutschlands Hotspot der kreativen Industrie – vom Verlagswesen über Musik und Games bis zu Mode und Design. Die Berliner Fashion Week stärken wir als internationalen Leuchtturm, der sich an Nachhaltigkeit orientiert. Zudem unterstützen wir ein House of Fashion als neuen Ankerpunkt der Branche. Berlin ist weltweit als UNESCO City of Design anerkannt. Für mehr Sichtbarkeit der Berliner Designwirtschaft etablieren wir eine jährliche Design-Konferenz.

Berlins Clubs sind ein einmaliger Anziehungspunkt für Talente aus aller Welt. Für die Clubwirtschaft initiieren wir erstmals eine Spielstättenförderung und setzen Empfehlungen aus der Berliner Strategie

zur Berliner Nachtökonomie um. So sichern wir Clubs langfristig.

Die Berliner Gamesförderung führen wir fort und ergänzen sie um eine neue E-Sports-Förderung. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf Gesundheit und Prävention im Gaming und E-Sport. Das E-Sports-Team Berlin sowie die Berliner Breitensportvereine im E-Sport unterstützen wir langfristig. Dabei öffnen wir auch städtische Räume für Gaming-Veranstaltungen.

Digitalisierung in und für Berliner Unternehmen

Mit der neu ausgerichteten Digitalagentur Berlin bauen wir kostenlose Beratungsangebote aus – besonders zu Cybersicherheit und Resilienz. Zusätzlich etablieren wir dauerhaft Digitalisierungslots*innen in den bezirklichen Wirtschaftsförderungen. So wird Erstberatung vor Ort leichter und Digitalisierungsprojekte kommen schneller in die Umsetzung.

Wir setzen den DIWI – den digitalen Wirtschaftsservice der Berliner Verwaltung – um und bieten noch mehr Leistungen digital an. Außerdem setzen wir mit digitalen Tools ein modernes Vergaberecht um.

Wir stehen zur Industriestadt Berlin

Wir bekennen uns zur Industriestadt Berlin und den über 100.000 Beschäftigten, die damit verbunden sind. Wir gestalten die Transformation der Berliner Industrie in einem sich wandelnden Umfeld aktiv. Steigende Energiepreise und globale Krisen erhöhen den Druck, schneller zu einer verlässlichen, bezahlbaren und CO₂-neutralen Produktion zu kommen. Berlin bringt dafür beste Voraussetzungen mit: eine starke Forschungslandschaft und enge Kooperation mit Brandenburg. Diese Potenziale nutzen wir gezielt – für starke industrielle Entwicklung und gute Arbeit. Die Berliner Sozialdemokratie bleibt auch industriepolitisch eine fortschrittliche Kraft und stärkt Tarifbindung und Mitbestimmung (→ siehe Kapitel **TARIFLÖHNE STATT LOHNDUMPING**)

Industrielle Skalierung erhöhen

Grundlage der Berliner Industriepolitik sind drei Industriebereiche: Mobilität, Energietechnik sowie Pharma/Medizintechnik. Hinzu kommen Zukunftsindustrien wie Luft- und Raumfahrt,

Halbleiter, Künstliche Intelligenz und Robotik. Hier schaffen wir deutlich mehr Vernetzung zwischen Innovations- und Digitalwirtschaft, Handwerk, Industrie und Forschung entlang von Wertschöpfungsketten. So ermöglichen wir die industrielle Skalierung in der Hauptstadtregion.

Für diese Vernetzung nutzen wir den Steuerungskreis Transformation der Berliner Industrie (SKIP) stärker. Wir setzen auf gleichberechtigte Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Ein regelmäßiger Austausch mit großen Industrieunternehmen und Sozialpartnern soll schnelle, direkte Entscheidungen ermöglichen.

Industrielle Skalierung erhöhen

Grundlage der Berliner Industriepolitik sind drei Industriebereiche: Mobilität, Energietechnik sowie Pharma/Medizintechnik. Hinzu kommen Zukunftsindustrien wie Luft- und Raumfahrt, Halbleiter, Künstliche Intelligenz und Robotik. Hier schaffen wir deutlich mehr Vernetzung zwischen Innovations- und Digitalwirtschaft, Handwerk, Industrie und Forschung entlang von

Wirtschaftsförderung vor Ort

Eine gute und nachhaltige Wirtschaftspolitik braucht lokale Verankerung. Sie soll zum Mitmachen anregen und in den Bezirken mitgestaltet werden.

Regionale Wirtschaftsförderung und Mittelstand

Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen werden wir die Vergaben öffentlicher Aufträge entbürokratisieren und vereinfachen. Beim Bund setzen wir uns weiter für eine Ausweitung der GRW-Förderung zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur ein. Zugleich brauchen wir eine verlässliche Zusage zur Kontinuität in den kommenden Jahren. Unser Ziel ist, Investitionen in die Infrastruktur der Metropolregion zu forcieren.

Unser besonderes Augenmerk gilt dem Berliner Mittelstand, der fest in unserer Stadt verwurzelt ist. Mittelstandsunternehmen brauchen Planungssicherheit, klare rechtliche Rahmenbedingungen, Zugang zu Fachkräften und Finanzierung, ein faires Wettbewerbsumfeld und eine verlässliche Infrastruktur. Dafür stärken wir Netze und setzen uns für wettbewerbsfähige Energiepreise ein.

Wertschöpfungsketten. So ermöglichen wir die industrielle Skalierung in der Hauptstadtregion.

Für diese Vernetzung nutzen wir den Steuerungskreis Transformation der Berliner Industrie (SKIP) stärker. Wir setzen auf gleichberechtigte Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Ein regelmäßiger Austausch mit großen Industrieunternehmen und Sozialpartnern soll schnelle, direkte Entscheidungen ermöglichen.

Industriegebiete sichern und soziale Infrastruktur ermöglichen

Die Sicherung und Entwicklung von Gewerbeflächen richtet sich nach dem Stadtentwicklungsplan Wirtschaft 2040. Gleichzeitig erschwert die Wohnraumkrise die Gewinnung von Fachkräften. Deshalb sollen auf ausgewählten Gewerbeflächen – unter Beteiligung der Sozialpartner – auch spezifisch ausgewiesener Wohnraum und soziale Infrastruktur für Fachkräfte und Auszubildende entstehen können.

Wirtschaftsförderung auf allen Ebenen

Die bezirklichen Wirtschaftsförderungen sind oft die erste Anlaufstation für Berliner Unternehmen. Deshalb stellen wir sie in allen Bezirken personell und finanziell besser auf und stärken sie gezielt.

Das Engagement vieler Unternehmer*innen in bezirklichen Netzwerken prägt den Wirtschaftsstandort Berlin in herausragender Weise. Händler*innengemeinschaften ermöglichen Austausch und Kooperationen – und sie sind ein Garant für nachhaltiges Wachstum. Wir stabilisieren bestehende Netzwerke dauerhaft und erleichtern neue Gründungen durch einfachere Netzwerkförderung.

Berlin Partner für Wirtschafts- und Technologieförderung

Berlin ist für viele internationale Unternehmen die Plattform, um europäische und

internationale Märkte zu erschließen. Unsere Wirtschaftsfördergesellschaft Berlin Partner erfüllt bei Ansiedlungen eine Schlüsselfunktion und repräsentiert den Standort weltweit. Wir stärken Berlin Partner als zentrale Ansprechstelle für Bestandsunternehmen, als Begleiterin für europäische und internationale Neuansiedlungen und als Unterstützerin der Bezirke. Dabei bauen wir besonders den Business Immigration Service aus und verringern bürokratische Hürden, um internationale Fach- und Arbeitskräfte leichter anzuwerben. Die Internationalität Berlins und die vielen migrantische Communities in unserer Stadt nutzen wir gezielt für die Anwerbung von Fachkräften. Wir entwickeln gezielt Programme für Frauen in Wirtschaft und Unternehmertum, um ihre Chancen und Sichtbarkeit zu erhöhen.

Berliner Einzelhandel – eine Berliner Besonderheit

Wir erhalten und stärken die ökonomische Vielfalt in allen Berliner Stadtteilen. Stationärer Einzelhandel, vielfältige Gastronomie- und Kulturangebote beleben Kieze und schaffen Begegnung – zwischen Berliner*innen und Gästen aus aller Welt. Um Einkaufsstraßen attraktiver zu machen, setzen wir die Empfehlungen des Berliner Zentrenpfahls konsequent um und stärken lokale Selbstorganisation. Umsatzeinbußen für die Gewerbetreibenden in Folge von Baustellen wollen wir abmildern. Daher wollen wir die finanziellen Mittel für die Überbrückungshilfe im nötigen Umfang sicherstellen.

In allen 12 Bezirken ermöglichen wir die Gründung von Standortgemeinschaften (BIDs) und lebendigen Bündnissen aus Gastronomie, Gewerbe, Kultur, Anwohner*innen und Eigentümer*innen.

Zu diesem Zweck unterstützen wir die Bezirke darin, Managementteams für die überregional bedeutenden Standorte einzurichten. Um die Zentren weiterzuentwickeln, sollen diese die Entwicklung und Umsetzung von integrierten Handlungskonzepten mit den lokalen Akteur*innen strukturieren sowie bestehende und zukünftige Finanzierungslinien von Bezirk, Land, Bund und Europa erschließen. Das neue Berliner Landesgaststättengesetz setzen wir um, damit Unternehmen und Verwaltung entlastet werden.

Lebendige Kieze mit bezahlbaren Gewerbeflächen

Um Bezirke und Verwaltungen eng zu begleiten, etablieren wir den Zentrenpfahel dauerhaft als Austauschplattform zwischen lokalen Akteur*innen, Bezirken und Landespolitik. Wir erhalten den Mix aus Gewerbe, Dienstleistungen und Kultur in unseren Kiezen und schützen Unternehmen vor Verdrängung. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene für gesetzliche Regelungen ein, mit denen wir bezahlbare Gewerbemieten durchsetzen können.

Zugleich gehen wir den Weg weiter, mit städtisch kontrollierten Flächen bezahlbare Angebote zu schaffen. Mit aktiver Flächenpolitik treiben wir städtische Gewerbehöfe voran – mit klarer Zeitplanung und auskömmlicher Finanzierung. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode bauen wir drei weitere kommunale Gewerbehöfe und leisten so einen spürbaren Beitrag zur Entlastung der Berliner Unternehmen.

Eine Weltmetropole braucht Handwerk in der Stadt. Handwerk, urbane Produktion und junge Unternehmen können sich gegenseitig beflügeln. So halten wir Gewerbe in der Stadt und siedeln Neues an. Auch die Dienstleistungsbranchen, die in den letzten Jahren maßgeblich zum überdurchschnittlichen Wachstum Berlins beigetragen haben, stärken wir gezielt mit zusätzlichen Investitionen.

Fairer Handel und Einzelhandel

Mit dem Aktionsplan Fairer Handel stärken wir Berlin als Fairtrade-Hauptstadt. Wir bauen Strukturen für faire öffentliche Beschaffung aus, fördern solidarische und gemeinwohlorientierte Wirtschaftsmodelle und stärken nachhaltige Kreislaufwirtschaft. Wir unterstützen die Wirtschaft dabei, zirkuläres Wirtschaften umzusetzen. Verwendete Produkte und Materialien sollen lange wie möglich, z.B. durch Reparieren und Recycling, im Kreislauf gehalten werden. Unsere Wirtschaftsförderung richten wir an den Rahmenbedingungen der Berliner entwicklungspolitischen Leitlinien aus.

Berlin lebt von Kunst, Handwerk und Gastfreundschaft

Berlin ist Europas größter Kunstproduktionsstandort. Deshalb ermöglichen wir stärkere Kooperation zwischen Produktion und Präsentation von Kunst sowie Handwerk. Dafür braucht es neue Förderansätze und gemeinschaftlich nutzbare Infrastrukturen, wie z.B. Atelier- und Proberäume.

Gastronomie, Hotellerie und touristische Attraktionen sind mehr als ein Wirtschaftsfaktor: Sie sind Wohnzimmer der Berliner*innen und Gastgeber*innen für die Welt (→ siehe Kapitel **TOURISMUS FÖRDERN**). Wir unterstützen den

Internationalisierung

Berlin ist Deutschlands größtes internationales Wirtschaftszentrum

Ein Viertel der Berliner*innen hat eine ausländische Staatsangehörigkeit, Fachkräfte kommen aus über 170 Nationen. Internationale Kultur- und Kreativwirtschaft, Start-Ups sowie Tech-, Gesundheits- und Life-Science Branchen prägen Berlins globale Stärke.

Unsere Außenwirtschaftspolitik setzt auf fairen, nachhaltigen Handel. Sie vertieft Beziehungen zu Partner*innen weltweit – darunter USA, China, Indien, Mexiko, Brasilien, den Ländern Nordafrikas und Sub-Sahara-Afrikas sowie EU, besonders Polen und Ukraine – und fördert Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Globalen Süden. Zugleich stärkt sie Berlins Attraktivität für Investor*innen, Fachkräfte und neue Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen.

Mit gezielten Maßnahmen zeigen wir: Berlin ist Hauptstadt internationaler Innovationen. Weltoffenheit, Kreativität und Mut machen die Stadt stark. Internationalität bleibt Kern sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik – für mehr Wachstum, gute Arbeit und ein modernes Berlin.

Berlins Internationalisierungskonzept zur Strategie ausbauen

Wir entwickeln eine umfassende Strategie zur wirtschaftlichen Internationalisierung aufbauend auf unserem Internationalisierungskonzept für die Berliner Wirtschaft. Sie soll globale Marktpotenziale

DEHOGA dabei, mit dem HOGA-Campus einen modernen Bildungsstandort für das Hotel- und Gaststättengewerbe zu schaffen.

Familienunternehmen – das Rückgrat der Berliner Wirtschaft

Familienunternehmen gestalten sozialen und ökologischen Fortschritt mit. Wir sichern die Berliner Nachfolgezentrale und stärken so die Unterstützung bei Unternehmensnachfolge. Dabei schlagen wir eine Brücke zu Berliner Gründungswilligen und vereinfachen den Zugang zu Innovations- und Investitionsförderung.

nutzen und zugleich Berliner Unternehmen stärken. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen unterstützen wir beim Ausbau internationaler Aktivitäten. Das erreichen wir mit mehr Auslandsrepräsentanzen, dem Ausbau bestehender Auslandsbüros und der Erweiterung des Programms für internationale Wirtschaftskooperationen.

Unsere Außenwirtschaft mit aufstrebenden Märkten intensivieren

Unsere Außenwirtschaftspolitik setzt auf aktiven, gerechten und zukunftsorientierten Handel. Wir bauen Wirtschaftsbeziehungen zu unseren wichtigen Partner*innen aus und intensivieren die Wirtschaftsbeziehungen mit aufstrebenden Märkten in Indien, Mexiko, Brasilien und den Ländern Nordafrikas und Sub-Sahara-Afrikas. Die Verbindungen zur Ukraine und innerhalb der EU, besonders zu Polen, vertiefen wir. Wir machen Berlin für internationale Ansiedlungen und Fachkräfte attraktiver. Dafür schaffen wir Rahmenbedingungen, die Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen ermöglichen und Wissensaustausch fördern.

Berlin als führenden Messe- und Kongressstandort voranbringen

Wir holen mehr Großveranstaltungen in die Hauptstadt. Sie bringen Einnahmen für die Stadt und schaffen Arbeitsplätze. Dafür modernisieren wir das Messegelände und passen es an die Bedürfnisse internationaler Formate an. Zudem fördern wir

das Kongressgeschäft stärker – durch strategische Investitionen und die Weiterentwicklung des Kongressfonds.

Das ICC wieder zum Leben erwecken

Wir holen mehr Großveranstaltungen in die Hauptstadt. Sie bringen Einnahmen Unser ICC bauen wir gemeinsam mit privaten Partner*innen aus dem internationalen Konzeptverfahren zu einem Zentrum für Kultur-, Kreativwirtschaft und Großveranstaltungen aus und machen es wieder zum Magneten für Berlinerinnen, Berliner und Gäste. Am Standort schaffen wir auch innovative Arbeitsplätze – gerade in der digitalen Wirtschaft. Dafür modernisieren wir das Messegelände und passen es an die Bedürfnisse internationaler Formate an. Zudem fördern wir das Kongressgeschäft stärker – durch strategische Investitionen und die Weiterentwicklung des Kongressfonds.

Tourismus fördern

Tourismus ist eine unverzichtbare wirtschaftliche Säule Berlins. Nationale und internationale Gäste sollen noch attraktivere Angebote erhalten und Berlin leichter erreichen können (→ siehe Kapitel **FLUGHAFEN**). Wir setzen stärker auf nachhaltigen und dezentralen Tourismus, von dem die ganze Stadt profitiert. Die CityTax-Einnahmen setzen wir vermehrt für stadtverträglichen und nachhaltigen Berlin-Tourismus ein (Tourismuskonzept 2018+). So stärken wir die Tourismusbranche als Arbeitgeberin und die Akzeptanz bei der Bevölkerung. Das Wassertourismuskonzept setzen wir um und werben mit einer berlinweiten Kampagne für unsere Gewässer. Die Fahrgastschiffahrt dekarbonisieren wir weiter – mit besserer Ladeinfrastruktur.

Städtepartnerschaften

Berlin stärkt seine Städtepartnerschaften als Netzwerke von Demokratie, Freiheit und internationaler Zusammenarbeit. Wir vertiefen Beziehungen zu Kyiv und Tel Aviv und bauen bestehende Partnerschaften im globalen Süden – etwa mit Windhoek, Mexiko-Stadt und Jakarta – weiter aus. Zugleich intensivieren wir Kooperationen mit Städten, die wie Berlin für Offenheit, kulturelle Vielfalt und demokratische Resilienz stehen. Dabei beziehen wir auch indigene und zivilgesellschaftliche Partner*innen ein und

übernehmen gemeinsam Verantwortung für Klima, Biodiversität und Menschenrechte. Berlin führt sein Engagement in Städtenetzwerken wie Solidarity Cities, Rainbow Cities Network, Mayors for Peace und Städte gegen die Todesstrafe fort.

EXPO sowie Olympische und Paralympische Spiele als Chance für Berlin

Berlin hat in den letzten Jahren gezeigt, dass die Stadt Großveranstaltungen erfolgreich ausrichten und Berliner*innen wie internationales Publikum begeistern kann. Jetzt wollen wir visionäre Projekte anstoßen und große Jubiläen vorbereiten: EXPO 2035, die Internationale Bauausstellung (IBA) 2034-2036, das 800-jährige Jubiläum Berlins 2037, 50 Jahre Mauerfall 2039 und die Olympischen und Paralympischen Spiele 2040/44 bieten enorme Chancen, Berlins Innovations- und Anziehungskraft zu beweisen.

Wir werden eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2040/44 und um die EXPO 2035 in Zusammenarbeit mit Brandenburg aktiv voranbringen und die IBA vorbereiten, um Mehrwert für nachhaltige Stadtentwicklung, modernisierte Infrastruktur und einen Digitalisierungsschub zu schaffen. Zudem wird Berlins Anspruch als Weltstadt, die Menschen und Ideen aus der ganzen Welt verbindet und für Dialog, Freiheit und Vielfalt steht, untermauert. Alle Großveranstaltungen sollen sozial, ökologisch und demokratisch gestaltet werden. Wir beteiligen die Berliner*innen von Anfang an transparent und bringen ihnen spürbare Vorteile. So nutzen wir diese Chancen, um Berlin stärker, innovativer und zukunftsfähiger zu machen.

Zuhause sein - heute und morgen

Berlin ist Zuhause. Berlin wächst. Weil Menschen an diese Stadt glauben und hier leben wollen. Wir wollen, dass Berlin offen für alle bleibt. Das Wachstum ist Aufgabe – und wir nehmen sie an. Wir bauen neu und erhalten, was da ist. Erhaltung bedeutet auch Weiterentwicklung, im Zustand und in der Nutzungsart. Denn bezahlbarer Wohnraum entsteht nicht von allein, er wird gemacht. Wir begrenzen Mieten und drängen das Profitstreben zurück. Damit Wohnraum, Begegnungsorte und Kleingewerbe als soziale Orte dem Gemeinwohl dienen und fester Anker eines sicheren Lebens in Berlin bleiben. Wir schaffen lebenswerte Kieze für künftig vier Millionen Menschen. Dafür holen wir Flächen zurück und machen aus Grau noch öfter Grün. Aus Durchgangsorten werden Orte zum Verweilen. Wir unterstützen Nachbarschaften, die

Nähe und Zugehörigkeit schaffen. Mit Bus, Bahn und Tram verbinden wir die Stadt – dicht, verlässlich und im kurzen Takt. Wir arbeiten an einem Berlin, das allen Menschen auf ihren Wegen Sicherheit gibt – ob zu Fuß, auf dem Rad oder hinterm Steuer. Ein Berlin mit gerechter Raumverteilung und ohne Verkehrstote. Das schaffen wir nicht über Nacht, aber mit einem guten Plan und viel Weitblick. Mit verbindlichen Maßnahmen passen wir unsere Stadt an den Klimawandel an. Für uns ist sozialdemokratische Stadtpolitik eine Stadtplanung, die Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Eine integrierte Planung muss die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen - jung, alt; mobil und mobilitätseingeschränkter - berücksichtigen, um unsere Stadt inklusiver und gerechter zu gestalten. All das ist sozialdemokratische Stadtpolitik.

Mehr Wohnungen für Berlin

Unser Wohnungsbauziel

Seit 2011 sind in Berlin 180.000 neue Wohnungen entstanden - mit Wohnraum für 350.000 Menschen.

Schon heute ist aber klar: Bis 2040 müssen mindestens 230.000 weitere Wohnungen entstehen - dazu brauchen wir landeseigene, genossenschaftliche und private Bauherr*innen gleichermaßen. In der Legislaturperiode 2026 - 2031 sollen so 100.000 neue Wohnungen geschaffen werden. Dazu zählen auch barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen. So begegnen wir dem Wohnraummangel für alle wirksam. Denn ein Zuhause ist Voraussetzung für ein würdiges Leben.

Damit wir das schaffen, arbeiten wir mit landeseigenen, genossenschaftlichen und privaten Bauherr*innen. Wir kooperieren mit allen öffentlichen und privaten Akteuren, die an Beschleunigung, sozialem Wohnraum und bezahlbaren Mieten verlässlich mitwirken. Die Potenziale zur Senkung der Baukosten nutzen wir aus. So bewältigt Berlin die planerischen, baulichen und finanziellen Herausforderungen.

Unser Öffentliches Wohnungsbauprogramm als Motor für bezahlbaren Neubau

Schon jetzt haben wir Tausende neue Wohnungen in Landeshand geschaffen. Im Jahr 2026 werden es 6.500 sein. Künftig gestalten wir die Rahmenbedingungen so, dass mehr als die Hälfte der neuen Wohnungen bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und anderen gemeinwohlorientierten Unternehmen entsteht.

Dafür legen wir ein öffentliches Wohnungsbauprogramm auf, das die laufende Wohnungsbauförderung ergänzt. So schaffen wir verlässliche Voraussetzungen für mehr Fertigstellungen. Im Jahresmittel wollen wir 10.000 Wohnungen erreichen. Dazu ermöglichen wir Kapazitätsaufbau in den Landesunternehmen, deren Eigenkapitalbasis wir schrittweise im erforderlichen Umfang stärken. Außerdem prüfen wir Synergien zwischen Landesunternehmen und betrachten dazu auch mögliche Strukturveränderungen. So sichern wir einen effizienten Mitteleinsatz.

Gemeinsam mit landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften schaffen wir gezielt barrierefreie bezahlbare Wohnangebote für Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen und auch für Wohngemeinschaften, wie WGs für junge Menschen, die zum Beispiel Azubis und Studierende zusammenbringen, Alters-WGs und inklusive und generationenübergreifende Wohngruppen für Menschen mit und ohne Behinderungen.

Mehr Förderung und Bauflächen für Genossenschaften

Wir entwickeln die Förderung für Genossenschaften weiter. Sie wird zur zweiten Säule des öffentlichen Wohnungsbauprogramms.

Wir identifizieren geeignete landeseigene Flächen und stellen sie für genossenschaftlichen Wohnungsbau bereit. Das gilt auch für andere gemeinwohlorientierte Akteure. Zugriff ermöglichen wir vor allem über Erbbaurecht, das wir in Förder- und Bewertungspraxis grundsätzlich als Eigentumsgleich anerkennen. Voraussetzung bleibt dauerhafte und nachhaltige Bestandhaltung sowie soziale Bewirtschaftung.

Neue Wohnungen in neuen Stadtquartieren

Viele neue Wohnungen entstehen in den 24 neuen Stadtquartieren. Einige entstehen am Stadtrand. Andere entstehen in großen Entwicklungsgebieten in Innenlagen.

Viele dieser Flächen gehören dem Land. Wir machen sie künftig schneller verfügbar. Dafür schaffen wir rechtzeitig die verkehrliche Erschließung, inklusive der passenden sozialen Infrastruktur.

Fokussierte Ankaufspolitik des Landes

Beim Ankauf priorisieren wir klimagerechte Neubauwohnungen, die aktuelle Energiestandards erfüllen. Diese Ankäufe unterstützen die Neubautätigkeit. Sie erweitern das Wohnraumangebot sofort, weil die Wohnungen vollständig vermietet werden.

Ältere größere Bestände kaufen wir nur noch gezielt an. Das gilt für Quartiere mit niedrigem kommunalem Anteil. So reduzieren wir räumliche

Ungleichgewichte und sichern gemischte Stadt- und Bevölkerungsstrukturen.

Das kommunale Vorkaufsrecht wenden wir weiterhin im erforderlichen Umfang an.

Mehr sozialer Wohnraum auch in privaten Bauprojekten

Das kooperative Baulandmodell ist ein Erfolgsbeispiel für Konsens zwischen Stadt und privaten Bauherren. Bei Neubauvorhaben mit Bebauungsplan sichert es 30 Prozent Sozialwohnungen. Wir erhöhen diese Quote auf 50 Prozent und stärken das Modell als Kerninstrument für bezahlbares Wohnen.

Das kooperative Baulandmodell soll künftig auch ohne Bebauungsplan gelten (sog. Neuköllner Modell): Überall dort, wo Bauherren Befreiungen vom Baurecht brauchen (Dispensverträge), fordern wir bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum verbindlich ein.

Gleichzeitig verbessern wir das Monitoring und sichern mit den Bezirken die Vermietung zugesagter Sozialwohnungen.

Schneller bauen und genehmigen

Das kooperative Baulandmodell ist ein Erfolgsbeispiel für Konsens zwischen Wir wollen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum durch innovatives, schnelles und günstigeres Bauen verringern. Dazu setzen wir das Einfach-Bauen-Gesetz konsequent um und entwickeln es bedarfsgerecht weiter. Zudem werden wir verstärkt Projekte in Modulbauweise und nach dem neuen Standard „Gebäudetyp E“ anschieben. Gleichzeitig legen wir Wert auf langlebige, nachwachsende und regional verfügbare Materialien und energieeffiziente Gebäudetypen, die die CO₂-Bilanz verbessern.

Den Wohnungsbau insgesamt kurbeln wir mit dem „Bau-Turbo“ an. Wir setzen ein 2-Jahres-Ziel bei Bebauungsplänen. Planungsrechtliche Genehmigungen sollen zügig erfolgen. Dazu treiben wir die KI unterstützte Digitalisierung in den Bauämtern voran. Wir nutzen alle Instrumente der Stadtentwicklungs- und Baupolitik, die Planungssicherheit geben. Unser Ziel bleibt klar: mehr Tempo ohne soziale Abstriche.

Neubauvorhaben mit Bebauungsplan sichert es 30 Prozent Sozialwohnungen. Wir erhöhen diese Quote auf 50 Prozent und stärken das Modell als Kerninstrument für bezahlbares Wohnen.

Vorhandene Flächen und Grundstücke besser nutzen

Für den Wohnungsbau nehmen wir unterausgenutzte Bereiche stärker in den Blick. Das gilt für Baulücken, Brachflächen und niedrig bebaute Grundstücke. Hierbei wollen wir grundsätzlich bereits versiegelte Flächen priorisieren. Dies dient auch unserem angestrebten Ziel der Netto-Null-Neuversiegelung.

Gemeinsam mit der IBB starten wir ein Förderprogramm, das u.a. auch auf Bundesförderungen zurückgreift. Es unterstützt den Umbau leerstehender Bürogebäude und -flächen und hilft Eigentümer*innen beim zügigen Umbau zu Wohnraum. Die Förderung koppeln wir an die Mietpreisbindung.

Auch der schrittweise Rückbau der autogerechten Stadt schafft neue Potenziale. So gestalten wir in einem Pilotprojekt die Fläche der ehemaligen A 104 beidseits des Tunnels Schlangenbader Straße um und beleben im gleichen Zug auch den Breitenbachplatz durch eine Umgestaltung neu. Dort entsteht urbaner Stadtraum mit bezahlbarem Wohnraum sowie sozialer und grüner Infrastruktur.

Wir nutzen Grundstücke besser, besonders in gut angelegenen Lagen und sehen Potenzial auch in Umnutzung und Aufstockung. Den Erhalt kommunaler Gebäude für die soziale Infrastruktur fördern wir durch die modellhafte Entwicklung von Um- und Mehrfachnutzungen. Ebenso prüfen wir die Überbauung eingeschossiger Bauten, etwa bei Supermärkten. Dafür gehen wir aktiv auf Eigentümer*innen zu, zeigen konkrete Möglichkeiten auf und ermutigen zur Nutzung.

Wir nutzen alle Wege zur Aktivierung unbebauter und ungenutzter Grundstücke. Das gilt besonders für gut versorgte Lagen. Dazu erhöhen wir den Druck auf Eigentümer, die blockieren oder spekulieren.

Wir führen eine Grundsteuer C für unbebaute, aber baureife Grundstücke ein, um Anreize zu schaffen, diese Flächen schneller zu bebauen oder zu verkaufen. Außerdem setzen wir Baugebote ein: Damit verpflichten wir Eigentümer bebaubarer

Grundstücke zum Bauen und Fertigstellen innerhalb angemessener Fristen.

Eigentümer*innen, die bislang nicht bauen wollen, sollen sich bewegen. Entweder bauen sie rasch selbst oder sollen im Einzelfall zu einem angemessenen Preis verkaufen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften sollen dann erwerben können.

Leerstehende Shoppingcenter und Ladenzeilen beleben wir neu und ermöglichen dort Jugend-, Kultur-, Spiel-, Sport- und soziale Angebote. Zwischennutzungen fördern wir gezielt und vereinfachen Genehmigungen. So wird Leerstand zu neuem Raum für die Stadtgesellschaft.

Die Wiege Berlins entwickeln

Berlin ist eine Stadt der Kieze. Gleichwohl hat der historische Kern eine besondere Rolle. Dieses Herz der Stadt werden wir weiter voranbringen. Das Nikolaiviertel entwickeln wir mit Hilfe der Städtebauförderung weiter. Das Areal zwischen Fernsehturm und Spreeufer gestalten wir als grünen Freiraum. Das neue Stadtquartier am Molkenmarkt mit bezahlbaren, landeseigenen Wohnungen, Gewerbe und Kultur errichten wir zügig. Dabei sichern wir architektonische Qualität. Von der Alten Münze über den Molkenmarkt und das Graue Kloster bis zum Haus der Statistik entsteht ein zusammenhängendes Band aus Kultur und Stadtgeschichte

Eine Perspektive für Tegel und Tempelhof

Die ehemaligen Flughäfen Tegel und Tempelhof nehmen eine herausragende Stellung in der Geschichte und der städtebaulichen Entwicklung Berlins ein.

Neben der Entwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes treiben wir in Tegel mit landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und gemeinwohlorientierten Genossenschaften den Wohnungsbau zügig voran. In einer zweiten Phase wollen wir weitere Wohnungen in gemeinnützigem Eigentum in den jetzt geplanten Gebieten und auch in angrenzenden Arealen schaffen. So schaffen wir dort insgesamt bis zu 12.000 neue Wohnungen. Wir nehmen auch den Zentralen Festplatz als möglichen Standort für ein Stadtquartier in den Blick - und wollen den dort verorteten Schaustellern eine alternative Fläche anbieten.

Das Tempelhofer Feld ist ein besonderer Ort für Klima, Bewegung und soziales Miteinander. Wir erhalten es in seiner heutigen Funktion und entwickeln es behutsam weiter. Um die Aufenthaltsqualität des Felds zu verbessern, bringen wir notwendige gesetzliche Anpassungen auf den Weg. Wohnungen am Feldrand kommen nicht in Frage, solange die bisherigen Flächen in Berlin ungenutzt sind – Vorrang haben bestehende Baupotenziale. Im Umfeld des Flughafengebäudes setzen wir auf landeseigenen und genossenschaftlichen Wohnungsbau, ohne in das Feld einzugreifen. Das Gebäude selbst beleben wir neu und öffnen es für vielfältige Nutzungen.

Regulierungen von Wohnraum und Mietverträgen

*Steigende Mietpreise und unsichere Mietverhältnisse belasten viele Berliner*innen. Wir setzen uns dafür ein, dass jede*r – unabhängig von Einkommen, Wohn- oder Lebenslage – ein bezahlbares und sicheres Zuhause findet. Denn für uns gilt: Wohnen darf kein Armutsrisiko sein.*

Eine neue Mietenaufsicht für Berlin

Bei der von uns eingerichteten und erfolgreich arbeitenden Mietpreisprüfstelle können Berliner*innen unkompliziert prüfen lassen, ob ihre Miete zu hoch ist – etwa, weil die Mietpreisbremse verletzt wurde oder Mietwucher vorliegt. Mieter*innen erhalten dort Beratung zu den nächsten Schritten, um ihre Rechte durchzusetzen.

Wir bauen die Mietpreisprüfstelle massiv aus und entwickeln sie zur Mietenaufsicht

Berlin weiter. Sie soll beraten, verfolgen und sanktionieren. Als zentrale Stelle in ganz Berlin bekämpft die Mietenaufsicht künftig auch Wuchermieten und ahndet Verstöße. Die bezirklichen Mieterberatungen entwickeln wir unter ihrem Dach zu regionalen Anlaufstellen weiter. Die Mietenaufsicht erhält eine eigene Ermittlungsgruppe und arbeitet eng mit der Staatsanwaltschaft Berlin zusammen.

Mit einer Mietpreis-Check-App erleichtern wir Meldungen überhöhter Mieten an die

Mietenaufsicht. Bei An- und Ummeldungen informieren wir über Mietpreisbremse und Mietwucher, verweisen auf kostenlose Beratung in den Bezirken und erklären Schutzregeln in Milieuschutzgebieten. Wir setzen uns für die Ausweitung von Milieuschutzgebieten ein.

Mit den Mitteln des Rechtsstaats gegen Miethaie vorgehen

Wir erweitern die Verfolgung von Mietwucher durch eine neue Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft und verfolgen Miethaie mit empfindlichen Geld- und Haftstrafen. Auf Bundesebene setzen wir uns für besondere Spruchkörper an den Gerichten ein. Räumungsprozesse sollen mündlich verhandelt werden; ein schriftliches Vorverfahren bei Zahlungs- und Räumungsklagen schließen wir aus.

Vorbildliche Vermietungspraxis der landeseigenen Wohnungsunternehmen

Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sichern bezahlbaren Wohnraum und sozialen Zusammenhalt. Wir richten sie stärker auf eine vorbildliche Vermietungspraxis aus und verbinden soziale Gerechtigkeit mit nachhaltiger Bewirtschaftung. Wir begrenzen die Mieterhöhungen bei landeseigenen Unternehmen, unter anderem passen wir das Leistbarkeitsversprechen so an, dass sich die maximale Mietbelastung von 27 Prozent des Haushaltseinkommens an der Bruttokaltmiete orientiert – nicht an der Nettokaltmiete.

Wir schaffen Transparenzregeln für Mieterhöhungen und Nebenkostenabrechnungen. Die Ombudsstelle entwickeln wir zu einer echten Schlichtungsstelle weiter und sorgen für wohnortnahe Ansprechpartner*innen mit verlässlichen Sprechzeiten.

Wir stärken Großwohnsiedlungen als lebenswerte und sichere Kieze. Dafür bauen wir das Landesprogramm Großwohnsiedlungen aus und verzahnen es gezielt mit Programmen wie dem Quartiersmanagement, um soziale Infrastruktur, Teilhabe und Lebensqualität dauerhaft zu verbessern. Wir stellen diskriminierungsfreie Vergabe- und Vermietungsmodelle sicher und denken gendergerechte wie auch inklusive Maßnahmen bei Modernisierungen und Weiterentwicklung des Bestands mit.

Wohnungen effektiver nutzen – Generationen zusammenbringen

Bei landeseigenen Wohnungen unterstützen wir neben dem Wohnungstausch auch den Wechsel von einer größeren in eine kleinere Wohnung, etwa indem der Quadratmeterpreis erhalten bleibt. Wir stellen diskriminierungsfreie Vergabe- und Vermietungsmodelle sicher, in dem wir anonymisierte Bewerbungsverfahren einführen, verbindliche Anti-Diskriminierungsstandards schaffen und systematische Testverfahren zur Aufdeckung von Benachteiligung ausbauen. Bei Modernisierungen und Weiterentwicklung des Bestands denken wir gendergerechte und inklusive Maßnahmen mit. Eine Tauschbörse soll alle landeseigene und private Wohnungsunternehmen einbeziehen.

Mit dem neuen Vermittlungsprogramm „Wohnen für Hilfe“ schaffen wir neue Wege für bezahlbares und generationenübergreifendes Wohnen. Wir bringen Senior*innen mit ungenutzten Zimmern mit jungen Menschen zusammen, die im Alltag unterstützen und dafür eine entsprechend verringerte Miete zahlen müssen. So entstehen Wohnpartnerschaften auf Gegenseitigkeit, die bezahlbares Wohnen ermöglichen, Einsamkeit vorbeugen und den Zusammenhalt stärken. Den Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein wollen wir so erweitern, dass Alleinerziehende mit Kind Paaren mit Kind gleichgestellt sind. So sollen Alleinerziehende und ihre Kinder jeweils Anspruch auf ein eigenes Zimmer und einen gemeinsamen Raum haben.

Eine neue Spezialeinheit Wohnraumschutz

Bestehender Wohnraum ist bedroht – durch Abriss, Leerstand wegen ausbleibender Investitionen, Zweckentfremdung als Ferienwohnung oder durch möbliertes Wohnen. Wir bündeln die Durchsetzung des Wohnraumschutzes in einer neuen Spezialeinheit beim Senat, die Bezirke unterstützt und Verfahren beschleunigt.

Ferienwohnungen zurückgeben

Wir verschärfen das Zweckentfremdungsverbot und reduzieren die zulässige Zahl von Tagen pro Jahr für die Nutzung von Neben- und Zweitwohnungen als Ferienwohnungen. So geben wir den Berliner*innen tausende ungenehmigte Ferienwohnungen als

Mietwohnungen zurück.

Inserate ohne Registrierung auf Plattformen werden wir konsequent unterbinden. Auch gegen die kurzzeitige Vermietung hotelartig möblierter Räume und gegen Überbelegung zur Profitmaximierung gehen wir vor. Die Spezialeinheit Wohnraumschutz hilft den Bezirken, illegale Angebote zu ermitteln und effektiv zu unterbinden.

Mikroapartments begrenzen

Wir werden den Bau von sog. Mikroapartments stärker steuern. Hierzu nutzen wir insbesondere Bebauungspläne, um durch Mindestgrößen oder eine Begrenzung der Anzahl von Wohnungen pro Gebäude Mikroapartments einzuschränken. Ebenso begrenzen wir den Umbau von Bestandswohnungen zu Mikroapartments. Angebote für besondere Wohnformen für Studierende, Senior*innen oder weitere spezifische Zielgruppen sollen davon unberührt bleiben. Wir setzen uns weiterhin für eine stärkere Mietenregulierung auch in diesem Segment ein.

Abriss und Verwahrlosung von Wohnungen stoppen

Der Erhalt von Bestandswohnraum hat Vorrang vor Abriss und Ersatzneubau. Den Abriss von Gebäuden schränken wir deutlich ein.

Wir ermöglichen den Bezirken, schneller gegen unzumutbare Wohnverhältnisse, Verwahrlosung und Schrottimmobilien vorzugehen. Die Spezialeinheit Wohnraumschutz unterstützt dabei. Damit sich Verstöße nicht lohnen, erhöhen wir die Bußgeldrahmen. Wenn Vermieter ihre Bestände nicht instandhalten, greifen wir schneller ein. Mit einem Landesfonds für Ersatzmaßnahmen sollen die Bezirke gezielt unzumutbare Wohnverhältnisse verbessern, die Kosten den Eigentümern in Rechnung stellen und bei Säumnis beschlagnehmen.

Eigentümer*innen mit mindestens 50 Wohneinheiten verpflichten wir im Rahmen einer Novelle des von uns erlassenen Wohnraumsicherungsgesetzes, eine Instandhaltungsrücklage zu bilden und einen festgelegten Anteil ihres Bestands an Haushalte mit Wohnberechtigungsschein zu vermieten.

Wir führen ein Mieten- und Wohnungskataster auf Landesebene ein. Es schafft Transparenz über

Eigentumsverhältnisse, hilft beim Erfassen von Leerstand und verbreitert die Grundlage für die ortsübliche Vergleichsmiete. Des Weiteren wird das Kataster zur automatisierten Prüfung der Miethöhe bei neuen Vertragsabschlüssen und Mieterhöhungen verwendet. Zusätzlich führen wir eine Leerstandsmeldepflicht für Eigentümer und eine progressive Leerstandssteuer ein, um langanhaltenden und spekulativen Leerstand unattraktiv zu machen.

Mieten und Gewinne von Vermietern deckeln

Wir schaffen eine neue soziale Wohnungsordnung, die den gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt stärkt und signifikant ausbaut. Dafür nutzen wir alle rechtlichen Möglichkeiten - auch solche, die uns die Verfassung bietet. Dabei ist unser Ziel auch die Einführung eines rechtssicheren Mietendeckels über eine Länderöffnungsklausel über die Bundesgesetzgebung oder auf Grundlage des Art. 15 GG.

Die Zustimmung zur Initiative des Volksentscheids „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ zeigt für uns deutlich, dass eine Mehrheit der Berliner*innen die zügellose Abzocke großer, insbesondere börsennotierter Wohnungsunternehmen ablehnt.

Änderungen im Mietrecht des Bundes sind dringend nötig

Wir kämpfen auf Bundesebene weiter für dringend notwendige Verbesserungen im Mietrecht: Wir setzen uns dabei für eine dauerhafte Mietpreisbremse ohne Ausnahmen ein und stellen klar, dass sie auch für möblierte Kurzzeitvermietungen gilt.

Auch das Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wollen wir entfristen. Indexmieten wollen wir verbieten; die Kappungsgrenze auf maximal sechs Prozent in drei Jahren senken.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass auf Bundesebene die Modernisierungsumlage gesenkt und befristet wird, bis die Kosten gedeckt sind. Eigenbedarfskündigungen sollen auf die Kernfamilie begrenzt werden; Missbrauch, etwa durch gekauften Eigenbedarf, ausgeschlossen werden. Die Grundsteuer soll nicht mehr auf die Miete umgelegt werden können. Wir setzen

uns dafür ein, dass der Bund zudem ein soziales Gewerbemietrecht einführt. Das Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten soll wiederhergestellt werden. Das Wirtschaftsstrafrecht soll so verschärft werden, dass Wuchermieten schon bei Vorliegen eines Wohnraummangels verboten sind.

Berlin bleibt eine Mieter*innen-Stadt.

Unser Berlin wird sauber, grün und lebenswert

Feministische Stadtplanung: Berlin als faire, inklusive und sorgende Stadt

In der Stadtentwicklung orientieren wir uns an unterschiedlichen Lebensrealitäten und gestalten Berlin als Stadt für alle. Der öffentliche Raum wird barrierefrei, sicher und bedarfsgerecht gestaltet. Bei Projekten werden wir Gender-Mainstreaming grundsätzlich als Standard für die Planung und Vergabe verankern, um Geschlechtergerechtigkeit aktiv umzusetzen. Wir führen nach Vorbild der Stadt Wien eine eigene Leitstelle für „alltags- und gendergerechtes Planen und Bauen“ ein und schaffen so eine institutionelle Verankerung.

Parks und Grünflächen schaffen Lebensqualität

Parks und grüne urbane Flächen verbessern das Stadtklima, kühlen im Sommer und schaffen Lebensqualität für Mensch und Natur.

Wir versetzen die Bezirksämter dauerhaft finanziell und personell in die Lage, naturnah zu pflegen.

Ergänzend arbeiten wir daran, dass die Berliner Stadtreinigung (BSR) die Reinigung aller Spielplätze und bis 2030 aller Parks und Grünanlagen übernimmt. So können sich die Bezirke stärker auf Pflege und Entwicklung konzentrieren. Parkläufer*innen sichern wir dauerhaft ab und weiten sie auf weitere Parks aus.

In der wachsenden Stadt brauchen wir auch wachsende Grünflächen. Deshalb schaffen wir einen neuen Berliner Volkspark dort, wo besonders viel neuer Wohnraum entsteht – im Osten der Stadt.

Mehr Stadtbäume für Berlin

Mit dem Berliner Klimaanpassungsgesetz haben wir eine Grundlage geschaffen, um Berlin grüner und kühler zu machen. Bis 2040 soll die Zahl der

Selbstgenutztes Wohneigentum unterstützen wir trotzdem gezielt – besonders für Familien mit geringem und niedrigem Einkommen im Rahmen von privaten Neubaugebieten sowie für Mieter*innen, die bei Umwandlung bereits in der Wohnung leben.

Stadtbäume um 70 Prozent steigen. Jetzt zählt die Umsetzung. Dabei setzen wir auf Bäume statt Bürokratie. Statt mit einem neuen Landesamt setzen wir das Gesetz mit den vorhandenen Verwaltungen um.

Altbäume mit ihrer Schattenwirkung schützen wir stärker und verbessern die Pflege des Bestands. Im Hoch- und Tiefbau planen wir baumgerecht und koppeln Fällgenehmigungen an den tatsächlichen Baubeginn. Bei Baumaßnahmen werden wir baumerhaltende Planungen grundsätzlich priorisieren. Auch dafür passen wir die Regeln für den Straßenraum an Klimaschutz und Baumschutz an.

Wir erhalten Straßenbaumstandorte, bepflanzen leere Baumscheiben bis 2027 und schaffen neue Baumstandorte – im Zielbild alle 15 Meter einen. Dazu stärken wir die Stadtbaumkampagne und Baumpatenschaften und aktivieren bürgerschaftliches Engagement.

Abkühlung und grüne Erholung in den Kiezen

Wir gestalten Plätze und Straßen so, dass Menschen dort gern verweilen und sich sicher fühlen – und dass zugleich Lebensräume für Stadtnatur und Tiere entstehen. Mini-Parks und wohnortnahe Grünflächen schaffen Abkühlung in fußläufiger Entfernung.

Den Zugang zu Wasser verbessern wir mit Planschen und Brunnen, die die Berliner Wasserbetriebe zentral ausbauen und instandhalten.

Wir handeln zuerst dort, wo Hitze, Lärm, Luftbelastung, Grünmangel und soziale Belastungen zusammenkommen. Hotspots wie den Washingtonplatz und den Vorplatz am Bahnhof Gesundbrunnen entsiegeln oder begrünen wir, etwa mit einem Tiny Forest.

Wir wollen, dass die Gewässer in der Innenstadt wieder besser zugänglich werden. Als Baustein dafür machen wir Baden in der Spree möglich.

Die Berliner Stadtnatur erhalten

Kleingärten stehen für lebendiges, soziales Stadtleben. Wir stärken und schützen sie, fördern Öffnung für Nachbarschaften und den Erhalt der Biodiversität. Wir entwickeln Kleingartenanlagen als Naherholungsgebiete – für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner und für die Stadtgesellschaft. Gemeinschaftliches Gärtnern im öffentlichen Raum unterstützen wir.

Mit der EU-Wiederherstellungsverordnung soll Berlin 20 Prozent seiner Fläche renaturieren. Wir nutzen das, um den Wert der Stadtnatur zu vermitteln – auch mit Schulen und Informationskampagnen. Die Biodiversitätsstrategie setzen wir um, am Berlin Urban Nature Pact halten wir fest und wirken dem Artensterben wirksam entgegen.

Mit den Berliner Forsten machen wir den Wald klimafest und gestalten ihn naturnah um. Er bleibt Erholungswald; wirtschaftliche Nutzung bleibt nachrangig. Wir fördern den Umbau zum Mischwald vorrangig über Naturverjüngung. Den Zustand begleiten wir mit satellitengestütztem Monitoring.

Wir würdigen freiwilliges Umweltengagement. Einsätze, wie Müllsammeln, werden wir mit der Ehrenamtskarte anerkennen und durch Gutscheine für Museen, Theater oder Bäder belohnen. Auch die Kehrenbürger-Aktionen der BSR führen wir fort und bauen sie weiter aus. Damit unterstützen wir diejenigen, die ihre Nachbarschaft sauber halten und verschönern wollen.

Tierschutz als Teil unserer Verantwortung

Wir stärken die Veterinärämter, damit sie illegalen Tierhandel und Qualzuchten konsequent kontrollieren können. Wir sichern die Finanzierung des Tierheims und fördern funktionierende Konzepte für Katzenkastrationen und Stadtaubenmanagement. Der Hundeführerschein ersetzt die Rasseliste und schafft Sicherheit durch Wissen. Wir schließen den Einsatz von Tieren auf staatlichen Bühnen des Landes aus und untersagen weiterhin Auftritte von Zirkussen mit Wildtieren auf landeseigenen Flächen. Die Funktion der*des Landestierschutzbeauftragten bleibt zentrale

Stimme für Tiere in Berlin.

Regenwasser nutzen, Grundwasser schützen, Wasser sparen

Für die Schwammstadt koppeln wir mit den Berliner Wasserbetrieben und der Regenwasseragentur mehr Regenwasser von der Kanalisation ab. Es soll vor Ort versickern, Einleitungen senken und Gewässerqualität sowie Stadtgrün stärken. Wir wollen den Anteil des Regenwassers, den wir technisch von der Kanalisation abkoppeln können, weiter erhöhen. Dafür werden wir auch das grundstücksübergreifende Regenwassermanagement rechtlich verbindlich machen.

Eine sichere Trinkwasserversorgung ist lebenswichtig. Wir sind uns der drohenden Grundwasserproblematik in Berlin und Brandenburg bewusst und arbeiten verstärkt an gemeinsamen Anpassungsstrategien beider Länder. Wir bringen Gewässer und Uferbereiche gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie in einen guten Zustand und erhalten sie als Lebensräume und Erholungsorte – mit besonderem Fokus auf Kleingewässer. Notversorgung über Notbrunnen sichern wir und starten eine Wassersparoffensive sowie eine verstärkte Fokussierung auf Grauwasserlösungen (Aufbereitung von Wasser zur Zweitnutzung) im privaten und öffentlichen Bereich. Um die Berliner Wasserwerke nachhaltig zu schützen, wollen wir die Sanierung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen vorantreiben. Dazu stärken wir die Bezirke personell und finanziell.

Müll vermeiden und recyceln

Wir stehen zum Zero-Waste-Konzept: Vermeidung hat Vorrang vor Verwertung und Entsorgung. Eine Verpackungssteuer soll den Müll aus Essensverpackungen senken. Das NochMall-Kaufhaus und der Reparatur-Bonus werden fortgeführt.

Damit der Umgang mit Müll und Umwelt wieder mehr ins Bewusstsein gelangt, verankern wir Müllvermeidung, Recycling und richtige Trennung frühzeitig im Kita- und Schulalltag. Projektstage mit der BSR werden an Berliner Schulen zum Standard.

Nicht-kommerzielle Träger bei Altkleidersammlung und -verteilung stärken wir. Die Altholz-Recyclingquote erhöhen wir deutlich über 25 Prozent, besonders mit den neuen Anlagen in

der Gradestraße. Unvermeidbaren Müll bereiten wir künftig stärker in Berlin auf und verwerten ihn. Wir ermöglichen weitere Müllsortieranlagen bei der BSR für verbesserte Ressourcen-Kreisläufe. Wir wollen noch mehr Haushalte mit Biotonnen ausstatten und führen auch die bezirklichen Grünabfälle konsequent der Kompostierung durch die BSR zu.

Das Sperrmüllproblem endlich lösen

Berlin ist zu dreckig. Illegale Müllablagerungen belasten viele Kieze und beschädigen das Vertrauen in den Staat. Wir gehen systematisch und mit wirksamen Maßnahmen dagegen vor. Wir beziehen die Stadtgesellschaft dabei aktiv mit ein

Wir ändern das Straßenreinigungsgesetz, damit die BSR Sauberkeit besser über Meldungen, Sensoren und Nutzerfeedback steuern kann. Gemeinsam mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft starten wir Projekte, um stark belastete Räume sauberer zu halten. Die Reinigungszyklen der BSR sollen flexibel an die unterschiedlichen Bedarfe der Bezirke angepasst werden. Wir orientieren die Personalverteilung der BSR berlinweit am Müllaufkommen, nicht an den Bezirksgrenzen.

Sperrmüll-Kieztage weiten wir deutlich aus: In

jedem Kiez soll es einmal pro Quartal einen Kieztage geben. Die BSR informiert zu Jahresbeginn über Termine; mit Initiativen entwickeln wir die Kieztage zu Nachbarschaftstagen mit Tauschmöglichkeiten weiter. Wir werden für jeden Haushalt zweimal im Jahr eine Sperrmüllabholung vor der Haustür anbieten. Sie werden über eine digitale Plattform organisiert und über die Hausmüllgebühren finanziert.

Wir verlängern die Öffnungszeiten der BSR-Recyclinghöfe und Sammelstellen und wollen für stark belastete Bezirke auch neue schaffen. Damit die Entsorgung einfacher und illegalen Ablagerungen besser vorgebeugt wird. Illegale Ablagerungen klären wir schneller auf und verfolgen sie konsequent. Dafür wird die Berliner Ordnungsamts-App weiterentwickelt, um partizipative Prozesse erweitert sowie in ein Gesamtkonzept zur sauberen und sicheren Stadt einbezogen. Zugleich wird sie mit einem neuen Transparenz-, Steuerungs- und Managementmodell mit den Bezirksämtern verbunden. Zur besseren Umsetzung setzen wir „Müll-Sheriffs“ in den Ordnungsämtern ein und verbessern die Zusammenarbeit mit Polizei und BSR.

Sichere Mobilität für alle Berliner*innen

*Die aktuelle von den Konservativen geführte Mobilitäts- und Verkehrspolitik in Berlin ist lückenhaft und rückwärtsgewandt. Wir wollen wieder auf den Weg hin zu einer klimaverträglicheren Mobilität im Interesse aller. Statt auf ein Gegeneinander der Verkehrsteilnehmer*innen setzen wir auf Alternativen zum eigenen Auto. Denn die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner nutzt den ÖPNV, geht zu Fuß oder fährt Fahrrad. Unsere Aufgabe ist es, gerade diese Verkehrsarten so attraktiv zu machen, dass mehr Menschen vom Auto umsteigen können. Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zu den Vorgaben des Mobilitätsgesetzes, vervollständigen und sichern es. Wir setzen uns für eine gerechtere Verteilung der Verkehrsflächen und das Konzept der kurzen Wege ein.*

Öffentlicher Nahverkehr – das Rückgrat unserer Stadt

Entsprechend dem Nahverkehrsplan sollen alle Wohngebiete und Schulen durch eine ÖPNV-Haltestelle in einer Entfernung von maximal 300 bzw. 400 Meter erschlossen werden. Wir wollen für alle Nutzer*innen mit oder ohne Behinderungen flächendeckend mindestens einen 10-Minuten-Takt – in der Innenstadt ebenso wie in den Außenbezirken. Dafür müssen wir besser werden: Wir schaffen mehr Busspuren und sorgen für eine „Grüne Welle“ für Busse und Bahnen. Autonom

fahrende Kleinbusse sollen den ÖPNV in Randlagen und zu Tagesrandzeiten ergänzen. Berlin soll Vorreiterin beim autonomen Fahren im öffentlichen Verkehr werden.

Die Sanierung und Modernisierung des Netzes, barrierefreie Haltestellen mit Sitzgelegenheiten sowie Zugänge an allen Stationen haben für uns Priorität. Die Elektrifizierung des Busverkehrs setzen wir fort und senken damit zugleich den Lärm in der Stadt.

Wir treiben den Ausbau der Straßenbahn in allen Bezirken voran, finanzieren laufende Projekte aus

und nehmen gestoppte Vorhaben wieder auf. Vorrang hat der Bau der Straßenbahnstrecken Turmstraße – Urban Tech Republic – Schumacherquartier und die Verlängerung nach Spandau sowie die Strecken Warschauer Straße – Hermannplatz und Alexanderplatz - Kulturforum. Begonnene U-Bahn-Projekte führen wir zügig weiter, darunter die Verlängerung der U3 zum Mexikoplatz, der U7 zum BER und zur Heerstraße Nord sowie der U8 ins Märkische Viertel. Wo neue Strecken noch fehlen, ergänzen wir sie vorübergehend mit Express-Buslinien.

Wir wollen die wachsenden Ortsteile und Kieze im Osten der Stadt strukturell besser miteinander und mit der Berliner Mitte verbinden. Daher beginnen wir auch mit der Planung einer U-Bahn-Verbindung vom Alexanderplatz nach Hohenschönhausen.

Den neuen schnellen Flughafen-Express Berlin Hbf – BER werden wir zum Bahnhof Gesundbrunnen verlängern. Das Schienenprojekt i2030 zur besseren Anbindung Berlins und Brandenburgs finanzieren wir aus und setzen es mit einem klaren Zeitplan um.

Bezahlbarer und sicherer ÖPNV

Das Deutschlandticket zählt zu den erfolgreichsten Projekten der Verkehrspolitik. Es hat viele Menschen zurück in Bus und Bahn gebracht und den ÖPNV einfacher gemacht. Deshalb fordern wir von Bund und Ländern, den Preis wieder auf 49 Euro zu senken

Für mehr Sicherheit und Sauberkeit setzen wir zusätzliches Personal, darunter Sozialteams, und ermöglichen flexible Nachtbushaltestellen. Die BVG konzentriert sich als öffentliches Unternehmen zunächst auf die Stabilisierung des Betriebs, etwa durch mehr Kapazitäten für Wartung und die kontinuierliche Fahrzeugbeschaffung. Dabei unterstützen wir die BVG, schnellstmöglich wieder in die Ausweitung des eigenen Angebots investieren zu können. Hierfür sichern wir die entsprechend notwendigen finanziellen Mittel. Die S-Bahn bleibt rechtlich und betrieblich eine Einheit. Zugleich wirken wir auf die Deutsche Bahn ein, damit Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit wieder deutlich steigen.

Wir schützen das Taxigewerbe vor unlauterem Wettbewerb und führen ein Mindestbeförderungsentgelt für appvermittelte Mietwagen ein. Alle Berliner Taxen sollen am BER Fahrgäste aufnehmen dürfen.

Wir entwickeln das Konzept zur Barrierefreien Alternativen Beförderung (BAV) weiter, sodass alle Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung im Sinne des Landesgleichberechtigungsgesetzes den Öffentlichen Nahverkehr nutzen können.

Fußverkehr – sicher, barrierefrei, überall

Ein Drittel aller Wege legen die Berliner*innen zu Fuß zurück – kostenlos, umweltfreundlich und gesund. Das fördern wir mit breiten, gut beleuchteten, barrierefreien und sicheren Gehwegen zu jeder Jahreszeit und bei allen Witterungsbedingungen sowie deutlich mehr sicheren Querungen, auch in Fahrradstraßen. Auch die Instandhaltung der Fußwege einschließlich der Beleuchtung wird auskömmlich finanziert. Alle Ampeln rüsten wir mit taktilen und akustischen Signalen aus. Auch für Fußgänger*innen schaffen wir eine grüne Welle.

Um das Chaos mit E-Scootern und Leihrädern zu beenden, richten wir verbindliche Abstellflächen ein, sogenannte Jelbi-Stationen. Wir sorgen dafür, dass sie nicht mehr auf Gehwegen genutzt werden können. Außerhalb dieser Flächen soll sich die Nutzung nicht beenden lassen. Wir stellen außerdem sicher, dass Sharing-Angebote nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Außenbezirken verfügbar sind. Außerdem schaffen wir ein landeseigenes, allgemeinwohlorientiertes Car-Sharing-Angebot, welches berlinweit mit Elektrofahrzeugen betrieben werden soll. Wir verdoppeln die Sondernutzungsgebühr für die Nutzung des öffentlichen Straßenraums für E-Scooter Betreiberfirmen innerhalb des S-Bahn-Rings und weiten die Gebührenpflicht auf ganz Berlin aus.

Radverkehr – geschützt, schnell, verbindend

Für ein lückenloses und sicheres Netz setzen wir den Radverkehrsplan konsequent um und priorisieren das Radvorrangnetz. Bei den Radschnellverbindungen kehren wir zur vorgesehenen Planung zurück und schaffen verlässliche Finanzierungsbedingungen.

Wir errichten mehr Radbügel, bauen Fahrradparkhäuser sowie Bike-and-Ride-Anlagen mit Beleuchtung und Wetterschutz an Mobilitätsknotenpunkten und entwickeln dafür serielle Typen und Standards. Auch in Brandenburg

setzen wir uns für sichere Abstellanlagen an S-Bahnhöfen ein, damit Pendler*innen leichter umsteigen können. Wir fördern wieder ein Leihradsystem, da es Ordnung schafft und best-möglich moderne, nachhaltige und urbane Mobilität auch dort fördert, wo es sich wirtschaftlich nicht rechnet. Durch erfolgreiche Ermittlungen bei Fahrraddiebstahl reduzieren wir die Anzahl der Delikte und steigern die Aufklärungsrate.

Straßenverkehr – sichere Infrastruktur und klimafreundlich

Das Straßennetz bleibt zentral für die Funktionsfähigkeit der Stadt. Busse, Rettungsdienste, Feuerwehr, Stadtreinigung und Gewerbeverkehr brauchen leistungsfähige und sichere Wege, einschließlich intakter Brücken. Den motorisierten Individualverkehr denken wir mit, ohne ihn zur unverhältnismäßigen Belastung für Sicherheit und Infrastruktur werden zu lassen.

Statt die A100 weiterzubauen, setzen wir auf den Erhalt unserer Straßen und Brücken sowie auf nachhaltige Mobilität. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass Investitionsmittel stärker als bisher für die Sanierung von Straßen und Brücken sowie den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs eingesetzt werden. Für den Anschluss Treptower Park entwickeln wir ein Verkehrskonzept, damit die Autobahn dort dauerhaft endet und das Verkehrschaos in den angrenzenden Kiezen beendet wird.

Wir bauen die Tangentialverbindung Ost als Straße, ohne einen späteren parallelen S-Bahn-Ausbau zu behindern. Neue Stadtteile planen wir autoarm, priorisieren Carsharingparkplätze und errichten Kiezparkhäuser – wo möglich auch in bestehenden Quartieren.

Für Pendler*innen werten wir Park-and-Ride-Anlagen mit Beleuchtung, Wetterschutz, Ladepunkten, Toiletten und Jelbi-Verknüpfung auf.

Parkplätze – verlässliche, langfristige Reduzierung

Wir weiten Parkraumbewirtschaftungszonen aus, entlasten Anwohnende bei der Parkplatzsuche und kontrollieren effizienter mit Scan-Cars. Die Gebühren für Anwohnerparkausweise erhöhen wir.

Die Einnahmen verwenden wir zweckgebunden für den Umweltverbund (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr) und für Kiezparkhäuser.

Wir ermöglichen außerdem, dass Anwohner*innen Stellplätze von Supermärkten, Behörden oder Parkhäusern außerhalb der Öffnungszeiten nutzen können. Ein digitales Parkleitsystem soll den Parksuchverkehr deutlich reduzieren.

Für den Wirtschaftsverkehr bauen wir Gewerbekurzzeitparkplätze und Ladezonen massiv aus, damit Lieferdienste, Handwerker*innen und Pflegekräfte sichere Stellflächen finden.

Ausbau der Ladeinfrastruktur

Für mehr Elektromobilität setzen wir den Ausbau öffentlicher Ladesäulen konsequent fort und regen zusätzliche Ladepunkte auf Parkplätzen des Einzelhandels an. Schnelles Laden beim Einkaufen soll zum neuen Standard werden.

Verkehrssicherheit – Vision Zero umsetzen

Wir stehen zur Vision Zero: keine Toten und Schwerverletzten im Straßenverkehr. Verkehrsberuhigung in den Kiezen bleibt dafür das wirksamste Mittel. Wir unterstützen Initiativen der Anwohner*innen und wirken auf Navigationsanbieter ein, um Durchgangsverkehr zu vermeiden.

Tempo 50 auf bisherigen Tempo-30-Strecken lehnen wir ab. Tempo 30 richten wir besonders rund um Kitas, Schulen, Spielplätze und Seniorenheime ein und nutzen die neuen Spielräume der Straßenverkehrsordnung konsequent.

Nach dem Pariser Modell der „temporären Schulstraßen“ werden wir die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, geeignete Straßen vor Schulen und Kitas auch durch Absperrungen zu sichern. Kinder schützen wir mit abgegrenzten Radwegen, getrennten Abbiegespuren, temporären Spielstraßen und anderen baulichen Maßnahmen sowie speziellen Verkehrskonzepten, Lotsendiensten und Verkehrserziehung. Wir setzen auf konsequente Kontrollen sowie den Ausbau stationärer und mobiler Überwachung von Tempo, Lärm und Rotlichtverstößen. Die Einnahmen verwenden wir zweckgebunden. Die Fahrradstaffel der Polizei bauen wir aus und statten die Ordnungsämter besser aus.

Flugverkehr und internationale Anbindung

Berlin braucht eine starke internationale Anbindung – für die Menschen in der Stadt ebenso wie für Wirtschaft und Gäste. Wir arbeiten an besserer Konnektivität am BER und treiben internationale Bahnverbindungen voran, besonders in Richtung Polen und Baltikum. Das Nachtflugverbot am BER bleibt bestehen.

Daten, Transparenz und Digitalisierung im Verkehr

Fahrgastinformationen im ÖPNV stellen wir digital und in Echtzeit bereit – auch an Haltestellen. Sharing-Angebote bündeln wir in einer multimodalen App und vernetzen sie mit Bus und Bahn. Verkehrslenkung und Überwachung digitalisieren wir weiter. Wir unterstützen den Ausbau des Nachtzugnetzes.

Wirtschaftsverkehr – sauber, effizient, lokal

Wir bringen wirtschaftliche Verkehre mit Klima- und Stadtzielen in Einklang. Dezentrale Logistik-Hubs bauen wir aus, ebenso Lieferungen mit Elektrotransportern und Lastenrädern. In Geschäftsstraßen richten wir mehr Ladezonen und Kurzzeitparkplätze ein (→ siehe Kapitel **PARKPLÄTZE**). Gewerbegebiete statten wir besser aus und sichern ihre ÖPNV-Anbindung.

Ein LKW-Vorrangnetz entlastet belastete Straßen. Mehr Güter verlagern wir auf Schiene und Wasserwege, schaffen zusätzliche Umschlagplätze und stärken die landeseigene BEHALA und stärken die landeseigene BEHALA sowie ihre Anbindung an Wasser und Schiene.

Wasserstraßen – gemeinsam und nachhaltig

Wir treiben die Elektrifizierung der gewerblichen und privaten Schifffahrt voran, vereinheitlichen die Registrierung und führen einen „TÜV“ für Boote ein. Für die Entsorgung von Schrottbooten schaffen wir klare Regeln. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, die Führerscheinfreiheit auf Wasserstraßen von 15 auf 5 PS zu senken.

Sicherheit für ein gutes Leben

„Alle freien Menschen, wo immer sie leben mögen, sind Bürger Berlins.“ Das hat John F. Kennedy bei seiner berühmten Rede gesagt. Denn Berlin ist die Hauptstadt der Freiheit. Damit das so bleibt, brauchen wir die Stärke des Rechts – nicht das Recht des Stärkeren. Das bedeutet: Harte Kante gegen alle Feind*innen der Demokratie, aber offene Arme für alle, die demokratisch mitgestalten wollen. Wir sind für ein Verbot der AfD und setzen zugleich auf Deradikalisierung und Demokratieförderung.

Berlin muss gewappnet sein - gegen (Cyber-)Angriffe auf unsere demokratische und technische Infrastruktur, gegen Krisen und Kriminalität. Eine Stadt ist nur so sicher, wie ihre Bewohner*innen sich fühlen. Deshalb sichern wir unsere

Infrastrukturen und investieren in Katastrophen- und Bevölkerungsschutz.

Wir setzen auf Prävention vor Härte. Auf mehr Mittel für die Justiz und eine gut ausgestattete Polizei – als Verbündete der Menschen gegen Angst, Hass und Gewalt. Wir denken die Sicherheit vor Straftaten und soziale Sicherheit zusammen - so wird Kriminalität wirksam vorgebeugt. Als Basis für eine solche Sicherheits- und Kriminalpolitik wollen wir die kriminologische und sicherheitspolitische Forschung in Berlin stärken.

Wir setzen auf gute Krankenhäuser und starken öffentlichen Gesundheitsdienst. Unser soziales Sicherungsnetzes umfasst eine gute Gesundheitsversorgung für alle Berliner*innen.

Unsere wehrhafte Demokratie schützen

*Wir schützen unsere wehrhafte Demokratie vor ihren Feind*innen und stärken sie mit einem Demokratiefördergesetz. Sicherheitsbehörden, Verfassungsschutz und Zivilgesellschaft leisten gemeinsam einen wichtigen Beitrag, um extremistischen Kräften und Parteien entschlossen entgegenzutreten.*

Ein Verbotsantrag gegen die AfD

Wir sehen die extreme Rechte und autoritäre Bestrebungen als größte Gefahr für unsere Demokratie. Deshalb wollen wir, dass die AfD vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft wird. Wir unterstützen einen entsprechenden Antrag und treiben ihn mit einer Bundesratsinitiative voran.

Die Demokratie stärken

Wir lehnen jede Form extremistischer oder religiös motivierter Gewalt entschieden ab. Berlin braucht eine Strategie für lebendige Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Netz, ergänzt um digitale Präventionsansätze gegen Hassrede, Desinformation und Radikalisierung. Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Misogynie, Queerfeindlichkeit und geschlechtsspezifische Gewalt. Damit schaffen wir für die demokratiefördernde Arbeit der Zivilgesellschaft und für die Demokratiebildung einen verlässlichen, gesetzlichen Rahmen. So stellen wir ihre langfristige Finanzierung sicher und stärken die gesellschaftliche Resilienz dauerhaft.

Zusätzlich richten wir ein Kompetenzzentrum für Deradikalisierungs-, Distanzierungs- und

Ausstiegsarbeit in den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus ein. Wir entwickeln auch geeignete Maßnahmen im Bereich des Linksextremismus. Rechtsextreme Jugendkultur behandeln wir als eigenständiges Phänomen und begegnen ihr mit gezielten Präventionsprogrammen. Wir stärken die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Bereich der Extremismusbekämpfung.

Wir verteidigen die weltanschauliche Neutralität des Staates. Zudem stärken wir unsere Demokratie durch Förderung der demokratischen Beteiligung und Mitwirkung aller Berliner*innen. Die Beteiligungsplattform „Mein Berlin“ entwickeln wir weiter, setzen auf Vor-Ort-Dialoge der Senatsmitglieder und frühzeitige Informationsveranstaltungen bei anstehenden Bau- und Infrastrukturmaßnahmen. Die bestehenden Büros für Bürgerbeteiligung sichern wir ab. Politische Bildung legt dabei den Grundstein - durch Vermittlung von Teilhabemöglichkeiten und der Stärkung der Mündigkeit der Berliner*innen. Deshalb wollen wir Träger politischer Bildung auskömmlich finanzieren und ihre inhaltliche Unabhängigkeit sichern.

Schutz und Sicherheit für Stadt und Menschen

Infrastruktur-, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz

Berlin steht als Hauptstadt besonderen inneren wie äußeren Gefährdungen gegenüber. Analog zum Nationalen Sicherheitsrat der Bundesregierung setzen wir in Berlin einen Landessicherheitsrat ein, um die Entwicklung und Umsetzung von Sicherheitsstrategien zu koordinieren. Wir stärken damit die ressortübergreifende Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit zwischen der Bundeshauptstadt und der Bundesregierung sowie anderen Landesregierungen.

Damit Berlin auch in Krisen handlungsfähig bleibt,

machen wir unsere Stadt widerstandsfähiger und legen dafür eine umfassende Strategie zum Schutz kritischer Infrastruktur vor. Gezielt investieren wir in Technik, Schutzmaßnahmen und dezentrale Versorgungslösungen.

Gleichzeitig unterstützen wir die Betreiber kritischer Infrastruktur bei Prävention und Schutz. Das Lagebild Berlin entwickeln wir zu einem Echtzeit-System für Strom, Wasser, Wärme und weitere sensible Bereiche weiter, damit wir Risiken früh erkennen können.

Zudem bauen wir das Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement

aus, verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes, regeln die Führungszuständigkeit in Krisenlagen gesetzlich und führen ein landeseinheitliches Krisenmanagementsystem ein, das für alle Katastrophenschutzbehörden gilt. Krisenstäbe bestehen aus fest benannten Stabsmitgliedern und es finden regelmäßige Übungen statt. Die Barrierefreiheit wird auch in Krisensituationen mitgedacht - die notwendigen Informationen werden auch in Leichter Sprache sowie Deutscher Gebärdensprache zur Verfügung gestellt. Wir stellen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung sicher, um auch Mehrfach- und Langzeitlagen beherrschen zu können. Wir stärken die zivile Verteidigung und machen unsere Wirtschaft robuster gegen Cyberangriffe (→ siehe Kapitel **TRANSFORMATION IN DIE DIGITALGESELLSCHAFT**). Dazu intensivieren wir die europäische Kooperation in der Cybersicherheit, um kritische Infrastruktur und Wissenschaftseinrichtungen in Berlin effektiv vor KI-gestützten Bedrohungen zu schützen. Denn zum Schutz unserer Stadt, der Berliner*innen und unserer Demokratie gehört auch der Schutz digitaler Infrastrukturen vor Angriffen und gezielter Desinformation. So sichern wir staatliche Handlungsfähigkeit und eine verlässliche Versorgung für alle Berliner*innen.

Berlin zum Wegweiser evidenzbasierter Sicherheits- und Kriminalpolitik machen

Wir wollen Berlin zu einem führenden Standort für sicherheitspolitische und kriminologische Forschung machen. Dafür wollen wir unter Einbeziehung der bestehenden Forschungseinrichtungen Herausforderungen identifizieren und Lösungen für Metropolregionen entwickeln. Hierbei möchten wir gezielt andere urbane Zentren und deren Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa einbeziehen. In diesem Rahmen wollen wir insbesondere auch regelmäßige Dunkelfeldforschung zu den wichtigsten Kriminalitätsphänomenen in Berlin fördern und den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Forschung, Sicherheitsbehörden und Politik ausbauen.

Sichere Kieze – mehr Opferschutz

Unser Ziel sind sichere Kieze für alle. Neben Prävention stärken wir deshalb die Strafverfolgung. Vom Kampf gegen Fahrraddiebstahl über besseren Schutz vor Belästigungen bis zur Bekämpfung von

Schutzgelderpressung arbeiten wir daran, dass sich alle Berliner*innen in ihrem Umfeld sicher fühlen können.

Wir verstärken gezielt die Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft gegen Wirtschaftskriminalität wie Geldwäsche, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Korruption. Kriminell erworbenes Vermögen schöpfen wir konsequent ab. Zugleich nehmen wir organisierte Kriminalität, Banden- und Cyberkriminalität stärker in den Blick. Mafiöse organisierte Kriminalität zeigt sich in Berlin auch in Form von systematischer Ausbeutung und Einschüchterung, etwa durch Schutzgelderpressung, Arbeitsausbeutung, Zwangsprostitution oder kriminelle Netzwerke in einzelnen Branchen. Wir stärken deshalb spezialisierte Ermittlungsstrukturen bei Polizei und Staatsanwaltschaft, verbessern zudem den Schutz sowie die Beratung für Betroffene.

Gewalt gegen Frauen, queerefeindliche Übergriffe und andere Formen von Hasskriminalität bekämpfen wir entschlossen - egal, ob sie online oder offline stattfinden. Wir stärken spezialisierte Beratungsstellen und erhöhen die Aufklärungsquoten.

Freiheitsrechte schützen

Bei alledem gilt: Staatliche Eingriffe müssen stets verhältnismäßig bleiben und die Freiheitsrechte achten.

Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb dafür ein, die Rechte des unabhängigen Polizei- und Bürgerbeauftragten im Strafprozess zu stärken. Über eine Bundesratsinitiative wollen wir außerdem das Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter*innen erweitern, wenn sie besonders sensible Beratungen übernehmen.

Ebenso muss die Versammlungsfreiheit ein hohes Gut bleiben. Wir halten deshalb an der Berliner Deeskalationsstrategie fest und stellen zugleich sicher, dass die Presse auch bei Demonstrationen ungehindert arbeiten kann.

Wir stärken das Vertrauen aller Communities in die Sicherheitsbehörden und halten am klaren Verbot von Racial Profiling fest. Verdachtsunabhängige Kontrollen wollen wir räumlich und in ihrem Anwendungsbereich auf das notwendige Minimum beschränken. Waffen- und Messerverbotzonen sollen die Ausnahme bleiben. Deshalb unterziehen

wir die Einstufung kriminalitätsbelasteter Orte einer regelmäßigen parlamentarischen Kontrolle.

Beim Einsatz von KI prüfen wir Nutzen und Risiken sorgfältig in jedem Einzelfall und evaluieren die Anwendungen regelmäßig. In diese Prozesse binden wir Sicherheitsbehörden, Zivilgesellschaft und digitale Bürgerrechtsorganisationen ein. Im Zusammenhang mit automatisierten Massendatenauswertungen setzen wir uns für eine souveräne europäische Lösung ein. Den Einsatz von Software intransparente und datenschutzrechtlich bedenklicher Hersteller wie Palantir lehnen wir für Berlin entschieden ab.

Zur Aufarbeitung strafrechtlicher Vorwürfe gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes streben wir eine Einheit „Interne Ermittlungen“ bei der Senatsverwaltung für Inneres an. Wir entwickeln das Disziplinarrecht weiter, um verurteilte Extremist*innen leichter und schneller aus dem Staatsdienst entfernen zu können. Darüber hinaus präzisieren wir das Disziplinarrecht im Umgang mit Dienstvergehen unterhalb der Strafbarkeitsschwelle, wie etwa der stillen Mitgliedschaft in Chatgruppen mit menschenverachtenden Inhalten.

Bürgernahe Polizei und Feuerwehr

Wir stehen für eine Polizei, die respektvoll handelt und die Vielfalt dieser Stadt widerspiegelt. Ihre interkulturelle Kompetenz bauen wir deshalb weiter aus und stärken die Sensibilisierung für Rassismus, Queerfeindlichkeit und geschlechtsspezifische Gewalt in der Aus- und Fortbildung.

Einsatzkräfte verdienen Vertrauen, Anerkennung und gute Arbeitsbedingungen. Deshalb stärken wir Polizei und Feuerwehr politisch, mit moderner Infrastruktur und zeitgemäßer Ausrüstung. Bei langwierigen Ermittlungsverfahren verbessern wir den Wissenstransfer bei internen Personalwechseln. Hierbei soll unter anderem stets sichergestellt sein, dass Ansprechpersonen für Betroffene und Hinterbliebene kompetent und erreichbar sind. Routinemäßige Supervision, bei der Beamt*innen das Einsatzgeschehen reflektieren können, bauen wir aus. Wir setzen uns auf Bundesebene für die rechtliche Gleichstellung ehrenamtlicher Helfer*innen in Hilfsorganisationen mit den Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehr und des Technischen Hilfswerk ein.

Um Menschen in psychischen Krisen besser zu

helfen, vernetzen wir Polizei, sozialpädagogische Fachkräfte und sozialpsychiatrische Dienste. Zudem verstetigen wir das Sozialmedizinische Akutteam der Berliner Feuerwehr und den psychosozialen Arbeitsplatz der Leitstelle der Berliner Feuerwehr als Teil der Gefahrenabwehr. Für die Sanierung von Wachen und Wehren legen wir ein Sonderinvestitionsprogramm nach Vorbild der Schulbauoffensive auf. Dies gilt für Polizei und Feuerwehr. Zusätzlich starten wir ein Modellprojekt, bei dem Polizei und Feuerwehr Drohnen zur Erstaufklärung einsetzen können.

Wir wollen, dass jedes Kind in Berlin bis zum Schulabschluss mindestens einmal Polizei- und Feuerwehrkräfte in Schule oder Kita erlebt. Gleichzeitig stärken wir die Kiezbeauftragten der Feuerwehr als erfolgreiches Präventionsprojekt.

Die Polizei soll Strafverfolgung und Gefahrenabwehr mit „Community Policing“ verbinden und auf Bündnisarbeit mit der Zivilbevölkerung setzen. Hierbei soll unter anderem die Kooperation mit migrantischen Selbstorganisationen und Betroffenengruppen rassistischer Gewalt verstärkt werden. So entstehen belastbare Kooperationen mit Schulen, Sozialarbeit und weiteren Akteur*innen im Quartier.

Fuß- und Fahrradstreifen weiten wir stadtweit aus. U- und S-Bahnhöfe besetzen wir häufiger mit Sicherheitspersonal. Ergänzend starten wir ein Programm des digitalen „Community Policing“, das besonders junge Menschen auch online erreicht.

Gewaltprävention ausbauen

Viele Akteur*innen aus Sozialarbeit, Bildung, Quartiersmanagement und Ehrenamt leisten bereits wertvolle Arbeit für friedliche Nachbarschaften. Wir fördern ressortübergreifende Programme zur gewaltfreien Konfliktlösung und Prävention in den Kiezen.

Dabei setzen wir Schwerpunkte auf geschlechtsspezifische Projekte, etwa gegen häusliche Gewalt sowie Waffen- und Messergewalt. Die bezirklichen Präventionsräte stärken wir personell. Ein Gewaltpräventionsgesetz soll Prävention, bezirkliche Strukturen und ressortübergreifende Zusammenarbeit verbindlich regeln und dauerhaft finanzieren. Besondere Aufmerksamkeit gilt Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen.

Frauen und Kinder vor Gewalt schützen

Frauen wollen wir besser vor geschlechtsspezifischer Gewalt und vor Femiziden schützen. Wir führen systematische Risikoanalysen bei der Polizei ein. Diese dienen der ersten, standardisierten Früherkennung von Hochrisikofällen auf Grundlage der vorliegenden Datenbasis und können weitere Maßnahmen nach sich ziehen. Die Istanbul-Konvention setzen wir konsequent um und bauen Frauenhäuser, Schutzwohnungen, Unterstützungsangebote für queere Menschen, Angebote psychosozialer Arbeit mit Täter*innen sowie Gewaltschutzambulanzen stadtweit aus. Dabei sichern wir die flächendeckende Versorgung aller Stadtteile ab. Auch Minderjährige sollen einfacher Zugang erhalten.

Einrichtungen zum Schutz von Frauen vor Gewalt werden wir künftig nicht mehr als Zuwendungsprojekte gestalten, sondern in Trägerfinanzierung längerfristig sichern. Zudem setzen wir uns weiter dafür ein, dass Krankenkassen die Kosten der „Vertraulichen Spurensicherung“

übernehmen. Es sollen nach Möglichkeit alle Notfallkrankenhäuser mit Fachrichtung Gynäkologie diese durchführen können.

Wir wollen Kinder als (Mit-)Betroffene von häuslicher Gewalt besser schützen. Auf Bundesebene setzen wir uns daher dafür ein, dass der Gewaltschutz vor dem Umgangsrecht des gewalttätigen Elternteils Vorrang hat.

Wir stärken die unabhängigen Stellen gegen sexuellen Missbrauch und sexualisierte Gewalt an Frauen und richten ebenso eine unabhängige Stelle gegen sexuellen Missbrauch und sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen ein. Durch flächendeckende Aufklärung schützen wir Kinder und Frauen besser vor Cybergrooming und sexualisierter Gewalt im Netz. Wir stärken die Sicherheit im öffentlichen Raum, etwa durch Überdachung und Beleuchtung von Haltestellen, Sicherheitsinfos in Nachtbussen, besetzte Bahnhöfe, mehr BVG-Streifen mit gemischten Teams, das „Heimwegtelefon“ über das Berliner Bürgertelefon an Wochenenden sowie eine Kampagne für Gewaltfreiheit im ÖPNV.

Moderne und leistungsstarke Justiz

Verfahrensdauern verkürzen und Institutionen stärken

Wir wollen eine leistungsfähige Justiz, die zügig ermittelt und entscheidet. Lange Verfahrensdauern höhlen das Vertrauen in den Rechtsstaat aus. Deshalb verkürzen wir diese durch bessere Abläufe, konsequente Digitalisierung und zusätzliche Stellen. Gerade bei Jugendlichen und Heranwachsenden sollen die Behörden auf Straftaten schnell reagieren.

Die Staatsanwaltschaft Berlin stärken wir mit ausgebauten bzw. neuen Schwerpunktabteilungen gegen Angriffe auf Mitbestimmung (→ siehe Kapitel **GUTE ARBEIT UND FACH- UND ARBEITSKRÄFTESICHERUNG**) sowie gegen Wohn- und Mietkriminalität (→ siehe Kapitel **MIT DEN MITTELEN DES RECHTSSTAATS GEGEN MIETHAIE VORGEHEN**). Außerdem stärken wir die Staatsanwaltschaft Berlin durch Fortbildungsangebote zur organisierten, extremen Rechten.

Auch das Schöffengericht werten wir auf und legen besonderes Gewicht auf ein klares Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Einfacher Zugang zum Recht für alle Menschen

Das staatliche Justizmonopol bleibt für uns unantastbar. Gleichzeitig muss jede und jeder – unabhängig von Einkommen oder Vermögen – Zugang zu Rechtsschutz und Rechtsberatung haben.

Wir bauen den elektronischen Rechtsverkehr weiter aus und schaffen eine bürgernahe, dienstleistungsorientierte Justiz mit niedrighwelligen Zugängen. Alle zentralen Informationen bündeln wir in einem Justizportal.

Moderner Strafvollzug

Wir setzen auf einen Strafvollzug, der Sicherheit und Resozialisierung verbindet. Intensivtäter verbleiben im geschlossenen Vollzug, Radikalisierung in Haft unterbinden wir konsequent.

Ersatzfreiheitsstrafen, die oft sozial Schwächere treffen, ersetzen wir schrittweise durch soziale Arbeit. Ausbildung, Arbeit und Täter-Opfer-Ausgleich stärken wir gezielt. Auf Bundesebene

setzen wir uns weiter für die Entkriminalisierung des Schwarzfahrens ein.

Gute Gesundheitsversorgung für alle

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Deshalb wollen wir eine gerechte und flächendeckende Gesundheitsversorgung. Ambulante, stationäre und psychosoziale Angebote müssen enger zusammenarbeiten.

Die Krankenhausversorgung sichern

Viele Berliner Krankenhäuser stehen vor großen. Hohe Defizite und Investitionsstau belasten sie. Die SPD Berlin setzt sich vor diesem Hintergrund für eine auskömmliche Finanzierung ein. Gleichzeitig treiben wir die Krankenhausreform voran. Sie setzt auf Spezialisierung, Kooperation und Qualität.

Damit Berlin die für die Krankenhausreform bereitgestellten Bundesmittel voll nutzt, stellen wir die nötigen Landesmittel bereit. Wir sichern auch künftig wohnortnahe Versorgung und Notfallstrukturen.

Kinder- und Jugendmedizin hat für uns höchste Priorität. Wir werden gemeinsam mit der Charité Berlin eine neue hochmoderne, barrierefreie und digitale Kinderklinik errichten. Unser Ziel: europaweit die beste kinder- und jugendmedizinische Versorgung.

Auf Bundesebene kämpfen wir für gerechte Finanzierung.

Wir wollen neben den landeseigenen Häusern auch bei anderen Krankenhausträgern Entlastungstarifverträge. Pflegekräfte müssen spürbar entlastet werden. Weiterbildung soll leichter möglich sein.

Berlin zur Medizinhauptstadt machen

Berlin verfügt über Spitzenmedizin. Die Charité ist Deutschlands beste Universitätsklinik. Vivantes ist der größte kommunale Krankenhauskonzern. Wir stärken beide Träger weiter. Ihre Zusammenarbeit bauen wir aus. So entstehen neue Synergien.

Wir unterstützen die Charité bei der erfolgreichen Weiterentwicklung in ihren drei Rollen als international renommierte Forschungseinrichtung, als große Ausbildungsstätte für medizinische Berufe und als Krankenhaus der Maximalversorgung auch für Krisensituationen in der Region. Dafür erhöhen wir den staatlichen Zuschuss an das Universitätsklinikum und helfen auch mit eigenen

Mitteln bei der Finanzierung erforderlicher Investitionen. Mit dem Bund verhandeln wir über eine weitere Unterstützung im Rahmen der Hauptstadtaufgaben.

Ambulante und wohnortnahe Versorgung

Besonders Außenbezirke brauchen bessere haus- und fachärztliche sowie therapeutische Angebote; die Angebote der Krankenhäuser der Außenbezirke werden wir im Rahmen der gemeinsamen Krankenhausplanung Berlin-Brandenburg mit den Kliniken im Berliner Umland abstimmen. Wir sorgen für eine gut erreichbare Versorgung in allen Bezirken.

Zudem stärken wir telemedizinische und telepflegerische Angebote in der ganzen Stadt. Für die Versorgungsplanung ist die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Berlin verantwortlich. Sie bestimmt, wo in Berlin Praxen öffnen dürfen. Wir werden mit der KV daran arbeiten, die sogenannte Bedarfsplanung zu reformieren, um in allen Bezirksregionen ausreichend Haus- und Facharztsitze sowie Psychotherapeut*innenplätze für eine gute Versorgung der Menschen zu schaffen. Unser Ziel ist zudem der Ausbau barrierefreier Arztpraxen.

Wir wollen Arzttermine ohne lange Wartezeiten. Deshalb fordern wir Verbesserungen von Bund und KV. Das Recht auf einen Facharzttermin in 14 Tagen soll für alle Überweisungen zum Facharzt gelten.

Integrierte Gesundheitszentren bündeln Medizin, Pflege und Beratung. Diese wollen wir - wenn nötig kommunal - ausbauen und für alle Berlinerinnen und Berliner wohnortnah zugänglich machen. In allen Bezirken setzen wir Community Health Nurses ein – spezialisierte Pflegefachkräfte, die sich im Kiez um Primärversorgung, Prävention und Gesundheitsförderung kümmern. Auch fördern wir Praxiskooperationen in der ambulanten Gesundheitsversorgung. Wir richten mehr Notdienstpraxen an weiteren Krankenhäusern ein und bauen die Öffnungszeiten aus. Das gilt

besonders für Kinder und Jugendliche. So bleibt Hilfe rund um die Uhr erreichbar.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst bleibt eine tragende Säule. Wir stärken ihn personell und finanziell. Struktur und Ausstattung verbessern wir weiter.

Den Runden Tisch Kindergesundheit führen wir fort.

Psychische Gesundheit

Viele psychisch erkrankte Menschen warten lange auf Hilfe. Therapieplätze sind schwer zu finden. Deshalb entwickelt Berlin einen Masterplan psychische Gesundheit. Er ordnet Hilfen neu. Er soll Wartezeiten verkürzen und integrierte Angebote schaffen.

Wir drängen die KV und den Bund auf Reformen der Bedarfsplanung. Mehr Therapieplätze müssen entstehen. Wartezeiten müssen sinken. Außerdem bilden wir mehr Fachpersonal aus.

Die Kontakt- und Beratungsstellen bauen wir aus, ebenso die Psychotherapie für Kinder und Jugendliche nach SGB VIII. Ziel ist eine niedrighschwellige und wohnortnahe Versorgung. Damit ausreichend ausgebildete Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zur Verfügung stehen, richten wir Weiterbildungsstellen im öffentlichen Gesundheitsdienst für die Pflichtweiterbildung ein. Zudem sorgen wir dafür, dass die Kliniken und Ausbildungsinstitute genug Weiterbildungsplätze nach der neuen Weiterbildungsordnung anbieten.

Auch die Situation in stationären Einrichtungen verbessern wir. Dazu zählen bedarfsgerechte Platzzahlen. Das gilt auch für den Maßregelvollzug.

Pflege

Die Zahl pflegebedürftiger Menschen wächst. Das fordert unsere Stadt heraus. Alle sollen mit Würde versorgt werden.

Wir stärken deshalb die häusliche Pflege und richten wohnortnahe Pflege- oder Sozialstationen ein. Hier erhalten pflegebedürftige Menschen ohne lange Anfahrtszeiten die benötigte Versorgung. Beratungsstellen, Hausbesuche und Quartiersangebote bauen wir aus. Kurzzeit- und Verhinderungspflege erweitern wir. Pflegestützpunkte wollen wir bekannter machen.

Mit einem neuen Altenhilfestrukturegesetz machen wir Altenhilfe zur Pflichtaufgabe. Mit der stadtweiten Umsetzung sichern wir soziale Infrastruktur im Alter. Berlin richtet ein Demenz-Kompetenzzentrum ein.

Pflegende Angehörige entlasten wir stärker. Ein neues Pflegenottelefon hilft schnell.

Pflegeeinrichtungen wollen wir im Sinne der pflegebedürftigen Personen engmaschiger kontrollieren. So wollen wir die Qualität der Versorgung besser sicherstellen. Auf Bundesebene kämpfen wir für Tarifbindung und faire Bezahlung in der Pflege. Auch verlässliche Finanzierung gehört dazu: Die Eigenanteile an der Pflege sollen gedeckelt werden.

Digitale Technik und barrierefreies Wohnen fördern Selbstständigkeit. Telepflege soll den Alltag erleichtern.

Gesundheit für alle – unabhängig von Status, Geschlecht und Beeinträchtigung

Mit dem Integrierten Gesundheitsprogramm werden bereits heute Gesundheitsprojekte für Menschen mit besonderen Bedarfen gefördert.

Wir bauen diese Angebote weiter aus und schließen Versorgungslücken.

Auch geschlechtersensible und altersspezifische Medizin treiben wir voran. Jede und jeder soll die beste Behandlung erhalten. Deshalb stärken wir die queersensible Gesundheitsversorgung, insbesondere für trans* Patient*innen und bauen die Aus- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen aus. Gendermedizin fördern wir in Forschung und Ausbildung.

Endometriose, die Millionen Frauen betrifft, bekommt mehr Aufmerksamkeit. Neue Forschungsschwerpunkte entstehen. Aufklärung und Versorgung bauen wir aus. Auch die Wechseljahre müssen stärkere Beachtung in Forschung und Gesundheitsversorgung finden.

Bei Geburten bleibt die Eins-zu-eins-Betreuung unser Ziel. Wir bauen dazu die Hebammenausbildung aus. Gemeinsam mit Fachverbänden prüfen wir den Bedarf und richten einen Masterstudiengang für Hebammen ein. Die praxisnahe Ausbildung stärken wir im Bachelor.

Im Bundesrat soll sich Berlin für eine

entkriminalisierende, diskriminierungsfreie, gesetzliche Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs einsetzen. Das Förderprogramm Assistierte Reproduktion für Paare mit unerfülltem Kinderwunsch legen wir unter Einbeziehung aller Familienmodelle wieder auf.

ME-CFS, Long Covid und Post VAC nehmen wir ernst. Forschung und Versorgung müssen besser werden. Die KV Berlin soll die medizinische ambulante Betreuung sichern.

Auch obdachlose und geflüchtete Menschen brauchen medizinische Versorgung. Für uns ist das selbstverständlich. Die SPD Berlin sichert daher medizinische Not- und Beratungsstellen. Niemand darf durchs Raster fallen. Wir werden das Engagement Berlins im Rahmen der „Fast Track Cities Initiative to End Aids“ fortsetzen. Berlin wird seinen Beitrag leisten, die HIV-Pandemie bis 2030 zu beenden, und die Versorgungsstrukturen konsequent auf die Ziele „95-95-95-0“ der Vereinten Nationen ausrichten.

Aufsteigen mit gleichen Chancen

Wir wollen die familienfreundliche Metropole Berlin. Dafür investieren wir in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder. Denn: Bildung ist der zentrale Schlüssel für Teilhabe in der Gesellschaft, für ein selbstbestimmtes Leben und für die Stärkung der Demokratie.

Gute Bildung gibt allen eine Chance: Egal, wo sie herkommen, egal, woran sie glauben, egal, wieviel ihre Eltern verdienen, unabhängig davon, ob sie eine Behinderung haben.

In Berlin lernen die Kinder heute schon länger gemeinsam als in vielen anderen Bundesländern; in Berlin ist die Ganztagesbetreuung heute schon besser ausgebaut als anderswo. Wir haben viel geschafft. Aber noch lange nicht genug. Jedes Kind bekommt die beste Sprachförderung, wir investieren in die Qualität und wir stärken die Lehrkräfteausbildung, damit wir in Zukunft ausreichend Lehrkräfte für

unsere Schulen haben. Bildung hat bei uns absolute Priorität.

Wenn wir Geld in Kitas, Schulen, Hochschulen stecken, dann investieren wir in die Zukunft. Denn wir wissen: Nur wer mitreden kann, kann auch mitmachen in der Demokratie.

Wir investieren auch weiterhin in Berlins Wissenschaft und Forschung - in gute Lehre und Studienbedingungen, in gute Arbeit an unseren Hochschulen und in unsere außeruniversitären Institute. Berlin ist Deutschlands größter Hochschul- und Forschungsstandort. Die Stärke, die aus ihm erwächst, ist unverzichtbare Grundlage für die Entwicklung unserer Stadt, ihrer Innovationsfähigkeit und Wirtschaftskraft. Wir bauen den Standort weiter aus, stärken die Zusammenarbeit und investieren in die Sanierung unserer Gebäude mit einer Hochschulbaugesellschaft.

Frühkindliche Bildung, Kinder und Jugend, Familie

Ausreichend Ressourcen für die Kleinsten

Wir schätzen die Vielfalt der Berliner Familien und geben allen den passenden Raum zur Entfaltung. Damit das gelingt, brauchen Familien ausreichende Ressourcen – und Jugendämter, die als starke Partner an ihrer Seite stehen.

Die Hilfen zur Erziehung sind ein wichtiger Baustein des Kinderschutzes. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Bezirke hier finanziell besser auszustatten, um die gesetzlichen Pflichten zur Hilfe erfüllen zu können. Um Familien von Beginn an zu unterstützen und möglichst viele zu erreichen, weiten wir die Modellprojekte zur sozialen Beratung in Kinderarztpraxen aus. Die aktuelle Finanzierungspraxis und den Finanzierungsschlüssel bei den Hilfen zur Erziehung reformieren wir so, dass kein Bezirk trotz hoher Bedarfe benachteiligt wird.

Bessere Betreuung in den Kitas

Die Kitazeit ist die prägendste Zeit des Lebens und man kann sie nicht wiederholen. Wir wollen, dass es die bestmögliche Zeit wird, in der Kinder sicher und liebevoll ihre Welt erweitern und entdecken können. Frühkindliche Bildung ist der Schlüssel für die gesamte Bildungsbiografie. Wir verbessern deshalb den Betreuungsschlüssel in den Kitas weiter – spürbar im Alltag. Für Fachkräfte und für Kinder. Für mehr Zeit für individuelle Förderung, Beobachtung, Elterngespräche und Dokumentation der Fortschritte. Dazu verbessern wir die mittelbare pädagogische Arbeit mit einer deutlichen Erhöhung im Personalschlüssel. Den besseren Schlüssel im U3-Bereich sichern wir dauerhaft. Zudem arbeiten wir weiter daran, in der nächsten Legislaturperiode die wissenschaftlichen Empfehlungen für die Betreuungsschlüssel im U3 und Ü3-Bereich zu erreichen. Dabei streben wir auch eine Erhöhung der Fachkraft-Quote in den Kitas an. So sichern wir die Fachkräfte im System, die durch den Geburtenrückgang nicht mehr gegenfinanziert sind. Künftig berechnen wir den Schlüssel nur nach dem Personal, das tatsächlich vor Ort ist. Urlaub, Krankheit oder Fortbildung zählen nicht mit. So schaffen wir mehr Zeit für frühkindliche Bildung und individuelle Förderung. Integrationskitas stärken wir durch eine Erhöhung des Personalzuschlages. Kita-Sozialarbeit setzen wir gezielt dort ein, wo sie besonders gebraucht wird.

Der Kita-Gutschein soll für den ohnehin geltenden Rechtsanspruch (5-7 Stunden) zum 1. Geburtstag des Kindes antragslos automatisch zugestellt werden, dafür passen wir die Fachverfahren an. Die ab 2027 geplante Einführung des Partizipationszuschlags erleichtern wir für die Familien. Wir automatisieren die Abfrage einer berlinpass-BuT-Berechtigung bei der Beantragung des Kitagutscheins. Damit entlasten wir Familien und Kitaleitungen gleichermaßen. Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Deshalb wollen wir alle Kitas gezielt durch zusätzliches Fachpersonal stärken, insbesondere für die alltagsintegrierte Sprachbildung. Diese Fachkräfte werden nicht auf den Betreuungsschlüssel angerechnet und können auch für weitere Qualitätsverbesserungen genutzt werden, z.B. für musikalische Früherziehung, motorische Förderung oder mathematisch-naturwissenschaftliche Kompetenzen. Für die Sprachförderung führen wir den Personalzuschlag „nicht deutscher Herkunftssprache“ (ndH) wieder ein.

Die SPD steht fest zu den Kita-Eigenbetrieben des Landes Berlin. Sie sichern die Daseinsvorsorge in der Grundstruktur. Wir stabilisieren ihre Finanzierung durch zusätzliche Investitionsmittel, berücksichtigen dabei schwankende Geburtenrate und ermöglichen mit den Eigenbetrieben ein wohnortnahes Kita-Angebot in allen Bezirken. Einer Anpassung des Eigenbetriebsgesetzes stehen wir offen gegenüber.

Demokratie beginnt in der Kita. Wir stärken Elternrechte durch eine konsequente Berücksichtigung von Elternvertretungen in relevanten Entscheidungsprozessen. Die bestehenden Strukturen stärken wir durch klare Kommunikation mit den Bezirken und die Einrichtung von Geschäftsstellen für die Bezirkselternausschüsse und den Landeselternausschuss.

Eine gute Vorbereitung auf die Einschulung

Weil der Übergang von Kita in die Schule für viele Familien eine anspruchsvolle Phase ist, schaffen wir Verbesserungen durch verbindliche Kooperationsstrukturen, gemeinsame Diagnostik und Übergangskonzepte. Wir setzen alles daran, dass das verpflichtende

letzte Kita-Jahr endlich berlinweit ohne Wenn und Aber umgesetzt wird. Jedes Kind soll beim Schuleintritt die Voraussetzungen mitbringen, dem Unterricht in einer passenden Geschwindigkeit folgen zu können. Dafür setzen wir die Personalschlüsselverbesserungen konsequent um, damit die Kinder die bestmögliche frühkindliche Bildung erhalten. Messungen und Beobachtungsinstrumente unterstützen den Prozess, bei dem das Kind und seine Interessen im Zentrum steht. Das Berliner Bildungsprogramm und den Prozess der Weiterentwicklung evaluieren wir.

Bei Bedarf unterstützen wir Kitas mit Sprachkursen für Kinder mit Sprachdefiziten. Jedes Kind bekommt eine frühzeitige Sprachförderung. Wir führen verpflichtende Sprachstandfeststellungen ein und stellen sicher, dass Kinder mit Förderbedarf vor der Einschulung gezielt unterstützt werden. Kitas in schwierigen Lagen erhalten ein zusätzliches Sprachförderangebot angelehnt an das 2025 ausgelaufene Programm "Sprach-Kitas".

Weil Familien in dieser Zeit besonders viel leisten, bauen wir die Familientreffpunkte aus. Schulen ermutigen wir, sich für Elterncafés zu öffnen und Schule stärker als gemeinsamen inklusiven Erziehungsraum zu begreifen.

Gesundheit fängt in Kita und Schule an

Gute Ernährung beginnt früh. Wir verankern Ernährungsbildung bereits in der Kita, stärken gesundes und kostenfreies Essen in der Gemeinschaftsverpflegung und setzen die Berliner Ernährungsstrategie mit diesen Schwerpunkten konsequent fort.

Damit sich Kita und Ganztage von einem Betreuungsangebot zu einem echten Bildungsangebot entwickeln, etablieren wir Bewegung als Qualitätsmerkmal und verankern hochwertige Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote im täglichen Angebot. Dazu stärken wir die bewegungs- und sprachpädagogischen Kompetenzen des pädagogischen Personals und bauen Kooperationen mit externen Angeboten wie Sportvereinen aus. Wir setzen uns dafür ein, dass Angebote zur Zahngesundheit konsequent in Kitas umgesetzt werden und starten eine Offensive für Zahngesundheit.

Spielplätze als Orte für Familien

Berlins Grünflächen und Spielplätze, die inklusiv

sein sollen, sind soziale Oasen für Kinder und Familien. Wir schützen diese Orte und verstärken die Spielplatzsanierungsprogramme, damit gute Spielplätze überall in Berlin zum verlässlichen Standard werden. Wo immer möglich, sollen Familien und Kinder weiterhin bei der Gestaltung mitreden können. Wir stärken die bezirklichen Spielplatzkommissionen.

Eine Stadt für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche brauchen Räume, die ihnen gehören.

In Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen bestimmen sie mit, was passiert, und erleben einen Ort, an dem sie nicht bewertet werden. Kinder- und Jugendverbände haben für uns dabei einen prioritären Stellenwert in der Förderung und Unterstützung ihrer Arbeit. Wir setzen uns für den Ausbau der Kinder- und Jugendfreizeitangebote ein. Diese Orte sind zugleich Schutzräume, etwa für queere Jugendliche (→ siehe Kapitel **QUEERES BERLIN**).

Auch im öffentlichen Raum schaffen wir mehr Treffpunkte für Jugendliche mit und ohne Beeinträchtigungen, die entsprechend ihren Wünschen und Bedürfnissen gestaltet werden. Hierfür schaffen wir langfristig und im Gesetzesrang die finanziellen und personellen Voraussetzungen in den Bezirken. An diesen „JugendOrten“ können sie sich aufhalten, ohne Geld zahlen zu müssen. Zudem ermöglichen wir bei entsprechender Raumverfügbarkeit die gebührenfreie Nutzung durch gemeinnützige Akteure aus dem Kiez. Wir schützen junge Menschen zudem vor Verdrängung aus dem öffentlichen Raum, in dem wir die gesetzlichen Vorgaben zum Lärmschutz anpassen.

Gesellschaftliche Krisen und die Nachwehen der Corona-Pandemie stellen junge Menschen heute vor vielfältige Herausforderungen, die bei vielen zu mentalen Problemen führen. Wir bauen niedrigschwellige Anlaufstellen für Jugendliche in seelischen Krisen aus, die das Regelsystem ergänzen, solange dieses nicht ausreichend Angebote für den tatsächlichen Bedarf vorhält. Den Zugang zu kulturellen Angeboten sichern wir für alle jungen Menschen – unabhängig von ihrem Elternhaus. Mit der „Jugendkulturkarte“ führen wir das 50-Euro-Kulturguthaben pro Jahr für alle Berliner*innen zwischen 18 und 23 Jahren

wieder ein. Wir stärken die Arbeit der Kinder- und Jugendverbände in ihrer ganzen Vielfalt. Jugend- und Sportangebote sichern wir konsequent und entwickeln sie zu inklusiven und barrierefreien Räumen weiter.

Beteiligung von jungen Menschen verbessern

Berlin braucht eine Jugendstrategie. Diese werden wir gemeinsam mit jungen Menschen erarbeiten und die Ergebnisse konsequent umsetzen.

Demokratieförderung und Partizipation müssen alle Kinder inklusiv von klein auf erleben. In vielen Kitas ist das bereits gelebter Alltag: Kinder gestalten mit und lernen Verantwortung. Auch in der Schule bauen wir Mitbestimmung weiter aus (→ siehe Kapitel **BERLINER SCHULEN SIND DEMOKRATISCH**).

Junge Menschen übernehmen Verantwortung – oft im Ehrenamt. Das stärkt sie und unsere Demokratie. In vielen Bezirken haben sich Kinder- und Jugendparlamente und Beteiligungsstrukturen entwickelt. Wir begrüßen das und richten in der nächsten Legislaturperiode ein Kinder- und

Jugendparlament auf Landesebene ein, das mit auskömmlichen personellen und sächlichen Ressourcen ausgestattet wird. Wir schreiben verbindliche Beteiligungsrechte junger Menschen auf Landes- und Bezirksebene fest. Ebenso stärken wir Strukturen der selbstorganisierten Interessensvertretung von und mit Kindern und Jugendlichen. Wir schaffen eine unabhängige Kinderbeauftragte für Berlin, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertritt und politische Vorhaben auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen prüft. So stärken wir Kinderrechte verbindlich in allen Politikfeldern und sichern echte Beteiligung.

Hierbei sorgen wir dafür, dass alle Kinder und Jugendliche daran teilhaben können. Die Kostenübernahme für Gebärdensprachdolmetscher*innen im Kinder- und Jugendparlament Charlottenburg-Wilmersdorf ist hier Vorbild. Darüber hinaus setzen wir einen Ring politischer Jugend ein, um die demokratischen politischen Jugendverbände in unserer Stadt zu stärken.

Schule, berufliche Bildung, lebenslanges Lernen

Das Aufstiegsversprechen an Berliner Schulen erneuern

Unser Bildungssystem bringt heute deutlich mehr Kinder an die Universitäten als früher. Trotzdem entscheidet noch immer zu oft die Herkunft über den Bildungsweg. Soziale Lage und Migrationsgeschichte bestimmen weiterhin den Bildungsweg eines Kindes mit. Deshalb erneuern wir das Aufstiegsversprechen in Berlin. Aufstiegsversprechen heißt aber auch, dass sich alle Schüler*innen in beruflichen Schulen und -Bildungsgängen so weiter qualifizieren können, dass sie die jeweiligen Abschlüsse bis zum Abitur erreichen können. Unser Aufstiegsversprechen heißt aber ausdrücklich auch, dass alle Schüler*innen der berufsfeldorientierten Oberstufenzentren oder anderer beruflicher Bildungsgänge sich an Fachoberschulen, Berufsoberschulen, Beruflichen Gymnasien oder Fachschulen entsprechend ihrer Interessen und Fähigkeiten so weiter qualifizieren können, dass sie die Fachhochschulreife, das berufsfeldorientierte oder das allgemeine Abitur erreichen können.

Egal ob Gymnasium, Integrierte Sekundarschule oder Gemeinschaftsschule: An jedem Standort sollen alle Abschlüsse ohne Schulwechsel möglich sein – bis hin zum Abitur. Dafür soll jede Schule allein oder im Verbund eine gymnasiale Oberstufe anbieten.

Wir stärken das gemeinsame Lernen in der sechsjährigen Grundschule und in der Gemeinschaftsschule. Die Gemeinschaftsschule ist unser Schulmodell der Zukunft. Daher verdoppeln wir die Zahl der Gemeinschaftsschulen. Eine Ausweitung grundständiger Gymnasien lehnen wir ab. Die Instrumentalisierung des „Probeunterrichts“ in seiner aktuellen Form werden wir beenden und durch ein zugangsorientiertes Verfahren zu Aufnahmeprüfung für Gymnasien ersetzen, indem wir das Aufnahmeverfahren beim Notendurchschnitt, den einbezogenen Fächern und der wissenschaftlichen Belastbarkeit des Eignungstests anpassen und diese Regeln auf grundständige Gymnasien übertragen. Darüber hinaus werden wir das Verfahren zum Übergang zu weiterführenden Schulen ab Klasse 7 im Sinne der Familien zeitnah kritisch evaluieren. Auch

grundständige Gymnasien stärken wir gezielt in ihrer inklusiven und integrativen Arbeit. Sie sollen sonderpädagogische Förderung ebenso leisten können wie Begabtenförderung.

Wir bekennen uns zur Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB) und setzen uns dafür ein, alle SESB-Standorte zu erhalten sowie neue Standorte und Sprachkombinationen zu eröffnen.

Auch an Privatschulen fördern wir soziale Durchlässigkeit und Bildungsgerechtigkeit. Freien Schulen, die wie öffentliche Schulen arbeiten, ermöglichen wir eine Vollfinanzierung. In der nächsten Wahlperiode wollen wir nachweisbar erreichen, dass Bildungserfolg sich stärker von sozialer Herkunft entkoppelt.

Mehr Inklusion in die Regelschulen bringen

Wir stehen für inklusive Bildung und gemeinsames Lernen von Anfang an. Daher wollen wir die Regelschulen in die Lage versetzen, ihren Bildungsauftrag für ein chancengerechtes gemeinsames Lernen zu erfüllen. Wir sorgen für ausreichende sonderpädagogisch qualifizierte Lehr- und Fachkräfte sowie eine gleichmäßige Verteilung der Förderschwerpunkte in ganz Berlin. Dazu gehört auch der Ausbau inklusiver Schwerpunktschulen. Die Zahl der sonderpädagogischen Förderzentren wird nicht erweitert, vielmehr erfahren sie eine systematische Transformation zugunsten inklusiver Lösungen. Dafür erarbeiten wir einen verbindlichen 10-Jahres-Plan. So verhindern wir den Beginn lebenslanger Exklusionsketten in Sondersystemen. Zur Nichtbeschulung von derzeit 2.500 Schüler*innen in Berlin erarbeiten wir zügig eine Strategie unter der Beteiligung der Interessenverbände und des Senats.

An anderen Standorten bringen wir Inklusion voran, indem wir multiprofessionelle Teams, insbesondere pädagogische Unterrichtshilfen stärken und temporäre Kleinklassen ermöglichen. Die weiteren Professionen ergänzen und ersetzen nicht die Lehrkräfte im System.

Ebenso treiben wir die Einführung des Wahlfachs „Deutsche Gebärdensprache“ (DGS) weiter voran.

Wir setzen einen Schulentwicklungsplan für berufliche Schulen um. Wir stärken notwendige Strukturen, die Qualität und Schulentwicklung beruflicher Schulen verantworten. Ein

Landesinstitut für berufliche Schulen steuert die Qualität und Weiterentwicklung.

Eigenständige und datenbasierte Schulen

Berliner Schulen sollen eigenständig handeln können: pädagogisch, in der Personalführung und beim Einsatz ihrer Mittel. Gleichzeitig stärken wir ihre datenbasierte Arbeit. Wir orientieren uns stärker an transparent erhobenen Bildungs- und Entwicklungsdaten, die einen ganzheitlichen Blick ermöglichen – von sprachlichen und mathematischen Grundkompetenzen über soziale Entwicklung bis hin zu Abschlussquoten, Teilhabechancen und der demokratischen Kultur der Schulgemeinschaft. Dazu bauen wir regelmäßige Lernstandserhebungen, Schulfeedbacksysteme und Qualitätsmonitoring aus.

Wir entwickeln auch die Schulaufsicht und Unterrichtsentwicklung weiter und qualifizieren Schulleitungen und Führungskräfte für die Wahrnehmung ihrer umfassenden Aufgaben in einer eigenständigen und demokratischen Schule, besonders mit Blick auf die Nutzung von Schuldaten. Die Doppelrolle der heutigen Berliner Schulaufsicht als Kontrollinstanz und gleichzeitiger Linienverantwortung muss aufgelöst und die Schulaufsicht als echte Kontrolle und Beschwerdestelle unabhängig gestellt werden.

Ganzheitliche und ganztägige Schulen

Nicht alles läuft gut in Berliner Schulen. Aber wir als Sozialdemokratie haben viel geschaffen, auf das wir stolz sind. Berliner Kinder lernen länger gemeinsam als in vielen Bundesländern. Wir haben die Ganztagsbetreuung ausgebaut, ein kostenloses Mittagessen eingeführt, Lehr- und Lernmittelfreiheit weitgehend umgesetzt und ein kostenloses Schüler*innenticket für ganz Berlin ab der ersten Klasse ermöglicht.

Schule soll fürs Leben stärken. Deshalb verschlanken wir Rahmenlehrpläne und flexibilisieren die Stundentafel. Weitere Fächer führen wir nicht ein. Wir verzahnen Unterricht und außerunterrichtliche Angebote enger und bauen dafür den Flex-Ganztags an Grundschulen bis einschließlich Klasse 6 aus.

Kooperationen mit Sportvereinen (→ siehe Kapitel **SPORT IST WICHTIG FÜR KINDER UND JUGENDLICHE**), Musikschulen und außerschulischen Lernorten stärken wir weiter, besonders mit Gartenarbeitsschulen, Jugendverkehrsschulen und

Jugendkunstschulen.

Nach Hamburger Vorbild unterstützen wir Auslandsaufenthalte gezielt nach sozialen Kriterien. Und wir stehen dafür, dass jedes Kind auch künftig die Unterrichtsmaterialien kostenlos erhält, die es braucht.

Schule ohne Diskriminierung und Rassismus

Wir sichern einen Schulalltag, in dem Kinder sich einbringen können und geschützt sind. Mobbing, Diskriminierung und gruppenfeindliches Verhalten müssen wir erkennen und bekämpfen. Jede Schule soll künftig ein Anti-Mobbing-Team haben. Wir setzen uns darüber hinaus für den Ausbau multiprofessioneller Teams ein, z.B. durch mehr Stellen für Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, pädagogischen Unterrichtshilfen sowie Erzieher*innen. Queere Jugendliche stärken wir (→ siehe Kapitel **QUEERES BERLIN**). Für geflüchtete Kinder stellen wir sicher, dass der Schulbesuch an einem Regelschulstandort erfolgt. Der Übergang an Regelklassen ist spätestens nach einem Jahr sicherzustellen. Bildung muss diskriminierungsfrei sein. Deshalb setzen wir uns für eine queer-, rassismus- und kolonialsensible Überarbeitung von Rahmenlehrplan, Schulcurricula sowie Lehr- und Lernmaterialien ein. Fortbildungen zu Diskriminierung, Rassismus und Postkolonialismus stärken wir. In die Ausbildung pädagogischer Fachkräfte integrieren wir verpflichtend diskriminierungskritische Module – in allen Entwicklungsstufen.

Eine unabhängige Beschwerdestelle für Schulen und Kitas siedeln wir beim Parlament an (→ siehe Kapitel **VIELFALT LEBEN – DISKRIMINIERUNG BEKÄMPFEN**).

Berliner Schulen sind demokratisch

Schüler*innen begegnen den Feinden der Demokratie heute früher und direkter – oft über soziale Medien. Umso wichtiger ist es, ihre Demokratiefähigkeit zu stärken. Das tun wir erstens, indem wir zentrale Schulfächer stärken. Zweitens bauen wir Mitbestimmung aus. Drittens vertiefen wir die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partner*innen.

Die Schulfächer Politik und Ethik sind für Demokratiebildung gleichermaßen zentral. Deshalb bleiben sie unangetastet. Ein Wahlmodell zwischen

Ethik oder Religion lehnen wir ab. Empathie, Mitgefühl und die Fähigkeit zum Kompromiss wollen wir gezielt fördern. Dafür führen wir in einem Wahlpflichtfach das Thema Empathie ein.

Wir stärken Schüler*innenvertretungen und den wöchentlichen Klassenrat als Instrumente für Partizipation, demokratische Praxis und Konfliktlösung.

Mitbestimmung bauen wir ab Klasse 1 aus. Wir messen den Demokratisierungsgrad der Schulen und führen freie Mittel für Demokratisierungsprojekte wieder in das Bonusprogramm ein. Den Mitteleinsatz steuern wir stärker über Schulverträge und machen Erfolge messbar.

Träger außerschulischer Bildung – von kultureller Bildung über Antidiskriminierung bis Demokratiebildung und queere Bildung – sind unverzichtbare Partner. Im Demokratiefördergesetz (→ siehe Kapitel **DIE DEMOKRATIE STÄRKEN**) schaffen wir Verlässlichkeit in der Finanzierung und bessere Abstimmung zwischen Projekten und Schulen. Bestehende Projekte der politisch-historischen Bildungsarbeit fördern wir weiterhin. Die Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung stärken wir, indem wir sie beim Parlament ansiedeln.

Digitale Bildung und Handynutzung

Digitale Bildung ist unverzichtbar. Wir stärken Medienkompetenz, kritischen Umgang mit sozialen Medien, KI-Kompetenzen und digitale Verantwortung als festen Bestandteil schulischer Bildung. Dafür entwickeln wir einen neuen Rahmenlehrplan Digitales. Er soll digitale Bildung als Querschnittskompetenz in allen Fächern und Jahrgangsstufen verankern. Schon in der Grundschule sollen Kinder Technikverständnis, Social Media, die Themen Cybersicherheit, Cybermobbing und Desinformation kennenlernen. Auch Risiken durch Gaming sollen im Schulunterricht behandelt werden. Hierbei soll auch die Relevanz der Digitalisierung für die Barrierefreiheit herausgestellt werden.

Wir begleiten Schulen bei einer kritischen Auseinandersetzung mit Handy- und Social-Media-Nutzung. Für besseren Gesundheits- und Kinderschutz setzen wir ein Handyverbot an allen Grundschulen durch.

Den Digitalpakt Schule setzen wir unbürokratisch um. Wir etablieren eigene IT-Budgets für Schulen und entwickeln ein sozialverträgliches Modell „Endgerät-als-Service“ für Schüler*innen. Als Voraussetzung einer robusten IT priorisieren wir im Kontext der (→ siehe Kapitel **INVESTITIONEN IN EINE FUNKTIONIERENDE STADT**) auch eine stabile Internetversorgung der Schulen.

Berliner Schulen sind Orte guter Arbeit

Lehrkräfte sollen eine transparente und praktikable Arbeitszeiterfassung für unterrichtliche und außerunterrichtliche Tätigkeiten erhalten – von Gremienarbeit über Elternarbeit bis Verwaltung. Lehrkräfte in herausfordernden Lagen entlasten wir gezielt. Wir bekennen uns zur Verteilung von Pädagog*innen anhand sozialer Indikatoren. Wir werden die Anerkennung und Gleichstellung der wertvollen Berufserfahrung von Lehrkräften mit internationalen Qualifikationen erleichtern, indem wir länderübergreifend vereinbarte Spielräume nutzen und uns für Flexibilisierung der Sprachanforderungen einsetzen. Auch Referendar*innen wollen wir einen guten Start ins Berufsleben ermöglichen. Im Sinne der Entlastung nehmen wir daher die kürzlich erfolgte Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zurück und sorgen für eine gute Mischung zwischen Praxis und Theorie in der zweiten Phase.

Nichtpädagogisches Personal bauen wir aus – Verwaltungsleitungen, IT-Personal und Hausmeister*innen. So können Pädagog*innen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

Die mentale Gesundheit aller Beteiligten stärken wir, unter anderem durch mehr multiprofessionelles Personal, insbesondere Schulpsychologie und Gesundheitsfachkräfte.

Stufenweise führen wir ein Landesprogramm Schulstationen ein und stellen sicher, dass jede Schule mindestens eine Schulsozialarbeiter*innenstelle hat. Schulen sollen weiterhin Erzieher*innen direkt im Landesdienst einstellen können; zugleich achten wir auf eine ausgewogene Mischung gegenüber freien Trägern.

Eine wissenschaftlich fundierte Lehrkräftebildung priorisiert praxisorientierte Professionalisierung gegenüber reiner Fachlichkeit. In diesem Sinne stärken wir die Schools of Education als zentrale Struktur der Lehrkräftebildung.

Die Schulbauoffensive fortsetzen

Seit Beginn der Schulbauoffensive haben wir durch Erweiterungen und Neubauten deutlich über 50.000 Schulplätze geschaffen. Wir setzen diese Offensive in gleicher Intensität fort und verlagern den Schwerpunkt stärker auf Sanierungen der Bestandsgebäude.

Durch eine Anhebung des Kreditdeckels der HOWOGE sichern wir die öffentliche Finanzierung. Pädagogische Qualität, Klimaresilienz und Barrierefreiheit bleiben Leitlinien. Public-Private-Partnerships im Schulbau lehnen wir ab – unabhängig davon, ob Schulplätze für öffentliche oder freie Schulen entstehen.

Berufliche Bildung – stark, zukunftsfähig, gerecht

Wir stärken und modernisieren die berufliche Bildung in Berlin. Das 11. Pflichtschuljahr entwickeln wir weiter, damit es besser zu den Bedürfnissen der Jugendlichen und den Anforderungen beruflicher Bildung passt. Gleichzeitig stärken wir die Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung (IBA), damit junge Menschen ohne Abschluss einen erfolgreichen Einstieg finden. Jugendberufsagentur und Jugendberufshilfe entwickeln wir weiter, damit alle Jugendlichen Anschluss und Abschluss erreichen.

Berufsorientierung (BO) beginnt ab der Grundschule. Deshalb bauen wir BO-Teams aus. Ein besonderes Augenmerk liegt auf Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkt bzw. Schüler*innen mit besonderen Förderbedarfen (inklusive BO). Wir stärken dafür die derzeitigen Angebote und Kooperationen im Rahmen der Sekundarstufen I und II und fördern die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft, um die duale Ausbildung sichtbar zu machen.

Wir fordern einen Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen, eine moderne technische und räumliche Ausstattung sowie ausreichend qualifizierte Lehrkräfte. Um die Qualität und Weiterentwicklung der beruflichen Bildung dauerhaft zu sichern, brauchen wir die Gründung eines Landesinstituts für berufliche Schulen, welches bei der Senatsverwaltung für Bildung verankert ist.

Erwachsenenbildung

Bildung endet nicht mit dem Abschluss. Sie bleibt Teil des gesamten Lebenswegs. Deshalb gestalten wir den Zweiten Bildungsweg und das lebenslange Lernen zugänglich, bezahlbar und lebensnah. Wir werben stärker für Volkshochschulen, Bibliotheken und Schulen des Zweiten Bildungswegs und setzen uns für niedrige oder gebührenfreie Angebote, Förderungen und bessere Rahmenbedingungen ein (→ siehe Kapitel **BEZIRKLICHE KULTURARBEIT UND BIBLIOTHEKEN**).

Die Stärkung der Grundbildung bleibt notwendig. Wir verringern Teilhabebarrieren und sensibilisieren die Öffentlichkeit. Wir stärken die Vielfalt der Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung in der Zuständigkeit der bezirklichen Alpha-Bündnisse. Die Stiftung Grundbildung bleibt unser zentraler Anker, den wir auskömmlich finanzieren.

Wir fördern Digitalisierung in der Erwachsenenbildung, setzen aber ebenso auf

wohntnahe Begegnungsorte. Besonders für mobilitätseingeschränkte Menschen testen wir neue Modelle aufsuchender Bildungsarbeit.

Gute Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung sichern wir mit einem Dreisäulenmodell aus Festangestellten, arbeitnehmerähnlich Beschäftigten und Honorarkräften. Die Stellung der arbeitnehmerähnlich Beschäftigten regeln wir nach dem Modell der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in einem Tarifvertrag mit den zuständigen Gewerkschaften.

Wir fördern bedarfsgerecht berlinweit ein gleichstellungsorientiertes Fachberatungsnetzwerk zu Beruf, Bildung und Beschäftigung, um Frauen* in ihrer individuellen Lebensverlaufs-perspektive so zu stärken, dass sie gleichberechtigt und selbstbestimmt leben und ihren eigenen Lebensunterhalt und eine armutsfeste Alterssicherung erwirtschaften können.

Hochschule, Wissenschaft, Forschung

Berlin als Wissenschaftsmetropole

Berlin ist eine pulsierende Weltstadt, die Freiheit und Offenheit verteidigt. Während anderswo Wissenschaft unter Druck gerät, sollen Forscherinnen und Studierende hier optimale Bedingungen finden. Statt Studienplätze zu kürzen, erhalten wir die vorhandenen Plätze an unseren Hochschulen, gewinnen internationale Spitzenforscher*innen und schaffen weitere sichtbare nationale Leuchttürme. Wissenschaft macht Berlin zum Motor für Innovation und wirtschaftlichen Erfolg.

Spitzenleistungen durch mehr Kooperation

Berlins Wissenschaft erbringt schon heute Spitzenleistungen in vielen Disziplinen. Dazu tragen unsere Universitäten und die Charité bei, ebenso die Einstein-Stiftung, Kunsthochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und außeruniversitäre Institute.

Wir setzen weiter auf den Berliner Weg der institutionsübergreifenden Kooperation. Die Berlin University Alliance und Berlin Research zeigen, wie das gelingt. Dieses Potenzial stärken wir und

machen Berlin auf dieser Basis zu einem Reallabor für positive Zukunftsentwicklungen. Wir setzen uns für die Schaffung einer die Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften übergreifenden Bibliothek ein. Alle Standorte und Mitarbeiter*innen bleiben dabei erhalten.

Sicherung der Hochschul- und Wissenschaftsfinanzierung

Wir fördern den Wissenschaftsstandort mit einer finanziell hinterlegten forschungspolitischen Strategie. Die Hochschulfinanzierung gestalten wir stabil und verlässlich, analog zum Pakt für Forschung und Innovation (PFI). Spitzenforschung und Spitzenberufungen stärken wir über die Einstein-Stiftung auch im internationalen Wettbewerb.

Wissenschaftsgebäude sanieren, modernisieren und bauen wir neu – über eine vom Land ausfinanzierte Hochschulbaugesellschaft. Wir werden sicherstellen, dass die Refinanzierung der Hochschulbaugesellschaft nicht zu Lasten der Budgets für Studium, Lehre, Forschung und Transfer gehen.

Wir unterstützen Berliner Wissenschaftseinrichtungen dabei, an nationalen

und europäischen Programmen mitzuwirken: an der nationalen Dekade gegen postinfektiöse Erkrankungen, an Schlüsseltechnologien der High-Tech-Agenda von KI bis Quanten- und Biotechnologie sowie an Gesundheits-, Nachhaltigkeits- und Sicherheitsforschung. Forschungssicherheit treiben wir entschieden voran.

Forschungs- und Wissenstransfer verbessern

Auch die beste Idee verändert die Welt nicht, wenn sie im Labor bleibt. Deshalb stärken wir Transfer und den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Wir fördern den Austausch zwischen Wissenschaftler*innen und Bürger*innen und bauen Wissenschaftskommunikation über Formate wie Lange Nacht der Wissenschaften, Berlin Science Week, Falling Walls Summit und World Health Summit weiter aus – in der Stadt, in Europa und weltweit.

Mit einem einheitlichen Berliner IP-Rahmen vereinfachen wir Ausgründungen, stärken Transfer Offices und schaffen klare Regeln, damit Einrichtungen von erfolgreichen Gründungen profitieren können. Gemeinsam mit den Hochschulen verankern wir Transferleistungen messbar in der Bewertung wissenschaftlicher Karrieren und ermöglichen Gründungs- und Transferfreisemester.

JUNI als Startup Factory und weitere Maßnahmen zur internationalen Kooperation, Finanzierung und Zusammenarbeit mit etablierten Unternehmen stärken wir. Gemeinschaftsinitiativen von Wissenschaft und Wirtschaft fördern wir, etwa das Berlin Center for Gene and Cell Therapies oder das Werner von Siemens Centre for Industry and Science.

Ein bezahlbares Leben für Studierende

Gute Studienbedingungen sind die Grundlage erfolgreicher Wissenschaft. Berlin soll ein attraktiver Studienort für alle bleiben. Besonders unterstützen wir junge Menschen ohne akademischen Hintergrund durch Beratung, Orientierung und Mentoring. Dafür schaffen wir zentrale Anlaufstellen (One-Stop-Agencies) sowie barrierefreie digitale Angebote.

Das Studium an staatlichen Hochschulen bleibt gebührenfrei. Wir setzen uns auch weiterhin auf Bundesebene für ein elternunabhängiges Bafög als

Stipendium und eine regelmäßige Anpassung der Regelsätze an die Inflation unter Berücksichtigung der realen Wohnkosten ein. Trotzdem bleibt die Finanzierung schwierig, weil das Bafög für ein Leben in Berlin zu niedrig ist. Wir setzen uns deshalb für eine ortsabhängige Wohnkostenpauschale ein. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass wieder Ausbildungsbeihilfen und die Übernahme der Meistergebühren im Handwerk eingeführt werden.

Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum für Studierende bauen wir aus und verdoppeln die Quote an Studierendenwohnungen. Und weil Mobilität ebenso zum studentischen Alltag gehört, setzen wir uns für ein weiterhin erschwingliches Deutschland-Semesterticket ein und wollen künftig auch Leihfahrräder integrieren.

Das Studierendenwerk Berlin unterstützen wir weiter: Wir nutzen das Instrument des Rahmenvertrags und erhöhen den Zuschuss im nächsten Vertrag deutlich. Kostensteigerungen dürfen nicht auf dem Rücken der Studierenden landen.

Moderne Studienbedingungen schaffen

Weil viele Studierende erwerbstätig sind, müssen Studienstrukturen stärker darauf reagieren. Wir bauen berufsbegleitende, hybride und duale Angebote aus, um Belastungen zu senken und Studienerfolg zu fördern.

Studium soll forschungs- und kompetenzorientiert sein. Dafür verbessern wir Betreuungsschlüssel, flexibilisieren Lehrverpflichtungen und stärken Hochschuldidaktik. Das Berliner Zentrum für Hochschuldidaktik sowie hochschuleigene und -übergreifende Einrichtungen evaluieren wir systematisch und entwickeln sie weiter.

Weiterbildung ist durch das Beihilferecht weitgehend als marktförmige Aufgabe definiert. Das reicht nicht. Angesichts demografischen Wandels und der Umbrüche durch KI müssen Hochschulen stärker in Weiterbildung einsteigen. Gerade Menschen im mittleren und niedrigen Lohnsegment dürfen wir nicht allein privaten Anbieter*innen überlassen. Deshalb definieren wir akademische Weiterbildung künftig auch als hoheitliche Aufgabe der Hochschulen.

Gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen

Gute Arbeit bleibt Priorität. Das Forum Gute Arbeit führen wir fort. Wir schaffen frühzeitiger Perspektiven und mehr dauerhafte Stellen für wissenschaftliches Personal. Unbefristete Beschäftigung für promovierte Wissenschaftler*innen machen wir zum Regelfall. Über den Bundesrat treiben wir die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes voran – auch im Lichte des Bundesverfassungsgerichtsurteils. Tenure-Track-Professuren bauen wir aus.

Demokratische Hochschulen sind frei, offen und divers

Wir akzeptieren nicht, dass jüdische Hochschulangehörige unsere Hochschulen als unsichere Orte erleben. Wir gehen entschlossen gegen Antisemitismus, Islamismus, Rassismus, Diskriminierung und jede menschenverachtende Ideologie vor und stärken Prävention.

Wir garantieren Wissenschaftsfreiheit. Politische Agitation, die Antisemitismus oder Rassismus verbreitet, dulden wir nicht. Wir unterstützen Hochschulen darin, im Rahmen ihrer Autonomie konsequent dagegen vorzugehen. Unbequemer demokratischer Protest ist an Hochschulen möglich.

Antidiskriminierungsangebote und Schutz vor Machtmissbrauch bauen wir aus und schaffen ausreichende Beschwerdestrukturen. Maßnahmen für Gleichstellung und Diversität sichern und erweitern wir. Am Berliner Chancengleichheitsprogramm halten wir fest und ergänzen es durch eine zusätzliche Förderlinie für Diversität auf Professur-Stellen und in Leitungspositionen.

Wir verbessern außerdem die Rahmenbedingungen für Studierende mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen und für Studierende ohne akademischen Hintergrund. Für Studierende aus Familien mit Flucht- und Migrationsgeschichte ist besonders die Studieneingangsphase sensibel. Deshalb erproben wir flexiblere Einstiegsmodelle mit Sprach- und Brückenkursen sowie studienvorbereitenden Angeboten, verbunden mit einer BAföG-fähigen Verlängerung. Mentoring- und Trägerprogramme stärken wir, damit mehr junge Menschen aus Nicht-Akademikerfamilien erfolgreich ins Studium finden.

Wir unterstützen die Humboldt-Universität bei der Einrichtung eines Lehrstuhls für alevitische Theologie zur Ausbildung von Lehrkräften für den alevitischen Religionsunterricht und alevitischen Geistlichen.

Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie

Berlin sind wir alle, Berlin ist für alle da. Egal, wieviel wir verdienen. Egal, woher wir kommen, woran wir glauben, wie wir aussehen, wen wir lieben. Mit dieser Vielfalt vereint Berlin Lebensrealitäten, die woanders unversöhnliche Widersprüche wären. Berlin ist trotz seiner Widersprüche lebenswert, wenn wir uns unterhaken. Nicht nebeneinander existieren, sondern Verantwortung füreinander übernehmen. Egal wie verschieden wir sind, auch wenn wir uns nicht immer einig sind: Berlin ist die Familie, die man wählen kann.

Der Kiez ist die Keimzelle dieser Familie: Verantwortung und Solidarität beginnen nebenan, beim Nachbarn. Das müssen wir als Stadt mit der richtigen Planung unterstützen: Offene Flächen, Bäder, Bibliotheken und Spielplätze. Mit vibrierender Kultur und vielfältigen Sportangeboten schaffen wir Begegnungsorte - für alle. Wir sichern das gemeinnützige soziale Engagement auch in Zeiten knapper Kassen.

Berlin ist Hauptstadt der Würde und der Selbstbestimmung – und bis 2030 werden wir auch eine Stadt ohne Obdachlosigkeit.

Zusammenleben, Familie und Gleichstellung

Sozialer Zusammenhalt entsteht im Kiez

Starke und lebendige Kieze halten Berlin zusammen. Sie machen aus der Weltstadt zugleich einen Ort der Heimat. Deshalb stärken wir Stadtteilzentren und mobile Stadtteilarbeit. In jedem Bezirk sollen neue Orte der Begegnung entstehen. Träger, die soziale Arbeit im Rahmen von Leistungsverträgen und Zuwendungsprojekten erbringen, versetzen wir in die Lage, ihre Mitarbeitenden tarifgerecht zu bezahlen

Dazu brauchen die lebendigen Kieze brauchen gute öffentliche Angebote. Dazu zählen Schwimmbäder (→ siehe Kapitel **INVESTITIONEN IN VEREINE UND SPORTSTÄTTEN**), Bibliotheken (→ siehe Kapitel **BEZIRKLICHE KULTURARBEIT UND BIBLIOTHEKEN**) sowie Grünflächen und Spielplätze (→ siehe Kapitel **SPIELPLÄTZE ALS ORTE FÜR FAMILIEN**). Mit Kiezkantinen schaffen wir wohnortnahe, bezahlbare und qualitativ hochwertige Angebote, die allen Berliner*innen Zugang zu gesunder und nachhaltiger Ernährung ermöglichen. Auch die stadteileigene Infrastruktur bauen wir aus. Wir sorgen dafür, dass es in allen Kiezen Orte gibt, an denen sich alle Generationen ohne den Zwang, Geld auszugeben, aufhalten können.

Wir öffnen Schulen stärker für den Kiez. Nachmittags sollen dort mehr externe Angebote stattfinden. Familienzentren verknüpfen wir enger mit Schulen. Schulhöfe öffnen wir auch am Wochenende (→ siehe Kapitel **SCHULE, BERUFLICHE BILDUNG, LEBENSLANGES LERNEN**).

Mit einem regelmäßigen stadtweiten „Berlin Day“ fördern wir gezielt Gemeinschaft in unseren Kiezen und brechen Großstadtanonymität auf. Nachbarschaften kommen zusammen, um sich vor Ort für die Belange ihres Kiezes und seiner Bewohner*innen zu engagieren.

Alleinerziehende und Eltern besser unterstützen

Wir wollen flexible Arbeitsmodelle und bedarfsgerechte Kinderbetreuung (→ siehe Kapitel **FRÜHKINDLICHE BILDUNG, KINDER UND JUGEND, FAMILIE**). Damit Familie und Beruf immer besser vereinbar werden.

Alleinerziehende stehen dabei für uns im Mittelpunkt – nicht am Rand. Deshalb

schaffen wir vergünstigte Ein-Eltern-Tickets für Alleinerziehende bei Landesinstitutionen. Wir bauen Beratungsstellen aus und stärken das Netzwerk für Alleinerziehende. Finanzielle Hilfen und Mobilitätsangebote – etwa ein günstigeres Sozialticket – weiten wir dazu gezielt aus. Zusätzlich führen wir ein Landesprogramm zur anteiligen Unterstützung durch haushaltsnahe Hilfen für Alleinerziehende ein, das niedrigschwellige Zugang zu zeitlich flexibler Haushaltshilfe und Alltagsunterstützung ermöglicht.

Berlin als lebendige Familienstadt

Für uns ist Familie vielfältig. Unsere Politik trägt dieser Realität Rechnung. Ein-Eltern-, Patchwork-, Regenbogen- und klassische Familien – sie alle gehören zu Berlin.

Den Familienpass wollen wir ausbauen und so allen Familien in Berlin den Zugang zu den tausenden von Angeboten, Freizeitaktivitäten und Ferienprogrammen in Berlin erleichtern. Um Familien in Berlin noch stärker zu entlasten, prüfen wir die Erweiterung des kostenlosen Schüler*innentickets zu einem kostenlosen Deutschlandticket.

Auch im Bund treiben wir Reformen voran, denn gerechte Familienpolitik endet nicht an der Landesgrenze. Wir kämpfen für ein modernes Familienrecht in ganz Deutschland und stehen für gerechte Sozialpolitik. Den Unterhaltsvorschuss etwa passen wir an die heutige Lebensrealität an.

Ein Paritätsgesetz für echte Gleichstellung

Alle Geschlechter verdienen gleiche Chancen. In Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür steht die SPD Berlin. Deshalb führen wir ein Berliner Paritätsgesetz ein. Frauen und Männer sollen im Abgeordnetenhaus künftig gleich stark vertreten sein. Dabei berücksichtigen wir auch Personen mit diversem oder gestrichenen Geschlechtseintrag. Auch auf Bundesebene machen wir entsprechend Druck. Im Bundesrat kämpfen wir für eine paritätische Wahlrechtsreform.

Wir selbst besetzen Ämter und Funktionen in Senat, Verwaltung, Fraktion, Aufsichtsräten und landeseigenen Unternehmen paritätisch.

Schwung für Frauenförderung und Gleichstellung

Wir modernisieren Gleichstellungspolitik. Dafür passen wir das Landesgleichstellungsgesetz an neue Herausforderungen an und ergänzen seine Zuständigkeit um trans*, inter* und nicht-binäre Personen. Wir sichern wirksame Gleichstellungspolitik, indem wir insbesondere die Rechte der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten stärken. Das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm und den Frauenpolitischen Beirat bauen wir aus. Projekte sichern wir in allen Bereichen und finanzieren sie bedarfsorientiert.

Vielfältiges Berlin, Antidiskriminierung und Inklusion

Vielfalt leben – Diskriminierung bekämpfen

Berlin lebt von seiner Vielfalt. Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religionen und Weltanschauungen, unterschiedlichen Alters und sexueller Orientierungen prägen unsere Stadt. Diese Vielfalt macht Berlin stark. Und wir schützen sie – durch unseren Einsatz für Chancengleichheit, Demokratie und Respekt. Diskriminierung hat in unserer Stadt keinen Platz.

Die Berliner Verwaltung muss hier vorangehen. Die Ombudsstelle des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) statten wir deshalb mit mehr Rechten aus. Dazu zählen Initiativ- und Befragungsrechte sowie eine Berichtspflicht. Eine unabhängige Beschwerdestelle Schule ergänzt den Schutz im Bildungsbereich (→ siehe Kapitel **SCHULE OHNE DISKRIMINIERUNG UND RASSISMUS**).

Neue Gesetze prüfen wir künftig auf Konformität mit dem LADG und dem LGBG. Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) binden wir frühzeitig ein. Wir bauen Beratungsstellen aus. Gleichzeitig stärken wir das Diversity-Landesprogramm. Wir etablieren eine Leitstelle Diversity. Diese soll die Wertschätzung der kulturellen Vielfalt stärken und die Sensibilisierung der Beschäftigten voranbringen. So bekämpft die Verwaltung strukturelle Diskriminierung und schult Beschäftigte verbindlich. Wir unterstützen eine geschlechterinklusive Verwaltungssprache. Ein Verbot der Verwendung von Sonderzeichen lehnen wir ab. Auch digitale Systeme müssen gerecht sein

Das Gender Budgeting für den Berliner Landeshaushalt führen wir fort und verankern intersektionale Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe in allen unseren Gesetzen. Die Berliner Fraueninfrastruktur gehört in ihrer Vielfalt zur unerlässlichen Daseinsvorsorge für die Berliner*innen. Wir stärken die zumeist gemeinnützigen Vereine als Teil feministischer Bewegungen und als ein Bollwerk gegen Antifeminismus. Wir folgen bei den öffentlichen Zuwendungen und Vergaben auch hier unserem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“.

– für alle. Besonders KI- und Algorithmensysteme dürfen niemanden benachteiligen. Darauf achten wir besonders.

Auch sonst schützt Berlin Menschen, die Ausgrenzung erleben. Wir hören ihnen zu. Wer ausgegrenzt wird, bekommt unsere Solidarität. Antisemitismus-, Antiziganismus-, antimuslimische und anti-Schwarze-Rassismusprävention entwickeln wir gemeinsam mit den Communities weiter.

Alle Maßnahmen bündeln wir in einem integralen Landeskonzept Antidiskriminierung. Eine unabhängige Beauftragte koordiniert dieses Vorgehen. Sie stärkt Demokratieförderung und Chancengerechtigkeit. Denn: Demokratie braucht Schutz – jeden Tag.

Auch das Landesprogramm „Demokratie, Vielfalt. Respekt“ bauen wir deshalb weiter aus. Besonders im Kampf gegen Extremismus. Außerdem verankern wir es gesetzlich in einem Demokratiefördergesetz (→ siehe Kapitel **DIE DEMOKRATIE STÄRKEN**).

Konfessionsfreie Menschen müssen gleichen Zugang zu Betreuungsangeboten erhalten. Daher streben wir die Etablierung humanistischer Seelsorge in Krankenhäusern, der Justiz, Polizei und Feuerwehr an.

Das Alter selbstbestimmt, aktiv und mittendrin gestalten

Berlin wird älter – und das ist eine gute Nachricht. Wir fördern ein modernes Altersbild, das die Vielfalt des Älterwerdens anerkennt. Ältere Menschen sollen mit ihren Erfahrungen, Kompetenzen

und Interessen in unserer Stadt sichtbar sein und mitgestalten können. Zudem schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass Senior*innen ihr Leben selbstbestimmt nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten und gleichberechtigt an allen Lebensbereichen teilhaben können – auch dann, wenn sich Krankheit, Behinderungen oder Pflege- und Hilfebedarf einstellen.

Die Lebensleistung älterer Menschen verdient Respekt und Anerkennung. Wer sein Leben lang gearbeitet, gepflegt oder geholfen hat, darf im Alter daher nicht um jeden Euro kämpfen müssen. Wir stellen Altersarmut in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen, Armut zu bekämpfen. Dazu bauen wir niedrigschwellige Sozialberatung weiter aus und sorgen dafür, dass Leistungen unkompliziert, ohne Hürden und ohne Stigmatisierung ankommen. Kultur, Sport und Bildung sollen auch mit kleiner Rente erreichbar bleiben – als selbstverständlicher Teil eines guten Lebens im Alter.

Das vielfältige gesellschaftliche Engagement älterer Menschen für den Zusammenhalt in unserer Stadt machen wir sichtbar. Hierfür stärken wir Orte, an denen Menschen nicht nur Angebote erhalten, sondern selbst machen – wie Stadtteilzentren, Mehrgenerationenhäuser und Nachbarschaftsprojekte.

Queeres Berlin

Queere Rechte sind Menschenrechte. Punkt. Gerade die Regenbogenhauptstadt Berlin darf daran keinen Zweifel lassen. Die SPD steht deshalb fest an der Seite der queeren Community. LSBTIQ+-Rechte bleiben unser Maßstab für sozialen Fortschritt und den LSBTIQ+-Aktionsplan 2023 setzen wir konsequent um. Wir entwickeln ihn weiter. Wir sichern ihn finanziell ab. Und wir etablieren in allen Bezirken Queerbeauftragte. Auch das Regenbogennetzwerk in der Verwaltung bauen wir aus. Die für eine erfolgreiche Netzwerkarbeit erforderlichen Ressourcen stellen wir zur Verfügung. Auch die jährlich stattfindende Queere Aktionswoche der Berliner Verwaltung führen wir fort. Ein Onlineportal macht die Angebote in der Stadt besser erreichbar. Denn: Sichtbarkeit schützt. Solidarität stärkt. Wir etablieren Transitionsrichtlinien für die Berliner Verwaltung, um die Situation für trans*, inter* und nicht-binäre Beschäftigte des Landes Berlin zu verbessern.

Ganz besonders schützen wir trans, inter, nicht-

binäre und agender Menschen** sowie queere BIPOC. Sie brauchen gezielte Unterstützung. Wir stärken die queer-inklusive Prävention, Gesundheits- sowie Pflegeversorgung. In Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung stärken wir queere Bildung, um Hass und Gewalt vorzubeugen. Zusätzlich brauchen queere Jugendliche sichere Orte, an denen sie Respekt erfahren. Deshalb halten wir queere Jugendzentren und bauen sie aus. Wir stärken Regenbogenfamilienzentren und Peer-Projekte. Auch Anlaufstellen in allen Bezirken sichern wir ab. Zusätzlich schaffen wir mehr Schutzwohnungen und Notunterkünfte.

Auch die Jugendhilfe muss queere Lebensrealitäten berücksichtigen und darf Diskriminierung keinen Platz lassen. Queere Perspektiven in Bildung, Jugend und Familie verankern wir gesetzlich. Dazu gehören ein queeres Jugendforum und regelmäßige Fortbildungen.

Berlin fördert queere Kunst und Kultur einschließlich der Erinnerungsarbeit. Ein Landeskonzept schützt queere Orte. Angriffe darauf nehmen wir ernst und handeln entschlossen. Wir richten einen Fonds ein, auf den angegriffene queere Orte niederschwellig zugreifen können.

Die zusammen mit der Community erarbeitete Landesstrategie für queere Sicherheit setzen wir konsequent um und stattdessen sie angemessen aus. Den Dialog mit der Community setzen wir fort. Wir kämpfen für die Erweiterung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes. Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung muss dort ausdrücklich verboten sein.

Auf Bundesebene verteidigen wir das Selbstbestimmungsgesetz. Gleichstellung duldet keinen Aufschub. Gleichzeitig treiben wir die Gleichstellung von Regenbogenfamilien entschlossen voran.

Inklusion und Barrierefreiheit

Berlin gehört allen – ohne Ausnahme. Menschen mit körperlichen, psychischen oder geistigen Beeinträchtigungen müssen überall teilhaben können. Inklusion ist kein Extra. Sie ist Pflicht. Verwaltungsleistungen und staatliche angebotene Beratungsangebote sollen grundsätzlich barrierefrei und inklusiv zugänglich sein. Weiterbildungsangebote für verschiedene Berufsgruppen im öffentlichen Dienst sollen auch inklusionsspezifische Angebote, wie beispielsweise

das Erlernen der Deutschen Gebärdensprache (DGS), beinhalten.

In diesem Sinne schreiben wir den Maßnahmenplan „Berlin Inklusiv“ fort. Wir stärken Beteiligung in den Verwaltungen. Mit konsequentem Disability Mainstreaming verankern wir Inklusion überall. Bei allen Gesetzen und Verfahren zählen die Perspektiven von Menschen mit Behinderungen.

Auch das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz nutzen wir als Chance. Digitale und analoge Barrieren müssen von Anfang an verschwinden. Stattdessen gestalten wir Infrastruktur nach dem Prinzip „Design für alle“. So stärken wir Selbstständigkeit in jedem Lebensalter.

Wir schaffen ein Mobilitätssicherungskonzept für Menschen mit Behinderungen und setzen es um. Frauen mit Behinderungen schützen wir besser vor Gewalt. Gleichzeitig garantieren wir Zugang zu Polizei und Justiz. Auch die Inklusion an Schulen treiben wir voran (→ siehe Kapitel **INKLUSIVE SCHULEN AUSBAUEN**).

Mit einem Fonds Soziales Berlin stärken wir Teilhabe. Wir führen Träger- bzw. Flexibudgets ein und bauen Bürokratie für Menschen mit Behinderungen ab. Wir denken Ämterstrukturen für Menschen mit Behinderungen neu.

Berlin schafft mehr Zugänge zum ersten Arbeitsmarkt, denn Menschen mit Behinderungen verdienen faire Chancen in Ausbildung und Beruf. Arbeit, Ausbildung und Selbstständigkeit müssen für alle erreichbar sein. Deshalb gründen wir eine landeseigene Teilhabegesellschaft. Sie arbeitet

Soziales Berlin

Strategie gegen Armut, soziale Ausgrenzung und Einsamkeit

Armut trifft viele Menschen in Berlin. Sie betrifft alle Generationen. Aber wir wollen nicht, dass Betroffene aus dem gesellschaftlichen Leben gedrängt werden. Die SPD Berlin entwickelt deshalb eine Gesamtstrategie gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Sie umfasst alle Lebensphasen und setzt früh an.

So schaffen wir zum Beispiel eine zentrale Koordinierungsstelle gegen Armut, die Kompetenzen und Ressourcen der Verwaltung effizient bündelt. Auch die Armuts- und

als Inklusionsbetrieb und rekommunalisiert Leistungen. Besonderen Augenmerk legen wir auf junge Menschen mit Behinderungen im Übergang von Schule zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement weiter stärken

Ehrenamt fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt, ermöglicht Teilhabe und macht unsere Stadt lebenswerter. Die Förderung von Engagement und Ehrenamt ist zugleich eine Zukunfts- sowie eine Querschnittsaufgabe. Daher bündeln wir ressortübergreifend die Aktivitäten des Landes und entwickeln die Ehrenamtsstrategie des Bundes weiter. Wir setzen uns für die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit durch die Weiterentwicklung der Ehrenamtskarte, vergünstigte BVG-Tickets und eine weitere Entbürokratisierung ehrenamtlicher Strukturen ein. Für die ehrenamtliche Arbeit wollen wir mehr Menschen gewinnen und dauerhaft einbinden – unabhängig von Alter, Einkommen, Herkunft oder Behinderung. Wir wollen gezielt Frauen, junge Menschen, Menschen mit Migrationsbiografien und Menschen mit Behinderungen stärker beteiligen. Auch die Vereinbarkeit von Beruf, Ausbildung und Ehrenamt soll verbessert werden, etwa durch bessere Freistellungsregelungen. Wir wollen ermöglichen, dass weitere Qualifizierungsangebote für ehrenamtliche Tätigkeiten als Bildungsurlaub in Berlin anerkannt werden. Kommunal wollen wir Freiwilligenagenturen und ihre Angebote, z.B. das Ehrenamtmatching in den Bezirken, weiter stärken.

Sozialberichterstattung entwickeln wir weiter. So entsteht eine verlässliche Grundlage für politisches Handeln.

Daneben stärken wir den Verbraucherschutz. Menschen sollen verlässlich beraten werden. Sie müssen ihre Rechte kennen und vor hohen Kosten geschützt sein. Dies ist besonders relevant, da Betrug im Internet immer weiter zunimmt und durch KI immer raffinierter wird, etwa durch Fakeshops, Phishing oder Identitätsdiebstahl. KI kann jedoch auch helfen, Verbraucher*innen besser zu schützen. Deshalb verankern wir den Einsatz von KI ausdrücklich im Verbraucherschutz als Teil einer Berliner KI-Strategie.

Wir bauen die unabhängige Sozial-, Schuldner- und Insolvenzberatung aus. Auch das Integrierte Sozialprogramm stärken wir. Seine Projekte geben Orientierung und konkrete Hilfe.

Besonders in den Blick nehmen wir die Altersarmut und bauen die Altenhilfe massiv aus.

Einsamkeit ist ein ernstes gesellschaftliches Problem. Sie betrifft Menschen aller Generationen. Wir machen Hilfsangebote bekannter und entwickeln sie weiter.

Hilfe für obdach- und wohnungslose Menschen

Die SPD Berlin hält am Ziel fest, Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden. Dafür braucht Berlin mehr bezahlbaren Wohnraum. Ebenso notwendig sind gezielte soziale Hilfen.

Wir gründen deshalb ein SozialWohnWerk für neuen Wohnraum. Es soll obdachlosen Menschen Wohnungen verschaffen. Dazu nutzen wir auch leerstehende Bürogebäude. Unser Ziel sind 2.500 Wohnungen im geschützten Wohnungsmarkt. Wir verfolgen dabei den Ansatz „Housing First“. Jeder Mensch hat ein Recht auf eine eigene Wohnung, sie steht am Anfang, nicht am Ende der Beratung und Begleitung von wohnungslosen Menschen.

Nach Hamburger Vorbild schaffen wir einen zentralen landeseigenen Akteur. Er steuert die Unterbringung wohnungsloser Menschen.

Parallel bauen wir Beratungs- und Versorgungsangebote aus und verstetigen sie. Dazu zählen psychosoziale Beratung und Suchtberatung sowie Clearingstellen. Auch niedrigschwellige Angebote für Frauen, Kinder und Jugendliche

stärken wir. Digitale Zugänge zu Hilfen erweitern wir ebenfalls.

Frauen und Menschen mit Behinderungen behalten wir besonders im Blick. Wir stärken die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Wohnungsnotfallhilfe. Wir schließen Versorgungslücken, indem wir verlässlich Einrichtungen finanzieren, die sich mit der Inklusion von Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Das gilt besonders für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Suchterkrankungen.

Die Kälte- und Hitzehilfe bauen wir gezielt aus. Neben Notunterkünften schaffen wir Tagesstätten für wohnungslose Menschen. Dabei stellen wir sicher, dass ausreichend barrierefreie Plätze zur Verfügung stehen, denn niemand soll in Berlin durch Wetterextreme gefährdet sein.

Hilfe für suchtkranke Menschen

In der Suchtpolitik setzen wir auf Hilfe statt Strafe. Niedrigschwellige Beratung bleibt zentral. Drug-Checking und Therapieangebote bauen wir aus. Wir unterstützen die Abschaffung vom „begleiteten Trinken“ von Jugendlichen unter 16 Jahren.

Neue Drogen verlangen frühes Handeln. Wir reagieren sozial und präventiv.

Wir vertreiben drogenabhängige Menschen nicht von Ort zu Ort. Wir helfen dort, wo sie sind. Gleichzeitig holen wir Drogen aus dem öffentlichen Raum. Parks und Spielplätze müssen geschützt bleiben.

Drogenkonsumräume bauen wir aus. Wir erleichtern ihre Einrichtung, erweitern Öffnungszeiten und stellen Landesgebäude bereit.

Zusammenhalt in der Einwanderungsmetropole

Berlin war immer eine Stadt der Zuwanderung. Das prägt uns. Damit Zusammenleben in Vielfalt gut funktioniert, setzen wir auf Offenheit, Partizipation und Integration.

*Das individuelle Recht auf Flüchtlingsschutz ist deshalb mit uns nicht verhandelbar. Berlin steht fest zum Recht auf Asyl. Wir setzen das EU-Asylsystem (GEAS) menschenrechtskonform um. Beim Bund drängen wir darauf, Landesaufnahmeprogramme zuzulassen. So kann Berlin besonders schutzbedürftige Menschen aufnehmen. Auch Verwandte von Berliner*innen können wir dann gezielt aufnehmen.*

*Auch für Asylbewerber*innen ohne Schutzanspruch bieten wir Lösungen und Chancen zur Integration, ebenso für Menschen mit auslaufender Aufenthaltserlaubnis. Damit sie Berlin Fuß fassen können, nutzen wir bestehende Möglichkeiten des Spurwechsels und fordern ein wirksames*

neues Chancenaufenthaltsrecht. Die erfolgreiche Arbeit der Härtefallkommission setzen wir fort. Für Staatenlose schaffen wir ein transparentes Anerkennungsverfahren.

Menschen ohne Bleibeperspektive sollen frühzeitig Rückkehrhilfen bekommen. Dabei setzen wir auf freiwillige Rückkehr. Wir beachten humanitäre Grundsätze. Wir priorisieren Rückführungen bei schweren Straftaten ohne Bleiberecht. Das gilt auch für Gefährder, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpfen.

Teilhabe durch Arbeit

Migration hat unseren Wirtschaftsstandort stark gemacht. Jetzt wächst erneut der Fachkräftemangel und unsere Gesellschaft wird immer älter. Deshalb brauchen wir auch künftig Arbeitsmigration und werden dafür die Anerkennung ausländischer Abschlüsse deutlich vereinfachen und beschleunigen.

Heute dauert es zu lange, bis zugewanderte Menschen in ihren Berufen arbeiten dürfen.

Wir werben internationale Fachkräfte, insbesondere für die Pflegeberufe, gezielt an. Außerdem erleichtern wir den Zuzug von Selbstständigen und bauen Beschäftigungsverbote für Geflüchtete ab. Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung, Beschäftigungsverbote für geflüchtete Menschen abzubauen und setzen uns auf Bundesebene für weitere Erleichterungen ein. Wer erheblich investiert und ein Unternehmen gründen will, das zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen kann, sollte ein beschleunigtes "Unternehmensgründungsvisum" erhalten. Für die Fachkräftezuwanderung ist auch ein zügiger Familiennachzug zu gewähren, wenn der Lebensunterhalt der Familie gesichert werden kann. Unser Ziel bleibt klar: Geflüchtete Menschen sollen schnell selbst ihren Lebensunterhalt verdienen können. Deshalb stärken wir Berlins Anstrengungen zur Integration in den Arbeitsmarkt weiter.

Teilhabe durch Einbürgerung

Wir wollen, dass alle Berlinerinnen und Berliner demokratisch mitbestimmen. Dafür brauchen sie echte Teilhabe. Rund 40 Prozent unserer Bevölkerung hat eine Migrationsgeschichte. Die eine Hälfte von ihnen ist mittlerweile eingebürgert und kann bei Wahlen mitbestimmen. Die andere Hälfte hat noch keinen deutschen Pass, obwohl viele von ihnen antragsberechtigt sind. Sie wollen wir erreichen und sie für Einbürgerungen, gleiche Rechte und Demokratie gewinnen.

Wir sind stolz auf das moderne

Einbürgerungszentrum. Berlin ist damit Vorreiter. Das führen wir fort. Wir steigern die Einbürgerungszahlen weiter.

Dafür stellen wir das Einbürgerungszentrum interkulturell und bürgernah auf. Das Antragsverfahren und die Beratungsstrukturen digitalisieren wir bestmöglich. Wir starten eine Einbürgerungskampagne, mit der wir alle Bürger*innen ansprechen, die die Voraussetzungen erfüllen.

Teilhabe durch Unterbringung in den Kiezen

Berlin bleibt eine Stadt der Solidarität und Menschenrechte. Die Unterbringung von geflüchteten Menschen stellte das Land vor enorme Aufgaben. Das gilt besonders während des Ukraine-Krieges. Nach der Krisenbewältigung bleibt das Ziel klar: weg von Notunterkünften. Dort leben Tausende Menschen und echte Integration in die Stadtgesellschaft kann nicht gelingen. Wir wollen stattdessen menschenwürdiges, dezentrales Wohnen. Hierbei müssen alle Bezirke einen gerechten Beitrag leisten.

Danach bauen wir Gemeinschaftsunterkünfte schrittweise ab. Gleichzeitig bauen wir das Geflüchtetenwohnen aus. Die Einrichtung von Sekundärmigrationszentren und die Anwendung von Ausgangssperren von Geflüchteten lehnen wir ab und werden sie in Berlin nicht anwenden.

Mit Unterbringung muss auch Infrastruktur wachsen. Deshalb stärken wir die Gemeinschaftspauschale pro Geflüchteten und Bezirk. Das hilft der sozialen Infrastruktur in der Umgebung von Geflüchtetenunterkünften. Davon profitieren Integration und Nachbarschaft gleichermaßen.

Unser Ziel ist eine Stadtgesellschaft, die niemanden ausschließt. Das gilt für geflüchtete Menschen. Das gilt auch für langjährig zugewanderte Menschen.

Teilhabe und Zugehörigkeit gezielt stärken

Teilhabe heißt: Geflüchtete und zugewanderte Menschen können aktiv mitmachen. Sie sollen nicht neben uns leben müssen. Sie sollen mit uns leben - in Schulen, Vereinen und sozialen Orten. Außerdem sollen sie die staatliche Unterstützung erhalten, die ihnen zusteht.

Wir bauen das Willkommenszentrum Berlin aus. Es wird zur zentralen, mehrsprachigen Anlaufstelle mit digitalen und bezirklichen Angeboten. Dort erhalten Menschen aus dem Ausland Unterstützung bei Ankunft und Integration.

Für Behördengänge führen wir flächendeckend Sprachmittlung ein. Wir nutzen Dolmetscherdienste und KI-Übersetzungen. Barrierefreie Zugänge sichern wir ebenfalls.

Das Integrationslots*innen-Programm professionalisieren wir. Wir weiten es auf neue Sprachgruppen aus und finanzieren es dauerhaft.

Wir stärken Deutschkurse und bauen digitale Sprachlernangebote aus. Auch berufsorientierte und berufsbegleitende Sprachförderung stärken wir.

Eine Bezahlkarte für Geflüchtete lehnen wir ab. Sie schränkt Teilhabe am öffentlichen Leben stark ein. Stattdessen setzen wir uns im Bund für die Voraussetzungen einer Berliner Stadtkarte (City-ID). Damit bekommen undokumentierte Menschen Zugang zu Gesundheit, Wohnen, Arbeit und Bildung.

Migrantische Zivilgesellschaft stärken wir strukturell. Das gilt auch für Erinnerungskultur. Projekte wie ein Migrationsmuseum und ein Dokumentationszentrum fördern wir. Wir fördern ein Demokratie-Hub für geflüchtete Aktivist*innen.

Wir öffnen den öffentlichen Dienst stärker. Menschen mit Migrationsgeschichte sollen bessere Zugänge bekommen. Dafür nutzen wir Mentoring-, Anerkennungs- und Diversitätsprogramme.

Ein zentrales Integrations- und Teilhabemonitoring schafft Transparenz. Es arbeitet mit halbjährlichen Kennzahlen. So fördern wir Beteiligung. Das gilt für Arbeit, Bildung, Gesundheit und Soziales. So entsteht ein verlässliches, solidarisches Integrationssystem. Es stärkt Teilhabe und Zugehörigkeit.

Kulturmetropole Berlin

Kultur von Weltrang erhalten und für alle öffnen

Berlin steht für Kunst, Kultur, Kreativität und Kulturinstitutionen von Weltrang. Sie prägen das Selbstverständnis unserer Stadt und wirken weit über Berlin hinaus. Die Kulturlandschaft verleiht Berlin internationale Strahlkraft – von der freien Szene über Festivals bis zu Museen, Theatern und Clubs.

Die starken Kürzungen gefährden diese Strahlkraft. Verunsicherung, Planungschaos und Demotivation haben sich breit gemacht. Wir geben Kultureinrichtungen wieder klare Perspektiven und Sicherheit. Denn Kultur ist für uns ein wesentlicher Teil der Hauptstadt.

Berlin sichert die kulturelle Infrastruktur in ihrer ganzen Breite: von Ateliers, Projekträumen und Werkstätten über Clubs, Spielstätten und Produktionsorte bis zu Bibliotheken, Musikschulen, kommunalen Galerien, Jugendkunstschulen und soziokulturellen Orten in allen Bezirken. Daneben

setzen wir zur Stärkung der Berliner Kultur als zentralem Wirtschaftsfaktor für künstlerische Produktion, faire Arbeitsbedingungen und kulturelle Räume ein. Dies werden wir bei Groß-Ereignissen der Hauptstadt zukünftig im Konzept Kulturelle Infrastruktursichern und abbilden.

Wir entwickeln den Hauptstadtfinanzierungsvertrag weiter und stärken die Mitverantwortung des Bundes für die Berliner Kultur. Damit sichern wir die kulturelle Infrastruktur unserer Stadt verlässlich, gerecht und zukunftsfest ab.

Wir sind überzeugt: Kulturelle Vielfalt – von Hochkultur bis zur freien Szene – wird von Berliner*innen geschätzt. Damit alle teilhaben können, muss Kultur niedrigschwellig zugänglich sein. Kostengünstige oder kostenlose Angebote wie den Museumssonntag führen wir deshalb wieder ein. Wir fördern barrierefreie Kulturangebote.

Vielfalt und faire Bedingungen in der Kultur

Kulturelle Vielfalt entsteht durch das Miteinander professioneller Kunst, engagierter Amateure und einer aktiven freien Szene. Eine aktive Vernetzung dieser Akteur*innen mit staatlichen Kultureinrichtungen fördern wir. Wir sichern kulturelle Strukturen mit verlässlichen Ressourcen für Produktion und Präsentation. Wir setzen uns für tarifliche Löhne, Mindesthonorare und angemessene Ausstattungsvergütungen sowie die realistische Berücksichtigung von Tarif- und Kostensteigerungen ein. Ateliers, Proberäume, Theater, Museen und andere Kulturorte stützen wir als zentrale Orte der Produktion und Präsentation. Zudem wollen wir Kultur verlässlich fördern. Dazu gehören mehrjährige Förderungen, frühzeitige Bewilligungen, transparente Verfahren sowie Förderstrukturen, die Qualität, Kontinuität und kulturelle Vielfalt ermöglichen, statt prekäre Bedingungen zu verstetigen. Wer Kulturmetropole sagt, muss auch gute Arbeit meinen. Deshalb setzen wir uns für faire Vergütung, verbindliche Honoraruntergrenzen und die realistische Berücksichtigung von Tarif- und Kostensteigerungen ein.

Bezirkliche Kulturarbeit und Bibliotheken

Bibliotheken sind Orte für Austausch, Bildung und kulturelle Integration – niedrigschwellig und offen für alle Berliner*innen. Wir stärken sie dauerhaft durch ein landesweites Bibliotheksgesetz mit gesicherter Finanzierung, Standards und öffentlichem Eigentum. Außerdem stellen wir sicher, dass Bibliotheken ihre wachsenden Aufgaben dauerhaft und dezentral erfüllen können, und bauen sie als Treffpunkte in den Kiezen aus. Mehr als 30 Jahre nach der Vereinigung beider Stadthälften wollen wir die Spaltung der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) auf zwei Standorte beenden, damit die ZLB ihre Aufgabe als Zentralbibliothek endlich erfüllen kann. Kulturelle Bildung öffnet Zugänge, stärkt Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftliche Integration – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion. Programme für Kinder und Jugendliche sichern wir langfristig.

Dabei stärken wir die bezirkliche Kulturarbeit, Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, kommunale Galerien, Jugendkunstschulen und niedrigschwellige Kulturangebote in allen Kiezen.

Auch Musikschulen, Jugendkunstschulen, kommunale Galerien oder Volkshochschulen

sind für kulturelle Teilhabe unverzichtbar. Wir bauen sie aus und verstetigen sie – besonders in Außenbezirken und sozial benachteiligten Kiezen. Ein neues Kulturfördergesetz sowie ein Stadtentwicklungsplan Kultur sollen Kunst und Kultur als feste Bestandteile der Stadtplanung verankern. Neue lebendige Quartiere planen wir von Anfang an mit kultureller Infrastruktur – in allen Bezirken, nicht nur im Zentrum. Landeseigene Immobilien sollen – stärker für kulturelle Nutzungen geöffnet und bei Stadtentwicklung und Neubau kulturelle Flächen verbindlich mitgedacht werden. Analog zum Sport sollen Räume kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Berliner Industriekultur bewahren wir als Zeugnis von Arbeit, Innovation und sozialer Geschichte und entwickeln sie als lebendige Orte der Bildung, Kultur und Stadtentwicklung weiter. Wir werden weitere Radrouten zur Industriekultur als Teil des offiziellen Rad-Wegweisungssystems ausschildern.

Ostdeutsche Perspektiven

Wir fördern Projekte, die ostdeutsche Erfahrungen, Kunst und Lebensgeschichten bewahren, machen sie sichtbar und entwickeln sie weiter. Den Campus für Demokratie auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale bauen wir zu einem offenen Ort politischer Bildung, Forschung und Kultur aus. Eine neue Ausstellung zu Opposition und Widerstand in der DDR macht die Vielfalt demokratischer Bewegungen sichtbar und bezieht die Perspektiven derjenigen ein, die für Freiheit und Gerechtigkeit eingetreten sind. Die kritische Aufarbeitung des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur ist unverzichtbarer Bestandteil unserer demokratischen Kultur. Deshalb sichern und stärken wir die Berliner Gedenkstätten finanziell und personell und entwickeln ihre Vermittlungsarbeit mit zeitgemäßen Formaten und klarem Gegenwartsbezug weiter. Dazu gehört für uns auch eine Dauerausstellung zu politischer, insbesondere rechtsextremer, rassistischer Gewalt in (Ost-)Berlin und (Ost-)Deutschland.

Koloniale Aufarbeitung

Wir verankern das gesamtstädtische Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ dauerhaft und setzen die Empfehlungen schrittweise um. Dafür schaffen wir einen zentralen Gedenk- und Lernort zur Kolonialvergangenheit. Gleichzeitig entwickeln wir dezentrale Erinnerungsorte weiter. Wir

arbeiten koloniale Geschichte und ihre Folgen in enger Zusammenarbeit mit BIPOC-Communities, Nachfahr*innen kolonialisierter Gesellschaften und der Berliner Zivilgesellschaft auf. Dazu gehört auch die Umbenennung von Straßen, die auch in Berlin noch an Kolonialverbrecher erinnern. Ziel ist eine gerechte und global vernetzte Erinnerungspolitik.

Digitale Kulturinfrastruktur

Digitalisierung ist Chance und Zukunftsfaktor der Berliner Kultur. Der KI-Hub (#ai_berlin) dient künftig auch der Vernetzung von KI-Projekten aus Kultur, Wissenschaft und Kreativwirtschaft. Wir fördern nachhaltige IT-Strukturen, Green IT und Open-Source-Lösungen. Kulturinstitutionen – von großen Häusern bis zu kleinen Projekträumen – befähigen wir, Digitalisierungsprozesse erfolgreich umzusetzen und digitale Kompetenzen aufzubauen.

Filmhauptstadt

Wir setzen das Konzept für die Filmfreundliche Metropole Berlin weiter um. Als deutsche Filmhauptstadt ist Berlin Heimat von rund 80.000 Filmschaffenden. Eine moderne, verlässlich ausgestattete Filmförderung sichert Arbeitsplätze, stärkt Innovation in Produktion und Postproduktion

Zuhause in der Sportmetropole

Sport ist wichtig für Kinder und Jugendliche

Sport und frühe Bewegungsangebote stärken die körperliche und kognitive Entwicklung. Deshalb sollen sie regulärer Bestandteil des Alltags in Kitas und Schulen sein. Wir binden Sportvereine und -verbände in Schul- und Kitaprogramme ein, damit Sport zu den Kindern kommt. Damit Eltern Angebote leichter finden, schaffen wir eine zentrale Plattform für Sport- und Freizeitangebote.

Wir halten am Ziel fest, dass alle Kinder am Ende der Grundschule schwimmen können. Deshalb führen wir verpflichtenden Schwimmunterricht sowie Schwimm-Intensivkurse fort und bauen diese aus.

Zusammenhalt durch Sport

Sport stärkt Zusammenhalt, Fairness und Regeln – er fördert Integration und wirkt Gewalt entgegen. Mit Partner*innen wie der Sportjugend stärken wir sportbezogene Jugendarbeit. Wir verbessern zudem

und hält Kreativität sowie Investitionen langfristig in der Stadt. Dafür setzen wir uns auch im Bund ein.

Den Hauptstadtkulturfonds erweitern wir um neue Schwerpunkte wie Demokratievermittlung, künstlerische Forschung und Weiterbildung in der freien Szene. Ein Vernetzungs- und Transferfonds Hauptstadt/EU stärkt die Zusammenarbeit zwischen Kultur, Wissenschaft und Bundesinstitutionen.

Medienaufsicht, Medienvielfalt und Medienkompetenz

Freie und vielfältige Medien sind Grundpfeiler der Demokratie. Die Berlin-Brandenburgische Landesmedienanstalt sichert staatsferne Aufsicht, Medienvielfalt und digitale Kompetenz – von sozialer Mediennutzung (→ siehe Kapitel **DIGITALE BILDUNG UND HANDY-NUTZUNG**) bis zu KI-Anwendungen. Dafür braucht sie langfristig gesicherte Finanzierung. Ebenso wichtig bleibt die Förderung des Lokaljournalismus, damit Kieze eine informierte Öffentlichkeit behalten. Zudem bekennen wir uns zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seiner Finanzierung.

die strukturellen Bedingungen für Menschen mit Behinderungen im Sport.

Sportstätten stellen wir Vereinen weiterhin gebührenfrei zur Verfügung. Wir führen unbürokratische Instandhaltungsbudgets für Vereine ein. Diese können selbstbestimmt und ohne komplizierte Antragsverfahren genutzt werden. Individuellen Sport fördern wir mit inklusiven Bewegungsangeboten und mehr generationenübergreifenden Aktivplätzen in Parks, etwa für Boule, Calisthenics, Disc Golf, Fitnessparcours und Tischtennis. „Sport im Park“ entwickeln wir weiter.

Wir fördern die sportliche Betätigung der Landesbeschäftigten in nicht-kommerziellen Sportvereinen. Bezirkliche Sportbünde unterstützen wir als Stimme des organisierten Sports in den Kiezen. Trainer*innen qualifizieren wir weiter und verbessern ihre Einkommenssituation.

Investitionen in Vereine und Sportstätten

Wir setzen Neubau, Sanierung, Barrierefreiheit

und inklusive Sportstätten mit Nachdruck fort. Das Vereinsinvestitionsprogramm entbürokratisieren wir und stärken es finanziell.

Bei der bezirklichen Sportinfrastruktur richten wir uns an der Sportentwicklungsplanung aus und entwickeln ein Typenbauprogramm für Sportfunktionsgebäude. Eine zentrale Planungs- und Baueinheit entlastet Bezirke und beschleunigt barrierefreien Bau und Sanierung.

Wir setzen uns für den Neubau des Jahn-Sportparks als inklusiven Sportpark für alle ein. Gemeinsam mit dem Bund wollen wir das Sportforum zum nationalen Spitzensportzentrum gemeinsam entwickeln. Das nationale Spitzensportzentrum an der Paul-Heyse-Straße entwickeln wir mit dem Bund weiter. Im Olympiapark setzen wir weitere Entwicklungsmaßnahmen um. In Tegel verbinden wir Angebote für organisierten und individuellen Sport durch neue Hallen und Sportplätze. Perspektiven für das Wassersportzentrum Grünau entwickeln wir, und den Betrieb des Strandbads Wannsee sichern wir.

Wir investieren in landeseigene Schwimmbäder, bauen Typenschwimmbäder und sanieren Bestandsbäder klimagerecht. Vereins-, Kita- und Schulschwimmen bleiben gebührenfrei.

Die Fördervereinbarung mit dem Landessportbund wollen wir nach 2029 fortführen; Bundes- und EU-Programme akquirieren wir stärker für Breiten- und Spitzensport.

Die Sportmetropole weiterentwickeln

Berlin hat sich mit vielen Bundesligateams und international beachteten Events als Sporthauptstadt etabliert. Sport ist Wirtschaftsfaktor und Motor für Tourismus, Einzelhandel und Gastronomie. Wir fördern professionellen Sport und unterstützen sportliche Aushängeschilder – zunehmend auch im Frauensport.

Wir holen weiterhin Veranstaltungen von Weltrang nach Berlin, etwa Welt- und Europameisterschaften sowie Spiele der NBA oder NFL. Dafür richten wir eine zentrale Anlaufstelle für sportliche Großevents ein. Fanprojekte, Fankultur und sportlichen Tourismus fördern wir weiter.

Wir wollen Olympische Spiele in Berlin

Wir wollen Olympische und Paralympische Spiele nach Berlin holen. Sie sollen nachhaltig sein und der Stadt langfristig nutzen und sind eine Chance, in Infrastruktur, Sportentwicklung, Stadtplanung und Barrierefreiheit zu investieren.

Wir bieten dem Deutschen Olympischen Sportbund und der Bundesregierung mit „Berlin+“ ein Konzept für Spiele ohne Gigantismus an, auf Basis bestehender Sportstätten und in einem breiten Bündnis mit anderen Bundesländern. Gerade im Jahr 2040 – 50 Jahre nach der Wiedervereinigung – kann das eine Chance sein, die Welt zu Gast bei Freunden zu haben (→ siehe Kapitel **EXPO 2035 UND OLYMPISCHE SPIELE 2040 ALS CHANCE FÜR BERLIN**).

Verantwortung, die uns alle trägt

Berlin steht vor einer der größten Aufgaben seiner Geschichte. Klimaschutz entscheidet über unsere Zukunft – und wir handeln. Unser Ziel ist klar: Berlin wird bis möglichst vor 2045 klimaneutral. Das gelingt nur, wenn wir bereit sind, unsere Stadt zu verändern. Raus aus Öl und Gas. Rein in Sonne, Wind und andere Erneuerbare. Für eine Stadt, die ihre Kinder schützt und Verantwortung für kommende Generationen übernimmt. Auch dafür stärken wir unsere Landesunternehmen und investieren so viel wie lange nicht – verantwortungsvoll, gezielt und mit klaren Prioritäten.

Denn wir stehen für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik,

die alle Spielräume nutzt. An der Seite derjenigen, die auf einen funktionierenden Staat und öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen sind. Damit Investitionen wirken und unsere Stadt für alle funktioniert, machen wir unsere öffentliche Verwaltung leistungsfähiger. Zuständigkeiten werden klar, Verfahren schneller, Entscheidungen verbindlich. Regeln sind transparent und gelten für alle. Wir übernehmen Verantwortung, um Ergebnisse zu liefern. Zuhören, abwägen, entscheiden – und dann gemeinsam umsetzen. So entsteht mit uns ein Berlin, das nicht nur gut plant, sondern auch gut regiert wird. Eine Stadt, die nicht zaudert, sondern vorangeht.

Verantwortung durch Klimaschutz und Energiewende

Wir stehen zu den Klimaschutzzielen, kämpfen für Klimaneutralität vor dem Jahr 2045 und stehen zur Umsetzung des Berliner Energiewendegesetzes. Berlin hat dafür drei zentrale Hebel: Erstens stellen wir den fossil betriebenen Verkehr um. Zweitens ersetzen wir fossile Heizsysteme in Gebäuden. Drittens transformieren wir Strom- und Wärmekraftwerke.

*Für den Verkehr verfolgen wir bereits eine klare Strategie: Wir bauen den ÖPNV aus, stellen die Busflotte auf E-Busse um und erweitern die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität (→ siehe Kapitel **AUSBAU DER LADEINFRASTRUKTUR**). Wir nehmen eine sozial gerechte Umsetzung als Teil unserer Verantwortung wahr. Haushalte mit niedrigem Einkommen sollen durch Klimaschutzmaßnahmen nicht zusätzlich belastet werden.*

Mit dem Klimapakt die Klimaschutzfinanzierung sichern

Die landeseigenen Unternehmen spielen auf dem Weg zur Klimaneutralität eine Schlüsselrolle. Sie haben eine Vorbildfunktion und prägen die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Durch die Rückkäufe von Wasser-, Strom- und Fernwärmenetzen in den vergangenen Jahren kann Berlin heute direkt auf ihre Dekarbonisierung einwirken.

Der Klimapakt mit den Landesunternehmen und seine konsequente Umsetzung sichern die finanzielle Basis der Landesunternehmen für den Klimaschutz.

Energieeinsparung und Umstellung der Wärmeerzeugung in Gebäuden

Über die Wärmeplanung treiben wir den Ausbau der Fernwärme durch den landeseigenen Anbieter Berliner Energie und Wärme (BEW) voran. Gleichzeitig eröffnen wir Raum für andere Anbieter sowie für neue dezentrale und genossenschaftliche Wärmenetze. Dafür stellen wir Förderdarlehen bereit und fordern Kofinanzierungen durch Bundesprogramme.

Zusätzlich richten wir eine zentrale Anfragestelle zur Wärmewende ein und ermöglichen die Überprüfung von Wärmeabrechnungen.

Für Gebäude ohne Fernwärmeperspektive setzen wir auf quartiers- und kiezbezogene Lösungen, die durch Bündelungseffekte leistungsfähiger und effizienter sind als Einzelmaßnahmen. Wir unterstützen diese durch aufsuchende Beratung und aktives Verwaltungshandeln. So fördern wir etwa die Mehrfachnutzung von Quartiersflächen, die gezielte Integration von Wärmepumpen in

Kombination mit Speichertechnologie sowie den systematischen Einsatz oberflächennaher Geothermie und Wärmepumpen.

Umstellung der Fernwärme sozial gerecht gestalten

Die BEW verfolgt bereits eine Strategie zur Umstellung ihres Kraftwerksparks auf erneuerbare Energien. Wir führen sie fort und sorgen zugleich für eine verbraucher*innenfreundliche Wärmewende mit transparenter Preispolitik. Einfallstore für überhöhte Nebenkosten schließen wir.

Quartiersenergie- und Wärmeberater*innen schaffen neue Anlaufstellen vor Ort. Wir bündeln ihre Arbeit in einer Berliner Energie- und Wärmeberatung, die bei Fragen zu Preisen, Nebenkosten, Heizungswechsel und energetischer Modernisierung kostenfrei und niedrigschwellig unterstützt.

Vom Gas- zum Wasserstoffnetz

Das Berliner Gasnetz braucht klare regulatorische Unterstützung für den Aufbau eines Wasserstoff-Kernetzes mit Fokus auf Großverbraucher, zu denen auch quartiersbezogene Kraftwerke zählen können. Wasserstoff in einzelnen Wohnungen wird technisch nur begrenzt möglich sein, da klimaneutrales Gas insgesamt deutlich weniger zur Verfügung stehen wird.

Deshalb unterstützen wir die Umstellung von Gasetagenheizungen auf fossilfreie Wärme durch finanzielle Förderung und Beratungsprogramme.

Energetische Gebäudesanierung

Seit den 1990er-Jahren investieren wir in Wohngebäude nur etwa halb so schnell, wie es für die Klimaziele nötig wäre. Wir setzen die Mittel des

Landes und seiner Unternehmen deshalb gezielt dort ein, wo keine CO₂-Vermeidung über grüne Wärmesysteme wie Fernwärme möglich ist.

Neue EU-Vorgaben verlangen, den Energieverbrauch öffentlicher Gebäude jährlich um 1,9 Prozent zu senken. Mit der zentralen Immobilienverwaltung BIM ist Berlin dafür gut aufgestellt. Über große Contracting-Modelle, etwa mit den Stadtwerken, finanzieren wir die nötigen Effizienzinvestitionen. Auch Großverbraucher wie Bäderbetriebe, Bezirke, Hochschulen und Krankenhäuser binden wir ein. Öffentliche Gebäude Berlin wollen wir gezielt mit Technik ausstatten, die Energie gespart und zügig eingebaut werden kann. Dies gilt insbesondere auch für unsere Wohnungsbaugesellschaften, um Heizkosten zu sparen.

Solarausbau beschleunigen

Berlin ist bundesweit Spitze beim Solarausbau in Relation zur Landesfläche. Bis zum Jahr 2035 wollen wir 25 Prozent des in Berlin erzeugten Stroms aus Sonnenlicht gewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir auf den Masterplan Solarcity und fördern den Ausbau von Photovoltaik und netzdienlichen Stromspeichern, u.a. durch das Programm SolarPlus. Großes Potenzial sehen wir vor allem auf den Dächern von Berliner Unternehmen. Wir unterstützen durch bedarfsabhängige finanzielle Förderung und Beratungsangebote sie dabei, große Anlagen mit viel Leistung auf die Dächer zu bringen.

Ein integrierter Netzbetrieb für Wärme, Strom und Gas

Wir treiben die integrierte Entwicklung der Netze weiter voran. Nach der Übernahme von Stromnetz und Fernwärme streben wir langfristig auch einen Rückkauf der GASAG als Ganzes an. Im Mittelpunkt stehen dabei die Transformation zur Klimaneutralität und der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft.

Eine starke Verwaltung – bürgernah, sozial und demokratisch

Eine handlungsfähige Verwaltung für einen handlungsfähigen Staat

Wir wollen eine Verwaltung, die funktioniert. Eine moderne öffentliche Infrastruktur bildet die Grundlage für soziale Sicherheit und Zusammenhalt. Dafür brauchen wir Verwaltungen, die politische Vorgaben zügig umsetzen und

Beim Ausbau des Stromnetzes berücksichtigen wir besonders die künftigen Bedarfe der Wärmeversorgung großer Verbraucher. Dezentrale Lösungen stärken wir zusätzlich durch bidirektionales Laden als Teil einer Gesamtstrategie. Den Ausbau des Mittelspannungsnetzes gehen wir forciert an.

Die Verwaltungsreform verlangt klare Zuständigkeiten auf Senatsebene. Das gilt besonders für die Energie- und Wärmewende. Eine zentrale Koordinierungsstelle soll Planung bündeln, Konflikte lösen, Zeit sparen und Transparenz schaffen.

Integration von Speichertechnologien für eine bezahlbare und soziale Energiewende

Speicher ermöglichen es, die Versorgungssicherheit der Stadt Berlin langfristig zu erhöhen sowie die Kosten für Verbraucher*innen zu senken. Berlin soll daher die Nutzung von Speichertechnologien für Strom und Wärme konsequent in die Planung und Umsetzung der Energiewende miteinbeziehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass sie perspektivisch sowohl bei Quartierslösungen und dezentralen Wärmenetzen, als auch bei der Integration von Photovoltaik und Wasserstofftechnologien berücksichtigt werden, um die Berliner Klimaziele effizient, sozial gerecht und planbar zu erreichen.

Energie aus Abfall und Abwasser nutzen

Die BSR soll eine stärkere Rolle für ein klimaneutrales Berlin übernehmen. Abfälle und Ersatzbrennstoffe recyceln wir oder verwerten sie in Berlin schadstoffarm und nutzen die Abwärme für Strom und Fernwärme. Auch die Berliner Wasserbetriebe binden wir stärker ein, damit sie Abwärme aus Abwasser für die Fernwärme nutzbar machen.

Regeln konsequent durchsetzen. Dazu zählt für uns auch der unterstützende Einsatz von KI, wie bei der Bearbeitung von Anträgen. Unser Ziel ist ein handlungsfähiger Staat: gerecht, sozial, zugänglich, effektiv und auf der Höhe der Zeit.

Verwaltungsreform umsetzen

Ob Personalausweis, Pflegehilfe, Kita-Gutschein, Schwerbehindertenausweis oder Baugenehmigung: Wer sich an die Verwaltung wendet, soll gute und barrierefreie Beratung sowie schnelle und nachvollziehbare Bescheide erhalten. Deshalb treiben wir die Verwaltungsreform konsequent voran – mit klaren Zuständigkeiten, zentraler Steuerung und starken Bezirken. Wir sehen in der Verwaltungsreform eine Chance die digitale Transformation entscheidend voranzubringen. Wir setzen sie digital so um, dass Verwaltungsprozesse bürgerzentriert und einfach in der Handhabung sind.

Ein neues Gesetz liegt vor, doch die Umsetzung und die Betrachtung weiterer wichtiger Bereiche wie Verwaltungsdigitalisierung, Personal, Finanzen und Verwaltungskultur fehlt bislang. Sie muss jetzt Priorität haben und professionell und zentral gesteuert werden. Die Senatsverwaltungen werden dabei ihrer gesamtstädtischen Verantwortung und Steuerung der jeweiligen Fachpolitik gerecht. Die Bezirke übernehmen bürgernah ihre operativen Aufgaben. Die Sicherung von Rechtsstaat und Demokratie kann weitere Reformen der Verwaltungsstrukturen erforderlich machen.

Verlässliche Finanzierung der Bezirke

Eine funktionierende Stadt braucht starke Bezirke. Jugend- und Sozialämter, saubere Straßen, Schulen und soziale Einrichtungen sichern den Alltag in den Kiezen. Wir stehen für eine verlässliche Finanzierung dieser Aufgaben.

Dafür reformieren wir das Finanzierungsmodell der Bezirke, setzen das Konnexitätsprinzip konsequent um und streben ein Budgetierungssystem an, das einer wachsenden Stadt gerecht wird. So sichern wir Berlins Handlungsfähigkeit auch in schwierigen Zeiten.

Attraktive Arbeit im öffentlichen Dienst

Eine starke Verwaltung braucht engagierte Beschäftigte. Wer gute Leute gewinnen und halten will, muss faire Bedingungen bieten. Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden – unabhängig davon, ob sie im Bezirk oder auf Landesebene geleistet wird.

Wir sorgen für transparente, diskriminierungsfreie Einstellungsverfahren und moderne

Arbeitsbedingungen. Zur Förderung beruflicher Wechsel stellen wir – wie andere Länder und der Bund – bei freiwilligem Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis sicher, dass erworbene Versorgungsansprüche erhalten bleiben wie Betriebsrenten (sogenanntes Altersgeld). Homeoffice, Jobsharing in Führungspositionen, flexible Zeiten und bessere Aufstiegschancen setzen wir um. Die Verwaltungsakademie entwickeln wir weiter, die Führungsakademie bauen wir aus. Neue Formen der agilen, projektbezogenen Zusammenarbeit und des Führens sollen etabliert werden. Wir setzen uns für die Bündelung von Personalaufgaben ein. Durch die Etablierung einheitlicher Standards, bspw. bei der Personalentwicklung, erhöhen wir die Qualität. Um den Anteil von Frauen in Verwaltungsführungspositionen zu erhöhen, fördern wir Mitarbeiterinnen gezielt.

Wohnraumangel erschwert die Personalgewinnung. Deshalb treiben wir den Bau von Beschäftigtenwohnungen voran und unterstützen auch Unternehmen beim Aufbau von Werks- und Azubiwohnungen.

Digitale Verwaltungsleistungen – für alle zugänglich

Digitalisierung betrachten wir als Werkzeug für mehr Teilhabe. Entsprechende Angebote müssen deshalb einfach und intuitiv funktionieren. Eine moderne Berlin-App nach Wiener Vorbild sowie Digitallotsen sollen dabei unterstützen. Dabei sorgen wir im Sinne von Good Governance auch für Bürger*innenbeteiligung. Über ein neues Portal “Berlin besser machen” soll künftig die Bevölkerung Verbesserungsvorschläge einreichen können; überall dort, wo Prozesse besser gemacht werden sollen. Die Verwaltung prüft sie und führt sie nach Möglichkeit zum Erfolg.

Neben digitalen Services bleibt persönliche Beratung und Hilfe bei der Antragsstellung möglich. Mobile Angebote in den Kiezen bauen wir aus, um Bürger*innen zu entlasten.

Digitale Teilhabe darf kein Privileg sein. Wir bieten Unterstützung bei der Nutzung von digitalen Services durch Verwaltungslotsen, Chatbots und andere niedrighschwellige Angebote. Menschen, die sich bei der Nutzung von digitalen Services schwertun, unterstützen wir unter anderem mit Digitalkursen in Bibliotheken und Volkshochschulen.

Digitale Beteiligungsformate machen wir zentral und niedrigschwellig verfügbar.

Statt "auf Antrag" zu arbeiten, soll die Verwaltung eine proaktive Partnerin für die Bürgerinnen und Bürger Berlins werden. Eine solche Verwaltung denkt mit, beispielsweise wenn die Gültigkeit von Personaldokumenten abläuft, Kinder geboren werden oder Förderansprüche bestehen, und handelt von selbst. Daten sollen nur einmal erfasst und bedarfsgerecht weitergegeben werden – nach dem Once-Only-Prinzip. Zu wichtigen Verwaltungsentscheidungen führen wir Bürger*innenbeteiligung, öffentliche Anhörungen oder Konsultationen durch, um die demokratische Teilhabe zu stärken. Bürgerinnen wollen wir ermöglichen, sich aktiv in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen.

Zentrale Digitalisierungskompetenz

Wir machen Berlins Verwaltung zum digitalen Vorreiter. Dafür erweitern wir den zentralen Digitalhaushalt auf alle IT-Ausgaben des Landes und der Bezirke und stärken. Die Fachverwaltungen begleiten wir eng bei der Umsetzung von Digitalvorhaben und unterstützen sie personell. Wir bauen das Datenmanagement aus und etablieren eine wirkungsorientierte Steuerung. Ein „Digitaler Zwilling“ Berlins soll Stadtentwicklung, Umwelt- und Verkehrsplanung mit Simulationen unterstützen.

Künstliche Intelligenz bietet große Potenziale, um die Beschäftigten der Berliner Verwaltung zu entlasten und die Service-Qualität für Bürger*innen spürbar zu erhöhen. Wir wollen diese Technologie verantwortungsbewusst nutzen, indem wir ihre

Chancen für eine moderne Verwaltung ergreifen und gleichzeitig mögliche Risiken durch klare Leitplanken minimieren.

Open-Source-Software und offene Standards treiben wir voran und stärken damit unsere digitale Souveränität. Wo sinnvoll, nutzen wir Lösungen anderer Bundesländer und stärken so das "Einer-für-Alle"-Prinzip. Wir setzen auf europäische Bezahlendienste bei der Bezahloption für Onlinedienste der Berliner Verwaltung. Mehr Zentralisierung auf Bundesebene stehen wir offen gegenüber, um Effizienz zu gewinnen.

Die Berliner Verwaltung braucht einen leistungsfähigen, kundenorientierten, öffentlichen IT-Dienstleister, der modernste Technologie für alle Behörden bereitstellt und nutzbar macht. Er sorgt für Datensicherheit und Schutz vor Cyberangriffen. Zugleich verbinden wir Digitalisierung und Ökologie, planen nachhaltige Rechenzentren und speisen ihre Abwärme in das Fernwärmenetz ein.

Für Transparenz und Datenschutz

Demokratie lebt von Vertrauen. Deshalb gilt für Daten das Prinzip „Open by default“. Alle nicht-sensiblen Verwaltungsdaten sollen grundsätzlich öffentlich sein. Daten zur kritischen Infrastruktur bedürfen eines besonderen Schutzes. Wir streben ein umfassendes Transparenzgesetz und ein zentrales Transparenzportal an. In einem übersichtlichen Dashboard sollen Daten in Echtzeit abrufbar sein. Gleichzeitig schützen wir personenbezogene Informationen konsequent und europarechtskonform. Datenschutz bleibt ein Grundrecht – kein bürokratisches Hindernis.

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik

Unsere Haushalts- und Finanzpolitik verbindet soziale Sicherheit, öffentliche Daseinsvorsorge und Zukunftsinvestitionen. Wir halten die Balance zwischen Investitionen in den Zusammenhalt der Stadt und verantwortungsvoller Prioritätensetzung.

*Mit einer wachstumsorientierten Wirtschafts- und Innovationspolitik stärken wir Berlins Wirtschaftskraft, schaffen Arbeitsplätze und verbreitern die Einnahmebasis. Dafür helfen massive Investitionen aus dem Sondervermögen in den nächsten Jahren (→ siehe Kapitel **INVESTITIONEN IN EINE FUNKTIONIERENDE STADT**), die das Wachstum unterstützen.*

Unser Ziel ist eine Zuwendungspraxis, die Planungssicherheit schafft und Verfahren vereinfacht sowie Ressourcen dort einsetzt, wo sie gebraucht werden: bei den Menschen und in den sozialen Infrastrukturen unserer Stadt.

Einnahmen erhöhen

Für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik muss das Land seine Möglichkeiten nutzen, um seine Einnahmen zu verbessern. Wir heben die Grunderwerbsteuer um 0,5 Prozentpunkte an. Große Unternehmen sollen künftig mehr zahlen, Ausnahmen soll es für Selbstnutzer*innen geben. Der Steuersatz auf den Erwerb von selbstgenutztem Eigentum soll dann abgesenkt werden, wenn zuvor die durch Unternehmen zur Vermeidung der Grunderwerbsteuerpflicht verwendeten „Share Deals“ auf Bundesebene unterbunden werden. Zudem führen wir eine Verpackungssteuer ein (→ siehe Kapitel **MÜLL VERMEIDEN UND RECYCELN**) und passen Bußgelder sowie Parkgebühren an aktuelle Preisentwicklungen an (→ siehe Kapitel **PARKPLÄTZE**).

Wir bekämpfen Schwarzarbeit sowie Steuervermeidung und -hinterziehung, indem wir Steuerfahndung und Betriebsprüfung gezielt stärken. Zugleich verbessern wir den Einzug von Unterhaltsvorschüssen, Bußgeldern und Gebühren. Dafür investieren wir in eine leistungsfähige personelle und technische Ausstattung der Bezirke.

Auf Bundesebene kämpfen wir für eine gerechtere Verteilung von Vermögen. Deshalb unterstützen wir eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die große Vermögen stärker heranzieht, sowie die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. Zudem setzen wir uns beim Bund für ein Verbot von Share-Deals ein.

Ausgaben gezielt steuern

Die ersten Schritte zur Haushaltskonsolidierung der letzten drei Jahre waren für viele Menschen

in der Stadt mit schmerzhaften Einschnitten und Unsicherheit verbunden. Wir haben uns dafür eingesetzt, nur behutsam Ausgaben zu reduzieren, Spielräume für Ausgaben zu erschließen und die bestehenden Möglichkeiten zur Kreditaufnahme des Landeshaushalts im vertretbaren Umfang auszunutzen. Das setzen wir auch in Zukunft fort.

Investitionen in die Zukunft der Stadt wollen wir insgesamt auf einem hohen Niveau fortsetzen und gleichzeitig das bestehende strukturelle Defizit deutlich verringern. Wir nutzen die Spielräume der Schuldenbremse aus und fordern vom Bund ihre Abschaffung.

Durch Entbürokratisierung, Verwaltungsvereinfachung und beschleunigte Verfahren machen wir die Verwaltung effizienter und bürgernäher. Konsequente Digitalisierung sowie der verantwortungsvolle Einsatz Künstlicher Intelligenz helfen, Prozesse zu vereinfachen, Bearbeitungszeiten zu verkürzen und Beschäftigte zu entlasten. So gewinnen wir Zeit, Geld und Fachkräfte für das, was wirklich zählt: gute öffentliche Leistungen und Investitionen in die Zukunft. (→ siehe Kapitel **DIGITALE VERWALTUNG**).

Daseinsvorsorge durch öffentliche Unternehmen

Wasser, Stromnetz und Fernwärme befinden sich dank unseres Einsatzes wieder in Landeshand – und das soll so bleiben. Deshalb verankern wir eine Privatisierungsbremse in der Verfassung.

Unsere Landesunternehmen führen wir wirtschaftlich stark, richten sie am Gemeinwohl aus und sorgen dafür, dass sie ausreichend Eigenkapital für große Investitionen haben (→ siehe Kapitel **MIT**

DEM KLIMAPAKT DIE KLIMASCHUTZFINANZIERUNG SICHERN). Mittelverstärkungen knüpfen wir an klare, ergebnisorientierte und messbare Vorgaben. Zugleich machen wir sie zu Vorbildern für gute Arbeit (→ siehe Kapitel **LANDESUNTERNEHMEN GEHEN MIT GUTEM VORBILD VORAN**).

Verantwortung des Bundes und der EU für Länder und Kommunen

Viele Ausgaben Berlins sind in den letzten Jahren vor allem durch Bundesgesetze gestiegen. Der Bund verpflichtet die Länder zu Leistungen, bezahlt aber nicht. Gemeinsam mit anderen Ländern setzen wir uns dafür ein, dass der Bund seine finanzielle Verantwortung umfassender wahrnimmt. Das Konnexitätsprinzip muss gelten: Wer Aufgaben bestellt, finanziert sie vollständig.

Wir wenden uns entschieden gegen die Pläne der EU-Kommission, die europäische Förderarchitektur zu zentralisieren, und setzen uns dafür ein, dass die starke regionale Ausrichtung der Strukturfonds auch in Zukunft erhalten bleibt. Das Land Berlin und die Berliner Bezirke kennen die Herausforderungen und Bedürfnisse vor Ort am besten! Auch brauchen wir weiterhin einen eigenständigen Europäischen Sozialfonds mit fest reservierten Mitteln für soziale Projekte.

Die Hauptstadt Berlin weiter stärken

Berlin erfüllt als Hauptstadt besondere Aufgaben, trägt internationale Verantwortung und ist auch besonderen Gefährdungen ausgesetzt. Der Bund muss diese Rolle weiter angemessen mitfinanzieren. Wir setzen uns beim Bund für eine Überarbeitung des Hauptstadtfinanzierungsvertrags ein, der die hauptstadtbedingten Belastungen Berlins, insbesondere bei Kultur, Infrastruktur und Sicherheit, vollständig und dynamisch ausgleicht. Wir begrüßen es darüber hinaus, wenn der Bund seine Präsenz in Berlin weiter stärkt und schrittweise auch weitere Personalstellen in den Geschäftsbereichen der Bundesministerien in die Hauptstadt verlegt.

SPD
BERLIN

Herausgegeben vom SPD Landesverband Berlin · V.i.S.d.P.: Sven Heinemann (Landesgeschäftsführer)
Kurt-Schumacher-Haus · Müllerstraße 163 · 13353 Berlin
berlin@spd.de · Tel.: 030 4692-222